

DAS MAGAZIN FÜR DIE MENSCHENRECHTE

AMNESTY JOURNAL

05
2021
SEPTEMBER /
OKTOBER



KLIMAGERECHTIGKEIT

SCHUTZ DER LEBENSGRUNDLAGEN UND DIE MENSCHENRECHTE

CRICKET AUF RHODOS
Geflohene Pakistanis
nehmen es sportlich

ANTIZIGANISMUS IM ALLTAG
Betroffene wehren sich in
Deutschland gegen Klischees

STREETART VON GANZEER
Vom arabischen Frühling
in die Museen der Welt

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



INHALT

TITEL: KLIMAKRISE UND MENSCHENRECHTE

Klimakrise weltweit: Bedrohte Lebensbedingungen indigener Bevölkerungsgruppen und im globalen Süden	12
Interview: Wolfgang Kaleck über Menschenrechte in Zeiten der Klimakatastrophe	16
Klima in Lima: Intelligente Wassergewinnung	18
Porträts: Sadrach Nirere und Marinel Sumook Ubaldo stellen sich gegen Plastikmüll und Überschwemmungen	22
Great Green Wall: Bäume pflanzen quer durch Afrika	24
Amnesty: Klimagerechtigkeit braucht Menschenrechte	30
Kommentar: Radikal handeln	31

POLITIK & GESELLSCHAFT

Antiziganismus: Raus aus der Opferrolle	34
Bundestagswahl: Zeit für Menschenrechte	38
Graphic Report: Vergessen hinter Gittern	40
Covid-19-Impfstoffe: Menschen schützen, nicht Patente	42
Flucht und Cricket: Pakistanis auf Rhodos	44
Jahrestag der Verschwundenen: 64 sind nicht genug	50
»El Hiblu 3«: Drei Flüchtende in Malta unter Druck	52

KULTUR

Streetart: Ganzeers Werke in Nahaufnahme	56
Theater über Asylrecht: Im Autoritätspanzer	60
Kritische Fotografie: Ausstellungen im Internet	62
Musik I: Politischer New Wave von Café Türk	64
Musik II: Nahawa Doumbia, Stimme der Frauen	66
Graphic Novel: Hier Aleppo, dort Brüssel	68
Human Rights Filmfestival Berlin: Aktivismus verändert	71

RUBRIKEN

Panorama **04** Einsatz mit Erfolg **06** Markus N. Beeko über Bildschirme, Handys und die Spähindustrie **07** Spotlight: Gesundheitsversorgung für Geflüchtete / Interview: Janina Gach **08** Was tun **48** Porträt: Dimitra Andritsou **54** Dranbleiben: Waffenexporte, Berta Cáceres **55** Rezensionen: Bücher **69** Rezensionen: Film & Musik **70** Briefe gegen das Vergessen **72** Aktiv für Amnesty: 40 Jahre politische Arbeit zu Menschenrechtsverletzungen an Frauen **74** Impressum **75**

Hotspots der Erde. Die Klimakrise betrifft alle Regionen der Welt. Bestimmte Bevölkerungsgruppen aber werden besonders hart getroffen. Fünf Beispiele belegen, wie Menschenrechte verletzt werden, weil sich die Lebensbedingungen drastisch ändern.

12

Wettlauf gegen die Sanduhr. Die Great Green Wall quer durch Afrika sollte die Ausbreitung der Wüsten aufhalten. Doch so einfach wird es nicht, auch wenn im Senegal bereits zwölf Millionen Bäume gepflanzt wurden.

24

Bretter, die die Welt bedeuten. Viele Pakistanis haben ihr Land verlassen. Einige hat es nach Rhodos verschlagen. Das ist kein Zufall, denn dort finden sie Arbeit, Solidarität, Gemeinschaft. Und Cricket.

44

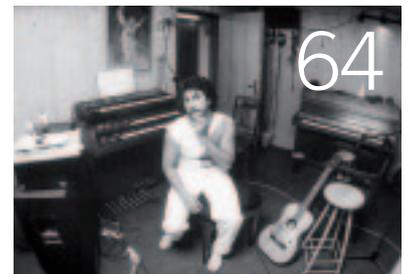


56

Lebende Wände. Ganzeer brachte mit seiner Streetart den ägyptischen Frühling auf die Mauern Kairo. Deshalb musste er 2014 in die USA fliehen. Heute sind seine Murals in Museen und Galerien zu sehen. Für das Amnesty Journal erläutert der Künstler einige seiner Werke.

Und plötzlich geht die Reise von vorne los. Vor 30 Jahren tourte Café Türk mit einer Mischung aus New Wave, west-asiatischer Musik und gesellschaftspolitischen Texten durch die Schweiz und Deutschland. Nun wird die Band wiederentdeckt.

64



Netze voller Wasser. Seit Jahren plagt extreme Trockenheit die peruanische Hauptstadt Lima. Sogenannte Nebelfänger sorgen neuerdings für Abhilfe.



18



34

Selbstbewusst dagegenhalten. Sinti_ze und Rom_nja werden in Deutschland häufig diskriminiert. Manchmal geschieht das aus Unwissenheit. Betroffene wehren sich und weisen regelmäßig auf uralte Klischees hin.

Warten auf Freiheit.

Weil sie sich und weitere Geflüchtete in Sicherheit bringen wollten, drohen drei jungen Männern aus Westafrika lange Haftstrafen. Weltweit setzen sich Menschen für die Freilassung der »El Hiblu 3« ein.

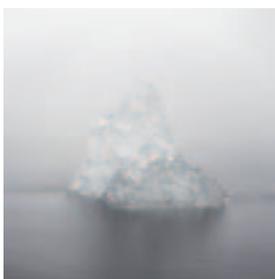


52



62

Einladung zum langen Blick. Die Fotokunst hat das Internet als Medium erobert. Thematisiert werden auch Flucht, Rassismus, Polizeigewalt und Frauenverachtung – ein kleiner Rundgang durch aktuelle Präsentationen.



Titelbild: Schmelzender Eisberg vor der Küste von Island.
Foto: Fernando Moleres/laif

ZEICHEN DER ZEIT

Schleichend haben wir ihn eingeführt, und doch ist er einigen Leser_innen nun unangenehm aufgefallen: der Unterstrich (hier zum Beispiel in Leser_innen). Fünf Leser und eine Leserin haben sich die Mühe gemacht, ihre Kritik an gegenderter oder, anders gesagt, geschlechtergerechter Sprache zu formulieren und uns zukommen zu lassen. Dafür danken wir als Redaktion.

Kritisiert wird, dass der Unterstrich das Schriftbild beeinträchtigt, den Lesefluss störe und dass wir unvollständig, inkonsistent, falsch oder nicht auf der Höhe der Zeit gendern würden. Kurz: dass wir es doch lieber ganz lassen sollten. Diese und weitere Einwände nehmen wir ernst.

Auf der anderen Seite haben sich in der Vergangenheit zahlreiche Leser_innen beschwert, dass eine Organisation, die sich gegen jegliche Diskriminierung stellt, eine diskriminierende Sprache verwendet, wenn sie nur das generische Maskulinum nutzt. Als diskriminierungssensible Organisation hat sich Amnesty für das Gendern in der Sprache ausgesprochen. In unserem Leitfaden zur geschlechtergerechten Sprache heißt es:

»Inhalte und Sachverhalte bei Amnesty in Deutschland sollen (...) differenziert dargestellt werden. Deshalb werden Frauen, Männer und Personen, die sich keiner dieser beiden Kategorien zuordnen wollen oder können, sprachlich sichtbar gemacht. Zudem sollen sich alle Menschen (...) gleichermaßen wahrgenommen und angesprochen fühlen. Sprache ist niemals neutral, sondern transportiert Denk- und Wahrnehmungsgewohnheiten, Vorurteile und Stereotype.« Daraus folgt: Wir werden weiter eine geschlechtergerechte Sprache verwenden und bitten dafür um Verständnis.

Der Unterstrich ist für Wera Reusch nur eines von vielen Zeichen, die sie allesamt in den Blick nimmt. Mit Ruhe, Sorgfalt, Geduld, einer wohlthuenden Außenperspektive und gezielten Fragen arbeitet sie als unsere »erste Leserin« an allen Texten mit, die im Journal erscheinen. Und bevor das Heft in den Druck geht oder als E-Paper veröffentlicht wird, liest auch Birgit Albrecht noch einmal alles auf Fehler und Verständlichkeit. Weil ihre Arbeit

stets unsichtbar bleibt, möchten wir unsere Korrektorinnen an dieser Stelle einmal sichtbar machen. Danke für eure gute und wichtige Arbeit!



Foto: Gordon Welters

Maik Söhler ist verantwortlicher Redakteur des Amnesty Journals.

Fotos oben: Tor Tuorda/TT/Naturfotografema/pa | Andrzej Rybak | Stefan Borghardt Sarah Eick | Antonis Giannelis | Jelka Kretzschmar/Free El Hiblu 3-Kampagne Ganzeer | Michael Danner | Promo



Zeichnung: Howie Shia

VON PEGASUS AUSGESPÄHT

Wenn man aufzählt, was die Spähsoftware Pegasus der israelischen Firma NSO Group alles kann, dann kommt viel zusammen: E-Mails und Social-Media-Beiträge mitlesen, Passwörter abgreifen, Kontakte, Bilder und Videos herunterladen, Kamera und Mikrofon aktivieren, Gespräche mithören, verfolgen, was Menschen schreiben, lesen, was sie beschäftigt, und wissen, wo sie sind. Egal ob Android oder iOS – Pegasus macht (fast) unbemerkt aus Handys perfekte Abhörgeräte. Pegasus wird weltweit von Regierungen nicht nur gegen Kriminelle oder Terrorverdächtige eingesetzt. Sondern auch, um Medienschaffende, Menschenrechtsverteidiger_innen und Aktivist_innen systematisch zu überwachen. Das hat ein gemeinsames Rechercheprojekt von Amnesty International, der NGO Forbidden Stories und mehr als 80 Medienschaffenden in zehn Ländern aufgedeckt. »Das Pegasus-Projekt legt offen, dass die NSO-Spyware das Mittel der Wahl für repressive Regierungen ist, die versuchen, Journalist_innen zum Schweigen zu bringen, Aktivist_innen anzugreifen und abweichende Meinungen zu unterdrücken, was unzählige Menschenleben in Gefahr bringt«, sagte Agnès Callamard, Internationale Generalsekretärin von Amnesty International.

ERSCHÜTTERNDE RÜCKSCHLÄGE IN AFGHANISTAN

Die Taliban haben den Präsidentenpalast in Kabul besetzt und die Macht in Afghanistan übernommen – 20 Jahre nach ihrem Sturz. Präsident Ashraf Ghani floh außer Landes. Die USA und ihre Nato-Verbündeten hatten ihre Truppen zuvor stufenweise aus Afghanistan abgezogen, Ende August verließen die letzten Soldaten das Land. Die Situation für Menschenrechtsverteidiger_innen und Journalist_innen ist verheerend.

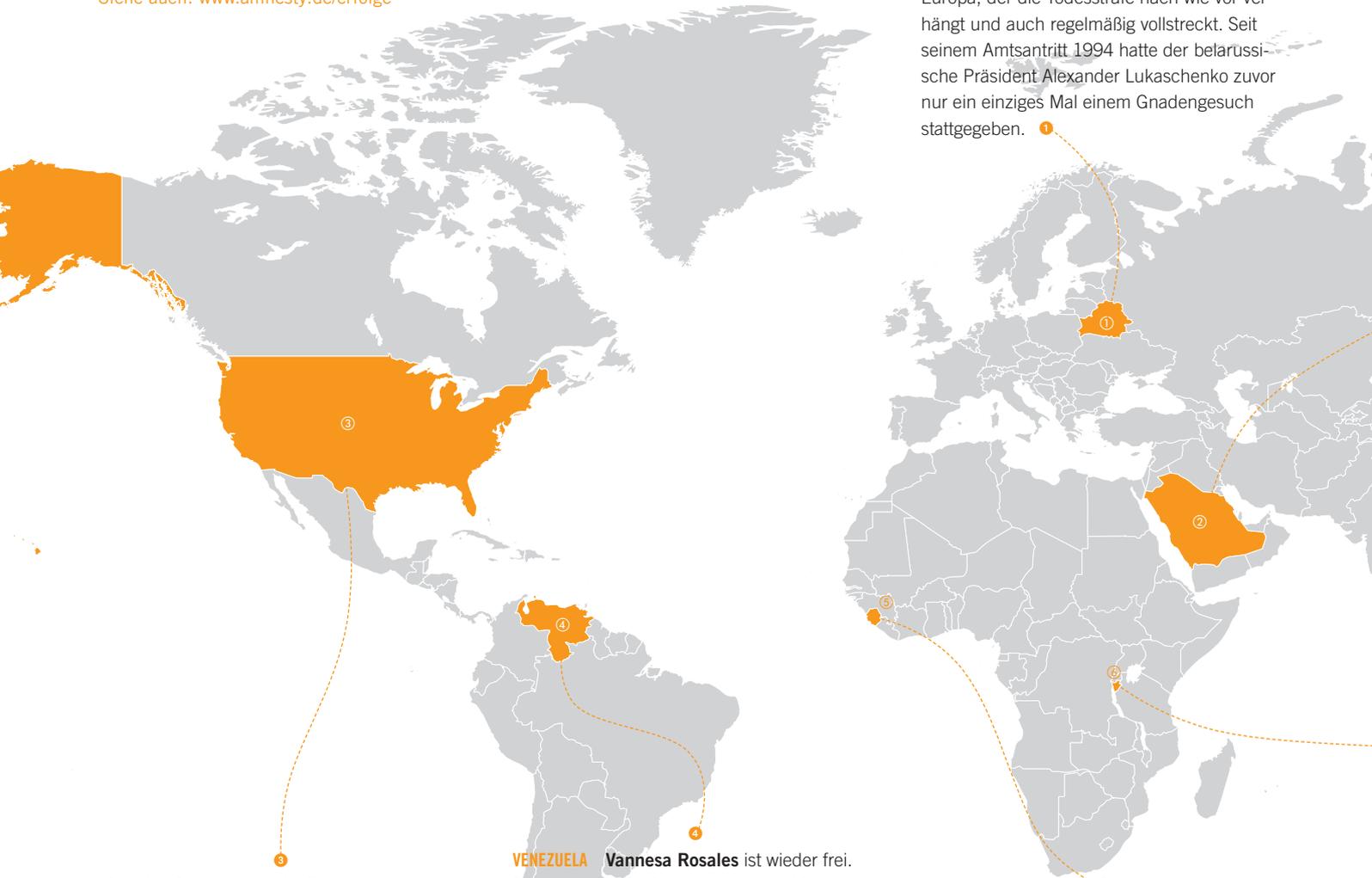
Viele fürchten eine Rückkehr der Verhältnisse, wie sie während der Taliban-Herrschaft von 1996 bis 2001 bestanden. Dies bedeutet unter anderem eine Beschränkung von Frauenrechten. Errungenschaften wie Bildung für Frauen stehen auf dem Spiel. Tausende Menschen versuchten bis zuletzt über den Flughafen Kabul das Land zu verlassen, während es bereits zu ersten Terroranschlägen in der Hauptstadt kam. Amnesty fordert die Staatengemeinschaft auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die sichere Ausreise für Personen zu gewährleisten, die Gefahr laufen, ins Visier der Taliban zu geraten. Dazu zählt auch ein Verzicht auf alle Abschiebungen und Zwangsrückführungen. Das Bild zeigt ein Transportflugzeug der US-Luftwaffe am Flughafen von Kabul.

Foto: Shekib Rahmani/AP/pa



EINSATZ MIT ERFOLG

Weltweit beteiligen sich Tausende Menschen an den »Urgent Actions«, den »Briefen gegen das Vergessen« und an Unterschriftenaktionen von Amnesty International. Dass dieser Einsatz Folter verhindert, die Freilassung Gefangener bewirkt und Menschen vor unfairen Prozessen schützt, zeigt unsere Weltkarte. Siehe auch: www.amnesty.de/erfolge



BELARUS Am 30. Mai wurde die Mutter der zum Tode verurteilten Brüder **Stanislaw und Illia Kostseu** darüber informiert, dass der Präsident ihr Gnadengesuch bewilligt hat. Sehr wahrscheinlich sind sie mittlerweile in ein reguläres Gefängnis verlegt worden. Die Brüder saßen seit Januar 2020 wegen Mordes an ihrem ehemaligen Lehrer im Todestrakt. Zum Zeitpunkt ihrer Festnahme waren sie 18 und 20 Jahre alt. Belarus ist der letzte Staat in Europa, der die Todesstrafe nach wie vor verhängt und auch regelmäßig vollstreckt. Seit seinem Amtsantritt 1994 hatte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko zuvor nur ein einziges Mal einem Gnadengesuch stattgegeben. ①

USA Am 2. Juli haben die Einwanderungsbehörden **Maura** freigelassen. Die Transfrau lebte seit Jahren in den USA, nachdem sie in Mexiko transfeindliche Gewalt erlitten hatte. Nach einem Rechtsverstoß nahmen die Behörden sie in Einwanderungshaft und drohten ihr mit Abschiebung. Maura verbrachte mehr als zwei Jahre in einer kalifornischen Haftanstalt. Dort war sie Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt und erhielt keine angemessene medizinische Versorgung. Amnesty International setzte sich gemeinsam mit anderen Organisationen für Maura ein und appellierte an die Behörden, sie freizulassen. In den USA befinden sich allerdings weitere Transpersonen in Einwanderungshaft und erfahren dort eine unmenschliche Behandlung. ③

VENEZUELA **Vannesa Rosales** ist wieder frei. Die Lehrerin und Aktivistin war drei Monate im Gefängnis und stand danach sechs Monate unter Hausarrest. Sie wurde strafrechtlich verfolgt, weil sie sich für sexuelle und reproduktive Rechte von Frauen und Mädchen eingesetzt hatte. Bei einer Anhörung am 21. Juli wies das Gericht die Klage gegen Rosales ab und stellte das Verfahren gegen sie ein. Rosales war im Oktober 2020 festgenommen und später unter anderem wegen Anstiftung zur Abtreibung angeklagt worden, weil sie einer vergewaltigten 13-Jährigen Informationen zum Schwangerschaftsabbruch zur Verfügung gestellt und sie auf Wunsch der Mutter unterstützt hatte. Eine Woche, nachdem Amnesty in einer Eilaktion die Einstellung des Verfahrens gefordert hatte, kam Rosales frei. ④

SIERRA LEONE Das Parlament von Sierra Leone hat am 23. Juli einstimmig die **Abschaffung der Todesstrafe** beschlossen. Kurz danach unterzeichnete Staatspräsident Julius Maada Bio das Gesetz. Die Zustimmung galt als sicher, da Bio im Februar die Anweisung erteilt hatte, die Todesstrafe aus den Gesetzen des westafrikanischen Landes zu streichen. In Sierra Leone saßen Ende 2020 noch 94 Menschen in Todeszellen. »Das Votum (...) ist ein großer Sieg für alle, die sich unermüdlich dafür eingesetzt haben, dass diese grausame Strafe der Geschichte angehört«, sagte Samira Daoud, Amnesty-Direktorin für West- und Zentralafrika. Weitere Informationen unter: amnesty-todesstrafe.de. ⑤

SAUDI-ARABIEN Am 27. Juni konnte die saudische Frauenrechtsaktivistin **Nassima al-Sada** das Gefängnis verlassen. Sie hat ihre Haftstrafe vollständig verbüßt, allerdings gilt für sie immer noch ein fünfjähriges Reiseverbot. Al-Sada war im Juli 2018 festgenommen worden, weil sie sich friedlich für bürgerliche und politische Rechte, die Rechte der schiitischen Gemeinschaft und für Frauenrechte eingesetzt hatte. Im November 2020 wurde sie zu fünf Jahren Haft verurteilt, davon zwei auf Bewährung, sowie zu einem anschließenden Reiseverbot. Amnesty fordert, das Reiseverbot, das ihre Grundrechte auf Bewegungs- und Meinungsfreiheit einschränkt, umgehend aufzuheben.



BURUNDI Nach mehr als vier Jahren Haft ist **Germain Rukuki** freigelassen worden. Am 4. Juni 2021 reduzierte ein Berufungsgericht die gegen den Menschenrechtsverteidiger verhängte Strafe von 32 Jahren auf ein Jahr. Amnesty hatte sich beim Briefmarathon 2020 für ihn eingesetzt. Mehr als 400.000 Menschen weltweit schrieben Briefe und E-Mails an den burundischen Präsidenten und forderten, den gewaltlosen politischen Gefangenen freizulassen. Deprose Muchena, der Regionaldirektor von Amnesty International für die Region östliches und südliches Afrika sagte: »Es ist eine großartige Nachricht, dass Germain endlich frei ist. Aber er hätte gar nicht erst inhaftiert werden dürfen, denn er wurde nur wegen seiner Menschenrechtsarbeit festgenommen, angeklagt und verurteilt.«



MARKUS N. BEEKO ÜBER

BILDSCHIRME, HANDYS UND DIE SPÄHINDUSTRIE

Foto: Bernd Hartung/Amnesty

1988 in Köln: Ein Freund erzählt von der älteren Dame, die er als Zivildienstleistender betreut und mit der er oft angeregt über Gott und die Welt diskutiert. Neulich lief bei ihr der Fernseher. Als er wie üblich das Weltgeschehen kommentierte, fiel sie ihm ins Wort: »Pst! Wer weiß, ob die uns nicht hören!« Und machte den Fernseher aus. Wir amüsierten uns über die scheinbar naive Sorge einer Frau, die sich verhielt, als lebten wir nicht 1988 in der BRD, sondern in George Orwells »1984«. Darin empfangen Menschen in ihren Wohnungen die Propaganda des »Großen Bruders« über »Teleschirme« und werden gleichzeitig überwacht. Wir wussten, dass ein gewöhnlicher Fernseher damals weder Kamera noch Sender hatte. Wir ahnten aber, dass für jemanden, der die Nazi-Herrschaft überlebt hatte, das Misstrauen gegenüber »den herrschenden Verhältnissen« überlebenswichtig gewesen sein dürfte.

Heute benutzen wir mit dem Internet verbundene Smart-TVs und Spielekonsolen mit Mikrofonen und Kameras. Alexas, Siris und Teslas erfassen Bild und/oder Ton, werten sie aus, übertragen sie an Server und Datenbanken. Nur wenn bekannt wird, dass Geheimdienste über Sicherheitslücken bei Smart-TVs in Wohnzimmer vordringen oder Alexa & Co von kriminellen Hackern genutzt werden, scheint dies für kurze Zeit von gesellschaftlichem Interesse zu sein. Trotz allem Wissen über Cyberbetrug, die NSA, China oder die massenhafte Profilerstellung durch Facebook und Google scheinen aber viele »den herrschenden Verhältnissen« eher zu trauen als zu misstrauen.

Wie alarmiert wir sein sollten, zeigen aktuelle Veröffentlichungen des »Pegasus-Projektes«: Ein Rechercheverbund von Amnesty und internationalen Medien hat offenbart, wie (autoritäre) Regierungen die Überwachungstechnik der Firma NSO-Group nutzen, um Menschen weltweit auszuspähen, zu überwachen und in der Folge auch physisch anzugreifen oder zu töten. Zu den Staaten, in denen die Spähsoftware »Pegasus« gegen Journalist_innen, Oppositionelle, Anwalt_innen, missliebige Bürger_innen und Kinder angewendet wurde, gehören Ägypten, Bahrain, Saudi-Arabien, Aserbaidschan, die Vereinigten Arabischen Emirate, Marokko, Mexiko und mit Ungarn auch ein EU-Staat. Sicherheitsexpert_innen von Amnesty überprüften die Smartphones von Personen, die auf einer Liste von 50.000 potenziellen Überwachungszielen standen. Zu den Opfern gehörten Regierungschefs, das Umfeld des ermordeten saudischen Journalisten Jamal Kashoggi und Frauenrechtsaktivistinnen.

Eine gute Nachricht mag sein, dass Pegasus in Deutschland keine offizielle Anwendung findet. Das Grundgesetz, unsere parlamentarische Kontrolle, das Bundesverfassungsgericht und eine aktive Zivilgesellschaft haben gezielter Überwachung rechtsstaatliche Grenzen gesetzt. Doch die werden weiter aufgeweicht. Auch Geheimdienste dürfen neuerdings »Staatstrojaner« einsetzen, ohne einen konkreten Verdacht oder eine richterliche Genehmigung zu brauchen. Das zeigt, wie wichtig die Diskussion um »Staatstrojaner« und Sicherheitslücken ist. Und wie überfällig weltweite Exportregeln für Überwachungssoftware sind.

Hundertprozentig sicher fühlen vor unrechtmäßiger Überwachung kann sich indes hierzulande niemand: Auch Überwachungsziele in Deutschland waren in der NSO-Zielliste zu finden, etwa die eines Aktivisten, der vor dem syrischen Regime zu uns fliehen konnte.

Markus N. Beeko ist Generalsekretär der deutschen Amnesty-Sektion.



Medizinische Versorgung für alle. Behandlungsbus der Organisation Ärzte der Welt in einer Flüchtlingsunterkunft in München.

Menschen ohne Aufenthaltsstatus befinden sich oft in einer verzweifelten Lage. Sie haben kein Recht darauf, in Deutschland zu bleiben, können oder wollen aber aus verschiedenen Gründen nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Diese Gründe werden jedoch von Behörden und Gerichten nicht akzeptiert, den Menschen droht deshalb die Abschiebung.

Die Angst vor Abschiebung behindert auch ihren Zugang zur Gesundheitsversorgung: Denn wenn eine Person ohne Aufenthaltsstatus in ein Krankenhaus geht, ohne die hohen Behandlungskosten bezahlen zu können, wendet sich das Krankenhaus an das Sozialamt, damit

dieses die Kosten übernimmt. Nach Paragraph 87 des Aufenthaltsgesetzes ist das Sozialamt jedoch dazu verpflichtet, die Daten der Person an die Ausländerbehörde zu übermitteln. Dies kann wiederum zu einer Abschiebung führen. Deshalb gehen Menschen ohne Aufenthaltsstatus auch bei schweren Krankheiten oft nicht ins Krankenhaus.

Seit Mai 2021 sammelt ein breites Bündnis von mehr als 80 Organisationen Unterschriften für eine Petition, mit der eine Gesetzesänderung erreicht werden soll, damit die Pflicht zur Datenübermittlung im Bereich der Gesundheitsversorgung künftig entfällt.

Amnesty International Deutschland

unterstützt diese Kampagne, denn gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den auf ihr basierenden internationalen Abkommen hat jeder Mensch das Recht auf Zugang zu einer erreichbaren Gesundheitsversorgung. Dieses Recht darf nicht von migrationsrechtlichen Vorgaben abhängig gemacht werden.

Es steht deshalb ausdrücklich auch Menschen ohne Aufenthaltsstatus zu. Da Paragraph 87 des Aufenthaltsgesetzes die Wahrnehmung des Rechts auf Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Aufenthaltsstatus erschwert oder sogar unmöglich macht, muss diese Vorschrift zur Datenübermittlung geändert werden.

EIN BREITES BÜNDNIS
VON MEHR ALS
80 ORGANISATIONEN
SAMMELT UNTERSCHRIFTEN
FÜR EINE PETITION, MIT DER
EINE GESETZESÄNDERUNG
ERREICHT WERDEN SOLL.

Das Aufenthaltsgesetz verpflichtet in Paragraph 87 das Sozialamt, die Daten von Menschen ohne Aufenthaltsstatus an die Ausländerbehörde zu übermitteln.

MEHR ÜBER DIE INITIATIVE
#GLEICHBEHANDELN
IM INTERNET:
**GLEICH
BEHANDELN.DE**

JANINA GACH

»ES DROHT DIE ABSCHIEBUNG«

Ein Bündnis aus mehr als 80 zivilgesellschaftlichen Organisationen – darunter IPPNW, GFF, Amnesty International, Ärzte der Welt, Diakonie, Pro Asyl und AWO – fordert mit der Kampagne »Gleichbehandeln« ein Ende der Übermittlungspflicht von Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus im Gesundheitswesen. **Janina Gach**, Fachreferentin für Inlandsprogramme von **Ärzte der Welt**, erklärt, was für viele davon abhängt.

Interview: Frédéric Valin

Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus haben nur einen begrenzten Zugang zum Gesundheitssystem. Warum ist das so?

Sie haben keine Versicherung und müssen sich – wenn es sich nicht um akute Notfälle handelt – Behandlungsscheine vom Sozialamt ausstellen lassen. Nach Paragraph 87 des Aufenthaltsgesetzes hat das Sozialamt aber eine Meldepflicht gegenüber der Ausländerbehörde oder der Polizei, und dadurch droht sofort die Abschiebung und damit der Verlust der Existenz in Deutschland, teils auch von Familienmitgliedern. Deswegen lassen sich diese Menschen oft nur in Notfällen medizinisch versorgen.

Gibt es Zahlen dazu, wie viele Menschen in Deutschland derzeit ohne geregelten Aufenthaltsstatus leben?

Dazu gibt es keine verlässlichen Zahlen. Anhand älterer Daten und der praktischen Erfahrung gehen wir von mehreren Hunderttausend aus.

Inwiefern hat sich die Pandemie auf das Leben dieser Menschen ausgewirkt?

Corona hat bewirkt, dass es die Menschen, die schon benachteiligt waren, noch härter trifft. Schon die Praxis, dass überall Daten angegeben werden müssen, schließt sie aus vielen Bereichen aus, insbesondere in der Gesundheitsversorgung. Ob Tests oder Impfungen, man braucht immer Dokumente. Hinzu kommt, dass bei vielen das Einkommen wegfällt, weil sie in Hotels arbeiten, in Restaurants, in der Altenpflege, als Haushaltshilfen oder in der Sexindustrie. Da das irreguläre Beschäftigungsverhältnisse sind, haben sie keine Absicherung. Und selbst wenn der Job noch da ist, haben sie keine Möglichkeiten, auf die Einhaltung des Gesundheitsschutzes zu pochen.



Foto: privat

Unter dieser Situation leidet ihre Gesundheit. Gleichzeitig hat die Gesundheit für sie oft nicht die erste Priorität, weil es drängendere Probleme gibt. Erst wenn eine Krankheit schwer beeinträchtigend, chronisch oder akut lebensbedrohlich ist, wird sie zum existenziellen Problem. Es ist unter diesen Umständen schwierig, gut auf die eigene Gesundheit aufzupassen.

Was muss passieren, damit sich diese Situation ändert?

Die Abschaffung der Übermittlungspflicht wäre ein erster wichtiger Schritt, um allen Menschen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu verschaffen. Es wäre sehr einfach, im Grunde ist es nur ein Satz. Im Bildungs- und Erziehungsbereich geht es ja auch, da wurde die Übermittlungspflicht 2011 aufgehoben, damit Kinder ohne Angst vor Abschiebung in die Schule gehen können. Deutschland hat sich verpflichtet, für alle Menschen das Recht auf Gesundheit zu gewährleisten, aber es wird nicht umgesetzt. Selbst der UN-Sozialausschuss hat diese Meldepraxis kritisiert und die Abschaffung gefordert. Es gab dazu auch Eingaben im Bundestag, die aber immer blockiert wurden.

Was kann »Gleichbehandeln« daran ändern?

Wir hoffen, genug öffentlichen Druck zu erzeugen, dass sich die künftige Regierung des Themas annimmt. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf medizinische Versorgung. Das ist nach jetziger Rechtslage nicht gegeben, da Asylsuchenden und Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus nur eingeschränkte Leistungen zustehen. Die Abschaffung der Übermittlungspflicht würde dafür sorgen, dass Menschen das in Anspruch nehmen können, was ihnen rechtlich zusteht.

<https://gleichbehandeln.de>

TITEL



Klimakrise und Menschenrechte

Prima Klima in Lima? Von wegen. Kaum eine Metropole ist so trocken wie die peruanische Hauptstadt. Anderswo fressen riesige Heuschreckenschwärme die Felder leer, werden ganze Regionen überschwemmt, taut der Permafrostboden auf und breiten sich Wüsten aus. Die vom Menschen verursachte Klimakrise trifft vor allem den globalen Süden und indigene Bevölkerungsgruppen. Dabei werden viele Menschenrechte verletzt. Doch Bedrohung macht auch erfinderisch: Klimaschützer_innen stemmen sich gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen, und überall entstehen Initiativen, um die Erderhitzung zu bremsen.

Die Insekten finden wegen der Klimakrise ideale Bedingungen vor.
Heuschreckenschwarm in Burao, Somalia, Dezember 2019.

Foto: Nichole Sobecki/VII/Redux/laif

Hotspots der Erde



Wie lange sie wohl noch Schnee unter den Hufen haben? Rentiere im Norden Schwedens.

Die Klimakrise betrifft alle Regionen der Welt. Bestimmte Bevölkerungsgruppen aber werden besonders hart getroffen. Fünf Beispiele belegen, wie Menschenrechte verletzt werden, weil sich die Lebensbedingungen drastisch ändern.
Von Patrick Loewenstein

Der ursächliche und augenfällige Zusammenhang zwischen Klimawandel und Menschenrechten wurde jahrzehntelang vernachlässigt. Der Anstieg der Durchschnittstemperaturen und immer häufiger auftretende Extremwetterereignisse haben vor allem in sogenannten klimasensiblen Zonen verheerende Konsequenzen. Das gilt für Ökosysteme und Artenvielfalt ebenso wie für die meisten Menschen in großen Teilen des globalen Südens und indigene Bevölkerungsgruppen.

Die von den Industrieländern durch Treibhausgasemissionen herbeigeführten Veränderungen gefährden oder vernichten gleichermaßen Existenzgrundlagen und kulturelle Identität.

ten. Dabei werden folgende Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verletzt oder eingeschränkt: Artikel 1 (Freiheit, Gleichheit, Solidarität), 2 (Verbot der Diskriminierung), 13 (Freizügigkeit und Auswanderungsfreiheit), 14 (Asylrecht), 22 (Recht auf soziale Sicherheit), 23 (Recht auf Arbeit, gleichen Lohn) und 25 (Recht auf Wohlfahrt).

Verletzt werden außerdem zahlreiche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, zum Beispiel auf Nahrung und Gesundheit, die im UN-Sozialpakt garantiert sind, sowie das Recht auf Wasser. Systematisch missachtet werden auch die Deklaration der Rechte indigener Völker und das unter dem Dach der Internationalen Arbeitsorganisation zustande gekommene Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern (ILO 169).

Indigene Bevölkerungsgruppen und nomadisch lebende Menschen ohne festes Territorium sind ohnehin oft Opfer von Diffamierung, Diskriminierung sowie sozialer, ökonomischer, politischer und ethnischer Marginalisierung. Hinzu kommen vermehrt die Folgen der Klimakrise. Wesentliche Aspekte von deren Auswirkungen werden hier an fünf Beispielen verdeutlicht: den indigenen Saami, Inuit und Kolla, den mongolischen Nomad_innen sowie vielen Bäuer_innen in Ostafrika.

Alle Beispiele dokumentieren: Klima- und Naturschutz sind

von den Menschenrechten nicht zu trennen. Sie müssen noch stärker zusammengedacht werden, um weltweit Klimagerechtigkeit herzustellen.

Europa: Verhungerte Rentiere

Eine der letzten indigenen Bevölkerungsgruppen Europas verliert ihre Existenzgrundlage. Der Lebensrhythmus und die Lebensweise vieler in Norwegen, Schweden, Finnland und Russland lebender halbnomadischer Saami werden seit Jahrhunderten von den jahreszeitlich-futterbedingten Wanderrouten der Rentiere bestimmt. Das größte Problem – neben Abholzung, Bergbau und Umweltverschmutzung – ist der klimabedingte Temperaturanstieg. Im Winter fressen die Rentiere Moose, Flechten und Pilze, im Frühjahr und Sommer junge Triebe und Gras. Mit ihrem Geweih können sie Futter freischaufeln, das unter Schnee verborgen ist. Aufgrund der höheren Temperaturen fällt der Niederschlag inzwischen jedoch häufiger als Regen, der dann gefriert und eine Eisschicht über dem Schnee bildet, die das Ren nicht durchdringen kann.

Eine weitere Lebensgrundlage der Saami, der Fischfang, ist ebenfalls bedroht. »Die zu heißen Sommer sorgen dafür, dass Kaltwasserfische aussterben«, sagt Tero Mustonen, der die Wechselwirkungen zwischen Klimawandel, Biodiversität und indigener Lebensweise untersucht. Mustonen, Mitautor des sechsten Berichts des Weltklimarats (IPCC), sieht weitere Gefahren: »Auf dem von Saami besiedelten Gebiet sind riesige Mengen CO₂ im Boden gespeichert. Steigt die Temperatur weiter, wird es freigesetzt. Aber wir brauchen diese Regionen dringend für die Stabilität des Weltklimas.«

Die meisten Saami sind mit der Rentierwirtschaft verbunden, obwohl nur noch rund 15 Prozent direkt davon leben. Einige erwirtschaften ein Nebeneinkommen mit Schmuck oder Schnitzereien nach Art ihrer Vorfahren. Auch das Nebeneinkommen

»Traditionelle Lebensweisen werden eingeschränkt.« Tero Mustonen, Forscher

sei gefährdet, sagt Mustonen: »Die traditionellen Lebensweisen als Jäger, Fischer und Rentierhirten werden vom Klimawandel immer weiter eingeschränkt, und das hat einen sehr negativen Effekt auf Wirtschaft und Kultur – kurzum: auf den gesamten Lebensstil.«

Ihrer ursprünglichen ökonomischen Grundlage beraubt, werden mehr und mehr Saami in die Sesshaftigkeit gezwungen und verlieren ihre soziale und kulturelle Identität. Viele Saami haben sich mittlerweile organisiert. Durch nationale und internationale Initiativen ist ihre politische Lage etwas besser geworden. Auch werden ihnen neue Weiderechte gewährt. Doch Weideland, rechtliche Ansprüche und politische Absichtserklärungen nutzen nicht viel, wenn die Vernichtung der Lebensgrundlage droht.

Südamerika: Kolla leiden unter »Weißem Gold«

Als Spanien im 16. Jahrhundert die reichen Silbervorkommen Südamerikas ausbeutete, wurde die indigene Bevölkerung in den Minen versklavt. Der Reichtum floss vollständig nach Europa. Eine ähnliche Geschichte scheint sich heute mit dem »Weißem Gold« Lithium zu wiederholen.



Entstanden aus einem ausgetrockneten See. Lithiumabbau in der größten Salzpfanne der Erde: Salar de Uyuni, Bolivien.

»Der Staat will Batterien. Aber wir können keine Batterien essen.« Clemente Flores, Kolla

Das Leichtmetall ist ein wichtiger Rohstoff zur Batterieherstellung für E-Autos, Laptops und Handys. Der Bedarf steigt enorm, da viele Industriestaaten zur Senkung der CO₂-Emissionen vermehrt auf E-Mobilität setzen. Im Bemühen, ihre Klimabilanz zu verbessern, zerstören sie gleichzeitig die ökonomische und kulturelle Welt der Kolla, einer der letzten indigenen Bevölkerungsgruppen Südamerikas. Sie leben auf knapp 4.000 Metern Höhe im Grenzgebiet zwischen Bolivien, Argentinien und Chile – und genau dort befinden sich rund drei Viertel der weltweiten Lithiumvorkommen.

Annelen Micus, Amnesty-Expertin für die Klimakrise, weist darauf hin, dass Lithiumbatterien für die Elektromobilität dringend nötig sind, aber menschenrechtskonform und umweltgerecht hergestellt werden müssen. Dieses Ziel gilt auch für die von Hoch- und Salzwüsten geprägte Andenregion, eines der trockensten Gebiete der Erde. Doch für den Lithiumabbau werden große Mengen der extrem knappen Ressource Wasser benötigt: um eine Tonne des Rohstoffs zu gewinnen, verdunsten zwei Millionen Liter Grundwasser. Zudem werden riesige Mengen an feinem Staub und Chemikalien freigesetzt. Eine Lama-Hirtin

berichtet, dass neugeborene Tiere mit Behinderungen und Krankheiten zur Welt kommen, seit die Bergbaufirmen im sogenannten Lithiumdreieck tätig sind.

Beim Umgraben des Bodens wird das Land zudem komplett verwüstet, natürliche Barrieren zwischen Salz- und Süßwasser werden eingerissen. Das Wasser wird ungenießbar für Mensch und Tier. Die beim Bergbau eingesetzten Chemikalien und der Verlust des Trinkwassers könnten dafür sorgen, dass die jahrtausendealte Existenzgrundlage bald verschwindet. Denn beim internationalen Wettrennen um die knappe Ressource Lithium verhalten Proteste der Kolla gegen die Bergbaukonzerne weitgehend ungehört. Gerichtsverfahren und Prozesse ziehen sich meist über Jahre hin oder enden zugunsten der Bergbaufirmen.

Clemente Flores, Gemeindevorsteher der Kolla, fasste 2019 die Situation so zusammen: »Der Staat will Batterien. Aber wir können keine Batterien essen. Wir essen das, was wir hier anbauen. Der Abbau von Lithium für Europa und der Wechsel zum Elektroauto wird unsere Gemeinden und unsere Landschaft umbringen. Ihr glaubt, damit könnt ihr die Menschheit retten, aber ihr werdet uns alle umbringen.«

Nordamerika: Schwitzende Inuit

Ganze Dörfer der Inuit versinken im Schlamm. Der Temperaturanstieg lässt den Permafrost auftauen, Böden sinken ab, Straßen, Landpisten und Stromleitungen werden unbrauchbar, Häuser unbewohnbar. Bis vor rund 20 Jahren bildeten die gefrorenen Böden ein betonhartes Fundament für die gesamte Infrastruktur. Orte an der Küste, früher vom Packeis umschlossen oder auf Permafrostböden gebaut, fallen den getauten Böden zum Opfer oder werden von den Herbststürmen ins Meer gespült.

In Arktis und Subarktis lassen sich die Folgen des Temperaturanstiegs besonders früh ablesen. Er erfolgt dort zwei bis drei

Mal schneller als in den meisten anderen Weltregionen und vollzieht sich nach Angaben des IPCC im Rekordtempo. Ökosysteme werden stark beschädigt, die Artenvielfalt nimmt ab. Die natürliche Umgebung der Inuit in Kanada, Alaska, Grönland und Russland wird vernichtet.

Milzbrand-Vergiftungen durch Bakterien in Lebensmitteln treten auf, die im ehemals dauergefrorenen Boden unschädlich waren. Auch Erreger längst ausgerottet geglaubter Seuchen, die im Permafrostboden konserviert waren, tauen wieder auf – die Folgen sind noch nicht absehbar. Jahrhundertlang waren auch archäologische Zeugnisse in den Permafrostböden gut konserviert. Nun vermehrt sich ein Pilz, der die meist aus Holz gefertigten Gegenstände zerstört. Das kulturelle Erbe der Inuit geht verloren.

Klimawandel ist ein Menschenrechtsthema. Das betonte Sheila Watt-Cloutier, ehemalige



Foto: Kadir van Lohuizen/NOOR/afp

Wo Orte verschwinden. Erodierende Küste in Barrow, Alaska, USA.

Vorsitzende einer Organisation zur Stärkung der Rechte und Kultur der Inuit, bereits 2015 in ihrem Buch »The right to be cold«. Die Trägerin des Alternativen Nobelpreises weist auf die Rechte auf Kultur, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und natürliche Lebensumstände hin, die permanent verletzt würden. Die Inuit haben zwei Möglichkeiten: Sie können sich der neuen Umgebung anpassen, also auf ihre ursprüngliche Lebensweise verzichten oder – wie Pflanzen und Tiere – immer weiter gen Norden ziehen. Viele haben angesichts der radikalen Veränderung vor der Klimakrise kapituliert. Derart enturzelt, zählen die Inuit heute zu den Bevölkerungsgruppen mit der höchsten Suizidrate weltweit.



Immer weniger grün. Nomadenzelte und Schaf- und Ziegenherde in der mongolischen Provinz Tuv.

Asien: Aus Weideland wird Wüste

Seit Jahrtausenden züchten Nomad_innen Vieh in der mongolischen Steppe. Mit ihren Ziegen, Schafen, Yaks, Pferden und Kamelen ziehen sie von einer Futterstelle zur nächsten. »Diese Tierarten sind nicht nur die Grundlage der Naturweidewirtschaft, sondern auch kulturprägende Elemente«, betont die Bonner Mongolistik-Professorin Ines Stolpe.

Karge Böden, geringe Niederschläge und eine kurze Vegetationsperiode prägen die nomadische Viehhaltung. Seit Jahren nehmen Dürren infolge der Klimakrise zu. Ein weiterer verheerender Effekt ist die Zunahme sogenannter Dsud-Ereignisse, einem wetterbedingten Massensterben von Millionen Weidetieren. Abholzung und wasserintensiver Bergbau verschärfen die Situation zusätzlich. Flüsse und Seen trockneten aus, einige Gewässer seien mit giftigen Chemikalien belastet, erklärt Stolpe. »Für die Regierung des sehr rohstoffreichen Landes hat der Bergbau aber weiter Priorität, Gesetze zur Einhaltung von Umweltstandards werden teils ignoriert.« Halten die Entwicklungen an, sind immer mehr Menschen gezwungen, die nomadische Viehzucht aufzugeben.

Afrika: Milliarden von Heuschrecken

Ganze Ernten wurden vernichtet, Viehweiden kahlgefressen. Ostafrika hat 2019/20 die schwerste Heuschreckenplage seit Jahrzehnten erlebt. Sie bedrohte die Existenzgrundlage von rund 40 Millionen Menschen. Am schwersten waren Somalia, Kenia und Äthiopien betroffen, aber auch der Südsudan, Uganda und Tansania. Allein in Äthiopien wurde die Hälfte der Weideflächen zerstört.

Die Schwärme, die am Tag bis zu 150 Kilometer zurücklegen können, sind laut Welternährungsorganisation (FAO) »beispiellos in ihrer Größe und ihrem Zerstörungspotenzial«. Eine Wüstenheuschrecke frisst am Tag das Äquivalent ihres eigenen Körpergewichts, das sind nur rund zwei Gramm. Ein Schwarm kann aber bis zu eine Milliarde Insekten umfassen und benötigt rund zwei Millionen Kilo Nahrung pro Tag.

Bereits in den Jahren zuvor wurden viele der ohnehin kargen Ernten in Ostafrika durch Extremwetterereignisse dezimiert, dazu kommen nun die Insekteninvasionen. »Klimawandelbedingte Dürren und Überschwemmungen werden in den nächsten Jahren deutlich häufiger Heuschreckenplagen hervorrufen«, sagt der kenianische Geoinformatiker Kenneth Kemucie Mwangi. Die Hitze und die feuchten Böden sorgen für optimale Bedingungen. Brut- und Entwicklungszyklen werden dadurch beschleunigt, das Populationswachstum wird exponentiell – das entspricht einer Verdoppelung alle zwei Wochen.

Was tun? »Wichtig ist gutes Monitoring, um Voraussagen zu Schwarmgrößen und Wanderrouten der Heuschrecken treffen zu können. Es müssen weitere Frühwarnsysteme sowie regionale Notfallpläne und -zentren geschaffen werden, um der steigenden Anzahl der Katastrophen zu begegnen«, sagt Mwangi, der sich für das Forschungszentrum ICPAC mit den Folgen des Klimawandels in Ostafrika befasst. Während der vergangenen Plage konnten auf diese Weise in Kenia große Teile der Ernte gerettet werden. ■

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: www.amnesty.de/app

COP 26 IN GLASGOW

Die UN-Klimakonferenz COP 26 war ursprünglich für den November 2020 geplant, wurde aber wegen der Covid-19-Pandemie auf 2021 verlagert. Sie findet nun vom 31. Oktober bis zum 12. November im schottischen Glasgow statt. Amnesty fordert, dass sich die Bundesregierung auf dem Klimagipfel gemeinsam mit der EU für multilaterale Lösungen und eine ambitioniertere Klimapolitik anhand menschenrechtlicher Kriterien engagiert. Das Ziel muss sein, die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Mehr zur COP 26: <https://ukcop26.org/>

»Offensiver Kampf für wirtschaftliche und soziale Rechte«

Welche Rolle spielen Menschenrechte in Zeiten der Klimakrise? Der Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck über Gemeinsamkeiten, Elitewürfe und die Grenzen juristischer Arbeit.

Interview: Jakob Nehls

Ihr jüngstes Buch trägt den Titel »Die konkrete Utopie der Menschenrechte«. Was ist damit gemeint?

Seit dem 10. Dezember 1948 deklariert die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im ersten Satz: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren«. Das ist ein utopischer Zustand, den es zu schaffen gilt – denn dass alle Menschen frei und gleich sind, stimmte weder 1948 noch stimmt es heute. Aber im Gegensatz zu anderen Utopien wurde diese von der Weltgemeinschaft verabschiedet und bildet die normative Grundlage des seitdem entwickelten Menschenrechtssystems.

Mehr als 70 Jahre später gleicht die Welt eher einer konkreten Dystopie, auch und gerade mit Blick auf die Klimakrise. Warum sollten wir trotzdem auf die Menschenrechte setzen?

Der Zustand der Welt ist nicht dem Versagen der Menschenrechte zuzuschreiben. Dafür sind viele Faktoren verantwortlich, und ohne die Menschenrechte sähe es wohl noch schlechter aus. Diese haben ein konkretes utopisches Potenzial, weil mit den Konventionen, dem Sozialpakt und dem Zivilpakt viele Rechte justiziabel wurden. So haben wir im Hier und Jetzt einen politisch-juristischen Hebel, um Akteur_innen zur Mitwirkung an der Utopie zu verpflichten. Das ist allerdings kein Automatismus, vielmehr müssen die Menschenrechte immer wieder erkämpft werden.

Welche Rolle spielt das Klima in dieser Utopie?

Menschenrechtliche Arbeit beinhaltet sehr häufig wichtige und notwendige Verteidigungskämpfe. Nehmen wir Amnesty, die Organisation wurde 1961 gegründet, damals, um das Recht auf körperliche Unversehrtheit gegen den Staat zu verteidigen. Doch wer nicht gefoltert wird, ist im Umkehrschluss noch nicht automatisch frei und gleich an Würde und Rechten. Deswegen ist der Einsatz für die Menschenrechte mehr als nur ein reiner Verteidigungskampf, er sollte auch ein offensiver Kampf für wirtschaftliche und soziale Rechte sein. Um diese für alle Menschen überall zu verwirklichen, müssen Strukturen verändert werden, und da sind wir schnell beim Klima. Der angebliche Erfolg des derzeitigen Weltwirtschaftssystems beruht darauf, dass Menschen über mehrere Jahrhunderte ausgebeutet wurden und man die Natur als Verfügungsmasse betrachtete. Und weil eine Beschädigung der Natur meistens mit der Verletzung

von Menschenrechten einhergeht, gehören die Kämpfe um Natur und Klima sowie die für Menschenrechte zusammen.

Lassen Sie uns einen Blick auf die Menschenrechtskämpfe vor Gerichten werfen. Welche Bedeutung haben sogenannte Klimaklagen?

Die Klimaklagen sind eine neue Generation von kollektiven Klagen, manche nennen sie »strategische« Klagen. Dazu gehört etwa die Beschwerde von Greta Thunberg und anderen beim UN-Kinderrechtsausschuss oder die Klage zum deutschen Klimaschutzgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht sowie Klagen gegen Firmen, wie zum Beispiel gegen Shell oder RWE. Aber ähnliche Klagen wurden bereits vor vielen Jahren eingereicht. Auch wenn die juristischen Zielrichtungen andere waren, ging es doch oft um die Erhaltung oder Wiedergewinnung natürlicher Lebensräume. Wenn ich beispielsweise mit afrikanischen Rechtsanwält_innen – ich sage bewusst nicht Menschenrechtsanwält_innen – spreche, dann zucken die mit den Achseln und sagen: Wir machen das, was für unsere Leute getan werden muss, und da nutzen wir mal das Menschenrechts- und mal das Klimaschutzlabel. Die Bezeichnung ist nicht so wichtig.

Ein spannender Ansatz, denn er macht deutlich, dass es in vielen Regionen der Welt schon jahrzehntelange Erfahrungen mit allen Arten von umwelt- und klimarechtlich relevanten Klagen gibt, beispielsweise gegen den Einsatz von giftigen Pestiziden in der Landwirtschaft, gegen umweltschädliche Minen und andere Großprojekte. Oder in Deutschland die Klagen gegen Atomkraftwerke.

Inwiefern sind die früheren Fälle für die neue Klagewelle relevant?

Man kann aus den vergangenen Auseinandersetzungen lernen, dass rechtliche Entscheidungen allein die Welt nicht heilen werden. Das Recht stellt bestenfalls notwendige und wichtige Fragen, zum Beispiel: Dient die Verrechtlichung von Politik auf Dauer der Allgemeinheit? Haben wir dadurch etwas gewonnen, dass Umwelt- und Menschenrechtsfragen von Richter_innen entschieden werden? Das heißt nicht, dass es falsch ist, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, um, wie im Frühjahr dieses Jahres geschehen, der Exekutive mal mit einem Ausrufezeichen Grenzen zu setzen. Das wird uns aber in der Umsetzung des Klimaschutzes wenig weiterhelfen, denn da befinden wir uns auf einer politischen Ebene, auf der wir Kräfte mobilisieren



Shell muss Emissionen senken. Mitarbeiter_innen einer niederländischen Umweltorganisation nach einem Urteil, Den Haag, Mai 2021.

müssen. Das Zusammenspiel von Recht und Politik muss also immer wieder situativ neu definiert werden.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat die Bundesregierung das Klimaschutzgesetz nachgebessert. Nach Ansicht von Aktivist_innen und Expert_innen ist es aber weiterhin unzureichend. Zeigen sich hier die Grenzen juristischer Menschenrechtsarbeit?

Das Urteil zum Klimaschutzgesetz ist schön, und die Beteiligten dürfen sich auf die Schulter klopfen. Aber am Tag danach muss man gleich wieder in die politische Arena, und da zeigt sich dann auch, woran es mangelt: An Bewusstsein bei den Parteien und bei weiten Teilen der Bevölkerung. Es mangelt leider nicht an Bremsern aus Wirtschaft und Handel, die fürchten, dass ihre Interessen bedroht werden.

In Ihrem Buch fordern Sie, die Menschenrechtsbewegung dürfe kein reines Mittelklassen-Elite-Projekt sein. Auch die Klimabewegung sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, sie sei zu weiß, zu bürgerlich, zu homogen. Wie können Menschenrechts- und Klimaaktivismus diverser werden?

Indem die klassische soziale Frage immer wieder ins Spiel gebracht und in die Analysen und Strategien miteinbezogen wird. Klimaschützer_innen benennen das zum Teil schon, indem sie sagen: Klimagerechtigkeit ist soziale Gerechtigkeit. Um paternalistische Tendenzen in der klassischen Umweltbewegung zu vermeiden, würde ich zudem ergänzen: Klimagerech-

tigkeit ist globale soziale Gerechtigkeit. Neben der sozialen Frage sind andere Unterdrückungsverhältnisse wichtig. Die sind keine Nebenwidersprüche, sondern Themen, die so weit wie möglich gemeinsam angesprochen und miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Einige Meinungsführer_innen der Rechten haben ein Interesse daran, das als Gegensatz herauszustellen. Macht kann man am besten aufrechterhalten, indem man Gegenbewegungen spaltet. Das passiert derzeit in einem Ausmaß, das mich erschüttert. Wir dürfen nicht zulassen, dass Kämpfe um Emanzipation in isolierte Einzelkämpfe zersplittert werden und das Recht, nicht diskriminiert zu werden, gegen die soziale Frage oder auch gegen die Klimafrage ausgespielt wird. Das gehört alles zusammen. ■



Foto: Nilsrad Niro Pusillo/ECCHR

WOLFGANG KALECK

ist Gründer und Generalsekretär des European Center for Constitutional and Human Rights e. V. (ECCHR), das mit juristischen Mitteln für die Verteidigung und

Verwirklichung von Menschenrechten kämpft. Im März 2021 erschien sein Buch »Die konkrete Utopie der Menschenrechte« (siehe auch Rezension im Amnesty Journal 3/2021).

Netze voller Wasser

Seit Jahren plagt extreme Trockenheit die peruanische Hauptstadt. Sogenannte Nebelfänger sorgen neuerdings für Abhilfe. Aus Lima von Andrzej Rybak (Text und Fotos)



Dienstag ist Wassertag. Seit dem frühen Morgen wartet Gabriela Palomino vor ihrem Haus auf den Tankwagen, der einmal in der Woche Wasser bringt – bis ganz nach oben auf den Hügel im Armenviertel Villa Lourdes in Lima. »Wenn ich die Lieferung verpasse, bin ich eine ganze Woche ohne Wasser«, sagt die 53-jährige Frau.

Von ihrer Baracke aus Sperrholz und Karton blickt sie auf ein Meer aus einfachen Brettverschlägen und winzigen Ziegelhäusern, die an den Hängen der benachbarten Hügel kleben. Die Landschaft ist trostlos, kaum ein Baum oder Busch ist zu sehen. Auf den Häusern liegt eine dicke braune Schicht Staub, der vom Wind immer wieder aufgewirbelt wird. Entlang der Wege reihen sich Plastiktanks und -tonnen, meist rund, manchmal quadratisch.

»Sie sind unsere Lebensadern«, sagt Palomino. »In den Armenvierteln hat niemand einen Wasseranschluss.« Jeder Haushalt kauft sein Trinkwasser beim städtischen Trinkwasserversorger Sedepal, der Preis hängt von der Lieferentfernung ab. Auf dem Hügel kostet ein Kubikmeter 25 Sol, umgerechnet 5 Euro 50. »Ich habe acht Kinder, wir geben im Monat mehr als

180 Sol für Wasser aus«, sagt die Peruanerin. Die Kosten wiegen schwer, denn niemand in der Familie hat einen festen Job. Alle sind fliegende Händler_innen, die an Straßenkreuzungen Süßigkeiten und Getränke an Autofahrer_innen verkaufen.

Gegen 9:30 Uhr ist der Tankwagen da. Der Beifahrer steckt einen dicken Schlauch in Palominos Wassertonne, die Schwerkraft erledigt den Rest. In einer Minute ist die Tonne voll. Die Frau quittiert den Empfang, dann steuert der Tankwagen das nächste Haus und die nächste Tonne an.

Arm und trocken, reich und nass

Rund 1,5 Millionen Menschen im Großraum Lima haben keinen Zugang zu sauberem Leitungswasser und sind nicht an das Abwassernetz angeschlossen. Das sind gut 15 Prozent der Bevölkerung. Die Zahlen steigen jedes Jahr, denn immer mehr Peruaner_innen ziehen vom Land in die Stadt, weil sie hoffen, dort einen Job zu finden. »Im Jahr 1970 zählte Lima 1,5 Millionen Einwohner_innen, heute sind es bereits zehn Millionen«, sagt Laureano del Castillo, Geschäftsführer des Zentrums für Sozialstudien (Cepes).



Jedes Netz gewinnt Nutzwasser.

Abel Cruz Gutierrez vor neuen Nebelfängern, Ancon, 2020.

Wasser marsch!

Gabriela Palomino
in Villa Lourdes,
Lima, 2020.

Mittlerweile lebt fast ein Drittel der peruanischen Bevölkerung in der Hauptstadt. Lima konkurriert mit Kairo um den Titel der weltweit größten Metropole, die mitten in einer Wüste liegt. In den vergangenen zehn Jahren betrug der jährliche Niederschlag im Durchschnitt zehn Millimeter. In manchen Jahren fällt so gut wie kein Regen in der Stadt. Denn vor der peruanischen Küste verläuft der kalte Humboldtstrom, der für extreme Trockenheit sorgt. Lima und die Küstenregion, in der etwa 70 Prozent der Peruaner_innen leben, verfügen über gerade mal zwei Prozent der landesweiten Wasserreserven.

In der Corona-Pandemie spitzte sich die Lage in den Armenvierteln Limas noch einmal dramatisch zu. »Die Behörden riefen uns auf, regelmäßig die Hände zu waschen und auf Hygiene zu achten«, schimpft Pilar Gallegos, die im Armenviertel 12. Juli lebt. »Dafür habe ich aber nicht genug Wasser.« Sie spart bereits jeden Tropfen, fängt das Wasser von der

Wäsche auf, um damit die Hände zu waschen und das Haus zu putzen.

In Lima liegt der Wasserverbrauch pro Einwohner bei 130 Litern pro Tag. Doch während die Menschen in wohlhabenden Vierteln wie Miraflores oder San Isidro etwa 250 Liter Leitungswasser pro Person und Tag verbrauchen, sind es in Villa Maria del Triunfo weniger als 50 Liter. »In der Stadt wird das Wasser auf kriminelle Weise verschwendet, weil es sehr billig ist«, stellt Laureano del Castillo fest: »Die Leute in den Armenvierteln zahlen für ihr Wasser zehn Mal so viel – das ist ein Skandal.« Seit vielen Jahren fordert er, den Wasserpreis in Lima deutlich zu erhöhen, damit die Leute anfangen, zu sparen. Doch die Politik schreckt vor diesem Schritt zurück, weil sie die Wähler_innen in den reichen Vierteln nicht verärgern will.

Kaum Auflagen, viel Korruption

Der Wasserrechtsexperte prangert die Untätigkeit der Politik an. »In den vergangenen 40 Jahren hat keine peruanische Regierung ernsthaft in die Wasserinfrastruktur investiert«, beklagt Laureano del Castillo. »Das Menschenrecht auf Wasser wurde



zwar 2017 als Artikel 7 in die peruanische Verfassung geschrieben, doch das hat bis heute nicht viel bewirkt.« Die Regierung behauptete, sie unternehme alles, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. »Aber wir treten weiter auf der Stelle.«

Schuld an der Tatenlosigkeit sei der latente Rassismus der weißen städtischen Oberschicht. »In den meisten Armensiedlungen wohnen Cholos, Mestiz_innen vom Land, die von der Oberschicht als Menschen zweiter Klasse angesehen werden«, sagt del Castillo. »Milliarden in den Ausbau der Infrastruktur zu investieren, um sie mit Leitungswasser zu versorgen, erscheint der Politik als überflüssig.« Der Staat investiere lieber Milliarden in riesige Bewässerungsanlagen in Olmos oder Chavimochic, von denen ein paar Dutzend große Agrarunternehmen profitieren. »Wir verschwenden unsere knappen Wasserressourcen, um Früchte für den Export zu produzieren«, kritisiert der Experte.

Auch Mariella Sanchez, die Direktorin der NGO Aquafondo, fordert die Regierung auf, ihren Pflichten nachzukommen. »Die Politik versteht nicht, was das Menschenrecht auf Wasser bedeutet«, sagt sie. »Sie lässt zu, dass Flüsse durch den Bergbau und die Industrie verschmutzt werden, und sie unternimmt auch nichts, um die Verschwendung von Wasser zu unterbinden.«

Seit Jahrzehnten verseuchen sechs Bergbauunternehmen den Fluss Rimac, aus dem fast drei Viertel des in Lima verbrauchten Wassers stammen. Firmen wie Volcan und Casapalca lagern ihren Abfall direkt am Flussufer ab, von dort spült der Regen den giftigen Müll in den Fluss. Umweltschützer_innen haben mehrfach Klagen gegen die Unternehmen eingereicht, doch diese machen einfach weiter. »Die Regierung vergibt Berg-

**»Die Politik versteht nicht,
was das Menschenrecht
auf Wasser bedeutet.«
NGO Aquafondo**

An guten Tagen kann ein Nebelfänger 100 bis 200 Liter Wasser gewinnen.

baulizenzen, ohne dabei Sanktionen für Umweltsünden vorzusehen«, sagt Sanchez. »Die Auflagen sind lasch, die Kontrollen noch lascher.« Hinzu kommt die Korruption – wie viel Bestechungsgeld an die Behörden geht, weiß niemand.

Die Lage ist ernst. »In 15 Jahren könnte der Stadt das Wasser ausgehen«, warnt Sanchez. »Wenn die Menschen kein Wasser mehr zum Trinken haben, werden die Fabriken und Bergwerke als erste schließen müssen.« Deswegen sollten sowohl der Staat als auch die Privatwirtschaft schon jetzt anfangen, in die Wiederaufbereitung von verbrauchtem Wasser und in die Erschließung neuer Quellen zu investieren. Auch der Umgang mit Wasser müsse sich ändern: »Die Peruaner_innen müssen begreifen, dass Wasser sehr kostbar ist, sie müssen lernen, Wasser zu sparen.«

Die Nebelfänger von Lima

Abel Cruz Gutierrez hat früh begriffen, dass Wasser die Grundlage der menschlichen Existenz bildet – als Sechsjähriger musste er täglich Wasser von einer Quelle nach Hause schleppen. »Wenn die Regierung wirklich die Armut reduzieren und die Gesundheit verbessern will, muss sie allen Menschen Zugang zu Wasser bieten«, sagt der Ingenieur. »Es gibt viele intelligente Möglichkeiten, die Wassernot zu lindern.«

Eine Methode hat der 58-jährige bereits praktisch umgesetzt: die Nebelfänger. Wenn im Winter feuchte Nebelschwaden die



Da wächst was dank eigener Netze. Pablo Lluuya in Lima, 2020.

peruanische Küste verhüllen, können sie »gemolken« werden. Das gewonnene Wasser ist nicht trinkbar, kann aber zum Kochen, Waschen oder für die Landwirtschaft genutzt werden.

Oberhalb der Kleinstadt Ancon, 25 Kilometer nördlich von Lima, schleppen Frauen und Männer feinmaschige grüne Nylonnetze und sechs Meter lange Pfähle eine riesige Sanddüne hinauf. Sie graben die Pfähle in einem Abstand von fünf Metern in den Sand und spannen die Netze dazwischen. »Winzige Tropfen bleiben am Gittergewebe hängen, das Wasser tropft dann in die Rinne unterhalb des Netzes und wird durch einen Schlauch in größere Wasserspeicher und Zisternen geleitet«, erklärt Cruz. »Mit einem 20 Quadratmeter großen Nebelfänger können an guten Tagen 100 bis 200 Liter Wasser gewonnen werden.«

Die Küste rund um Lima ist mindestens sieben Monate im Jahr von Nebel verhüllt, von April bis Oktober. Man kann das Wasser in diesen Monaten sammeln und in größeren Reservoirs für die Sommerzeit speichern. Cruz' Lösung hat einen großen Vorteil – die Nebelfänger sind billig, umweltverträglich und kommen ohne Strom aus. Ein Nebelfänger kostet etwa 100 Euro.

Der leidenschaftliche Tüftler hat bereits etwa 2.000 Nebelfänger in Peru gebaut, von Lima bis Tacna, direkt an der chilenischen Grenze. Alle wurden aus Spenden finanziert, die meist aus dem Ausland kamen. »Wasserzugang ist zwar ein Menschenrecht, unsere Regierung ignoriert aber meine Erfindung«, kritisiert Cruz. »Ich bekomme keine staatliche Unterstützung.«

Auch er glaubt, dass Korruption für dieses Desinteresse verantwortlich sei. »Leider werden in Peru vor allem Projekte genehmigt, bei denen Bestechungsgeld fließt«, sagt der Ingenieur. »Die Regierung unterstützt teure Bauvorhaben, bei denen viel Geld abgezweigt werden kann.«

Doch Cruz ist ein Kämpfer, er lässt sich nicht entmutigen. Im Jahr 2005 gründete er die Bewegung Peruaner ohne Wasser, deren Präsident er ist. Seitdem hat er für seine Nebelfänger



Zum Händewaschen reicht das Wasser kaum. Pilar Gallegos in Lima, 2020.



Dutzende nationale und internationale Preise gewonnen, darunter den Premio Cemex in Mexiko und den Google-Preis in Peru. Im Jahr 2019 wurde er zu den wichtigsten Personen des Landes gewählt. Darauf ist er besonders stolz.

Die Wüste begrünen

Doch die Auszeichnung vernebelt nicht seinen Blick auf die Realität. Cruz hofft, genug Spenden einsammeln zu können, um in den kommenden drei Jahren 10.000 Nebelfänger zu bauen.

»Wir wollen den Leuten ein Einkommen geben und die Wüste grün machen«, sagt er. Dass der Traum kein Hirngespinnst sein muss, zeigt das Beispiel von Pablo Lluvya Reyes, der seit zehn Jahren im Armenviertel Villa Lourdes lebt. »Vor sechs Jahren hat Abel Cruz vier Nebelfänger auf meinem Land installiert«, berichtet der 50-Jährige. »Sie haben mein Leben total verändert.«

Lluvya legte unterhalb der Nebelfänger einen Garten an, in dem er Gemüse und Obst anbaut. Er zeigt stolz seine Beete, in denen Kohl, Koriander und Kürbisse gedeihen. »Der Boden ist sandig, doch mit etwas Wasser kannst du gute Ernten erzielen«, sagt er. Einen Teil des Gemüses verzehrt seine Familie, den Rest verkauft er an Nachbarn. »Ich habe endlich regelmäßige Einnahmen, mit denen ich Reis und Öl kaufen kann. Meiner Familie geht es heute deutlich besser als früher.«

Zusammen mit seinen Nachbarn hat Lluvya den Verein Casa Huertas gegründet, der Spenden für neue Nebelfänger sammelt. »Zusammen haben wir mehrere Hektar Land«, sagt er. »Mit 100 Nebelfängern könnten wir die Hänge in einen grünen Garten verwandeln und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.« ■

WASSERMANGEL UND KLIMAKRISE

Nach einer Studie des britischen Klimaforschungsinstituts Tyndall Center liegt Peru hinter Bangladesch und Honduras auf dem dritten Platz der weltweit am stärksten von der Klimakrise bedrohten Länder. Der alle paar Jahre auftretende El-Niño-Effekt, der die Pazifikoberfläche vor der Küste erwärmt, wird immer stärker und sorgt für Klimaextreme: Während es in den Anden und am Amazonas zu Überschwemmungen kommt, trocknet der Küstenstreifen aus. Der jährliche Niederschlag in Lima geht zurück. Gleichzeitig haben die Gletscher in den Anden in den vergangenen 40 Jahren rund 42 Prozent ihrer Fläche verloren, viele Gipfel, die noch vor 20 Jahren schneebedeckt waren, haben ihre weiße Kappe eingebüßt. Die Flüsse führen immer weniger Wasser, in 50 Jahren könnten die vorhandenen Wasserreserven um etwa 40 Prozent schrumpfen. An der Küste herrscht bereits vielerorts Wassernotstand. Auch die Biodiversität des Landes ist akut bedroht. »Wir laufen Gefahr, dass unsere Kinder manche Tier- und Pflanzenarten nur noch von Fotos kennen werden«, warnt Laureano del Castillo, Geschäftsführer des Zentrums für Sozialstudien (Cepes).



Staubtrocken. Villa Lourdes, Lima, 2020.

Gegen Missernten und Plastik

Sadrach Nirere stellt sich in Uganda gegen die Klimakrise – und reißt mit seiner Bewegung immer mehr Menschen mit. Von Robert B. Fishman

Sadrach Nirere bleibt im Kampf gegen die Klimakrise optimistisch. Aufgeben ist für ihn keine Option. Auf dem Bauernhof seiner Eltern hat Nirere unmittelbar erlebt, wie sich das Wetter auf die Ernten auswirkt. Von den Erträgen hing es ab, ob seine Familie genug zu essen hatte. Nach Missernten mussten seine Eltern die Landwirtschaft aufgeben. »Die Klimakrise betrifft uns hier viel direkter als die Menschen in Europa«, sagt er. Früher gab es in Uganda regelmäßige Regen- und Trockenzeiten. Heute sei es mal zu trocken, mal sorgten Überschwemmungen nach Starkregen für die Zerstörung der Feldfrüchte. Naturkatastrophen trafen vor allem die Armen. Manche verlören durch Erdbeben ihren gesamten Besitz.

Der 26-Jährige hatte das Glück, dass ihn seine Eltern auf eine Oberschule in der Hauptstadt Kampala schicken konnten. So manche Familie kann das Schulgeld für die Kinder nicht bezahlen. »Viele Kinder brechen die Schule ab, weil sie Geld verdienen müssen«, sagt Nirere. Inzwischen hat er seinen

Bachelor-Abschluss in Betriebswirtschaft und ist »hauptberuflicher Aktivist«.

Das Leben in Kampala habe er genossen, erzählt er. Doch bald sei ihm auch die Kehrseite des städtischen Lebens aufgefallen: Plastikmüll, der die Kanalisation verstopft und im Viktoriasee treibt. Als Student hat Nirere den ugandischen Ableger von Fridays for Future mitgegründet und die Bewegung End Plastic Pollution (Beendet die Plastikverschmutzung) initiiert.

Viele Menschen fühlten sich gegenüber der Klimakrise machtlos und resignierten, sagt Nirere. Doch ist er sich sicher, dass die Umweltbewegung auch immer mehr Menschen in Uganda berührt: »Über Initiativen in 50 Schulen und Hochschulen erreichen wir rund eine halbe Million Menschen.«

Noch wird die Bewegung von der Regierung geduldet. Doch man wisse nie, was passiere, wenn man eine Demonstration organisiere, erzählt Nirere. Nach dem globalen Klimastreik im September 2020 habe die Polizei viele Aktivist_innen festge-

nommen, verhört und ihre Plakate beschlagnahmt. »Die meisten waren unter 18«, sagt Nirere. Die Polizei habe gefragt, warum sie bei den Protesten mitmachten und wer die Proteste finanziere. Dann hätten sie die Demonstrierenden wieder freigelassen und zu ihren Eltern gebracht.

»Wir wenden uns ausdrücklich nicht gegen die Regierung«, sagt Nirere. Die Proteste richteten sich vor allem gegen Unternehmen wie Coca-Cola, die mit ihrem Verpackungsmüll die Umwelt verschmutzen. »Wir wenden uns an die Verursacher_innen, die Hersteller_innen«, sagt Nirere. »Wir sind doch alle Menschen, auch die in der Regierung und die Verantwortlichen in den Unternehmen. Wir müssen zusammenarbeiten, wenn wir verhindern wollen, dass die Menschen ihre eigenen Lebensgrundlagen zerstören.«

Der Plastikflut kann man in Kampala kaum entkommen. »Vor allem die ärmeren Menschen können nur an den Straßenkiosken einkaufen.« Dort bekommt man alles in Plastik: Becher, Teller, Getränke, Zahnbürsten. Statt eines organisierten Recyclingsystems gibt es sogenannte Waste Picker, Menschen, die auf Mülldeponien, auf der Straße oder in der Landschaft Müll einsammeln, den sie an Zwischenhändler_innen verkaufen. »Die bekommen für viele Kilo Plastik ungefähr 1000 Schilling«, sagt Nirere. Das sind umgerechnet etwa 20 Cent. Das Problem der Plastikvermüllung werde so jedenfalls nicht gelöst. ■



Foto: privat

»Man kann die Augen nicht mehr schließen«

Marinel Sumook Ubaldo ist eine der aktivsten Klimaschützerinnen der Philippinen. Das hat auch biografische Gründe. Von Luciana Ferrando

Ja, ich sollte mehr schlafen«, sagt die Klimaaktivistin und Sozialarbeiterin Marinel Sumook Ubaldo in einer Videoschleife. Bei ihr zu Hause in Tacloban, Philippinen, ist es gerade sechs Uhr morgens, und sie arbeitet bereits. »Um mich besser um die Welt zu kümmern, muss ich mich auch um mich kümmern«, sagt sie und lacht. Doch einfach ausschlafen, ausgehen oder Spaß haben, ist für die 24-Jährige keine Option, solange noch für Klimagerechtigkeit gekämpft werden muss. »Wir können es uns nicht leisten, nur an uns selbst zu denken, wir müssen Verantwortung für die Umwelt übernehmen«, sagt sie und wird ernst. »Wenn man einmal gesehen hat, was alles auf der Welt schief läuft, kann man nicht weiter die Augen davor verschließen. Man muss etwas unternehmen.«

Das begriff Ubaldo in aller Deutlichkeit im November 2013. Sie war damals 16 Jahre alt, als ein Taifun die Philippinen verwüstete. Sie war damals 16 Jahre alt. Der Wirbelsturm »Yolanda« führte zu mehr als 6.000 Todesopfern, darunter waren auch Familienangehörige und Freund_innen von Ubaldo. Ihr Dorf Matarinao wurde zerstört. »Damals habe ich den Sinn meines Lebens entdeckt und beschlossen, für den Klimaschutz zu kämpfen.«

Sie erzählt ihre persönliche Geschichte allerdings nicht, um als Opfer angesehen zu werden, sondern will »damit beweisen, dass es bei den Auswirkungen des Klimawandels und der Klimapolitik nicht um Statistiken, sondern um Menschen geht«. Als 18-Jährige sagte sie auf der UN-Klimakonferenz in Paris: »Ich brauche nicht euer Mitleid, ich möchte, dass ihr etwas tut.« Außerdem ermutigt Ubaldo die junge Generation, sich mehr zu engagieren.

Auf den Philippinen, einem Land mit mehr als 100 Millionen Einwohnern, sind die Folgen der globalen Erwärmung stark spürbar. Im Westpazifik kommt es immer öfter zu heftigen Wirbelstürmen, rund 20 erreichen die Region mittlerweile im Jahr. »Es ist so ermüdend, immer wieder bei Null anzufangen«, erklärt Ubaldo. »Wir tun das nicht freiwillig, wir haben keine andere Wahl.« Als Tochter eines Fischers erlebte sie früh, dass insbesondere arme Menschen den Folgen der Klimakrise ausgeliefert sind.

Foto: Pan Deutschland



Deshalb fing sie bereits im Alter von zwölf Jahren an, sich mit Themen wie Katastrophenvorsorge und Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen. Sie schloss sich der Organisation Plan International an und klärte Schulkinder und Jugendliche darüber auf, wie man Verantwortung für die Natur übernehmen kann. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet Bildung. »Wie kannst du dich für deine Rechte stark machen, wenn du sie nicht kennst?«, fragt sie. Rechte seien aber nicht überall zugänglich, vor allem nicht für Frauen und Mädchen. »Das muss sich ändern.«

Die Klimakrise betreffe nicht nur ärmere Länder, meint Ubaldo: »Egal wie privilegiert du bist, die Klimaveränderung trifft uns alle. Sie beeinflusst alle Aspekte unseres Alltags und bedroht unsere Zukunft.«

Schon 2018 trat sie in New York bei einer Anhörung zur Verantwortung internationaler Energiekonzerne als Klimabotschafterin auf. Sie mobilisierte danach zum ersten Klimastreik in Tacloban, sprach zusammen mit Greta Thunberg auf einem Konzert der Band U2 und teilte ihre Geschichte im Dokumentarfilm »The girl and the typhoons«. Derzeit arbeitet Ubaldo bei der Organisation der Local UN Climate Change Conference of Youth (LCOY) in den Philippinen mit. Im November wird sie für ihr Land als Koordinatorin bei der internationalen Klimakonferenz in Glasgow mitwirken.

Der Klimaaktivismus ist für Marinel Sumook Ubaldo ein Job, den sie ohne Pause, aber immer noch gern macht. Nur allein bleiben will sie damit nicht. »Das ist ein Notfall. Wir alle müssen handeln, und zwar sofort.« ■



Wettlauf gegen die Sanduhr

Die Great Green Wall quer durch Afrika sollte die Ausbreitung der Wüsten aufhalten. So einfach wird es nicht, auch wenn im Senegal bereits zwölf Millionen Bäume gepflanzt wurden.
Von Stefan Borghardt (Text und Fotos)

Diese Parzelle in Widou Thiengoly, Senegal, wurde 2009 im Rahmen der UN-Initiative »Action Against Desertification« begrünt und erstreckt sich über 2.300 Hektar.



Einen 8.000 Kilometer langen Grünstreifen quer durch den afrikanischen Kontinent zu pflanzen, klingt utopisch. Doch angesichts der alarmierenden Wüstenbildung haben die Regierungen der Sahelstaaten Senegal, Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger, Nigeria, Tschad, Sudan, Eritrea, Äthiopien und Dschibuti einen Masterplan entworfen. Ihr großes Ziel: die Great Green Wall.

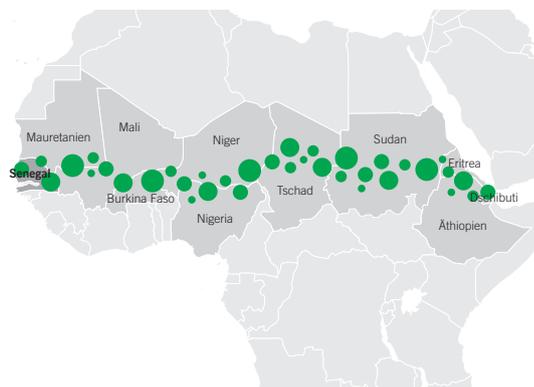
Wer auf einem Klimagipfel vollmundig Botschaften von Ambitionen, Meilensteinen und Vorreiterrollen verbreitet, erweckt schnell den Eindruck, das Klimathema allenfalls als Gelegenheit zu begreifen, sich und den jeweiligen Parteikolleg_innen selbstgerecht auf die Schulter zu klopfen. Jenseits von Geltungsdrang, dort wo die unmittelbaren Folgen der Klimakrise wie Küstenerosion und Desertifikation längst hautnah zu spüren sind, müssen reale Antworten entwickelt werden – nicht im Glauben, die Veränderungen noch aufhalten zu können, sondern unter der Prämisse, gemeinsam mit der Bevölkerung alternative Überlebensmodelle zu entwerfen.

Die Straßen in der senegalesischen Dornbuschsavanne sind wie leergefegt. Packesel beherrschen das Terrain. »Weil 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung von der Viehhaltung leben, ist der Druck auf die Weideflächen sehr groß«, erklärt El Hadj Goudiaby von der Nationalen Behörde für Gewässer und Wälder. Die nördliche Region Ferlo ist seit jeher Heimat der halbnomadischen Bevölkerungsgruppe der Fulani. »Durch die geringen Regenfälle konnten im vergangenen Jahr etwa 20 Kinder das



»Die Schulbildung, die Aufklärung und die Bewusstseinsbildung stellen eine Chance für die nachhaltige Entwicklung des Projekts dar.« Ibrahim Diawara, Direktor der Grundschule in Mbar Toubab.

GREAT GREEN WALL



Schuljahr nicht beenden«, klagt Ibrahim Diawara, der die Grundschule von Mbar Toubab leitet. Das liege an der Wanderweidewirtschaft, erklärt er. Aufgrund der immer länger andauernden Trockenperioden sind die Hirten gezwungen, ihre Zyklen anzupassen, und müssen mit ihren Familien immer weitere Strecken zurücklegen.

Im Austausch mit Goudiaby und der Gemeinde entstand deshalb die Idee, sogenannte Futterbanken anzulegen. Ausgewählte Forstparzellen werden eingezäunt, um den Graswuchs vor Wildtieren zu schützen und mit Futtermitteln für die Trockenzeit vorzusorgen. »Ich will den Menschen nicht den Weidewechsel abgewöhnen«, betont Goudiaby, »sondern sicherstellen, dass mittellose Hirten bleiben und unsere Vorräte nutzen können.«

Mit bereits mehr als zwölf Millionen gepflanzten Bäumen hat der Senegal innerhalb der panafrikanischen Initiative eine Schrittmacherfunktion übernommen. Bei der Aufforstung werden sowohl traditionelle als auch innovative Ansätze erprobt. Entlang des Senegal-Flusses werden derzeit Palmoasen angelegt, und in Kürze soll die Bewässerung erster Parzellen unter Anwendung eines Hydrogels getestet werden, das große Mengen an Wasser speichert und vor Verdunstung schützt soll.

Ein Meer aus Setzlingen der arabischen Gummiakazie und der indischen Jujube, die sich als besonders resistent gegen die extreme Trockenheit erwiesen haben, taucht die Baumschulen in ein saftiges Grün. Doch solange der erste Regenschauer auf sich warten lässt, können die Schösslinge nicht in den Boden. Mignane Sarr von der UN-Initiative »Action Against Desertification« zeigt sich besorgt: »Die Pflanzen haben ihre Wurzeln bereits voll ausgeprägt. Wenn wir noch länger warten müssen, werden sie enorme Schwierigkeiten haben, sich an die neue Umgebung anzupassen. Wir rechnen deshalb leider mit einer hohen Mortalität.«

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Während Goudiaby im Sommer 2010 noch üppige 818 Millimeter Niederschlag gemessen hat, liegen die jüngsten Werte bei gerade einmal 250. Selbstverständlich betreffe die Erderwärmung uns alle, stellt Goudiaby klar und fordert: »Deshalb müssen wir diese Aufgabe gemeinsam lösen – und zwar nach dem Verursacherprinzip: Wer verschmutzt, der zahlt.« Er halte aber nichts davon, dass jemand von außen komme, um das Projekt weiterzuentwickeln: »Die Bevölkerung muss wissen, dass sie selbst Verantwortung übernehmen und Lösungen für ihre Probleme finden kann.« ■



In der größten Baumschule des Projekts warten mehr als 75.000 Jungpflanzen darauf, in den Boden gebracht zu werden und zu wurzeln.



»Wir unterstützen die Great Green Wall sowohl finanziell als auch mit Fortbildungen. Da die Preise für das Saatgut steigen, spielt die Finanzierung durch die FAO eine wichtige Rolle.« Mignane Sarr, Vertreter der Welternährungsorganisation (FAO) und lokaler Leiter der »Action Against Desertification« in Widou Thiengoly.



Da Mitte August noch immer kein Gras wächst, verfüttern Hirten die Rinde von Baobabs an ihr Vieh. Dies fördert jedoch den Termitenbefall, der die Bäume absterben lässt.



»Obwohl Frankreich und andere Länder sich seit einigen Jahren am Projekt beteiligen, ist es in erster Linie immer noch die einheimische Bevölkerung, die sich engagiert.« Sergeant El Hadj Goudiaby, Nationale Behörde für Gewässer und Wälder, bis 2020 Koordinator der Wiederaufforstung in Mbar Toubab.





»Glücklicherweise ist das Gebiet stabil, in dem die Great Green Wall den Senegal durchquert. Es gibt keinen Krieg, keine Dschihadisten und keine Rebellen – es ist eine friedliche Gegend. Deshalb sind wir im Senegal bereits ein bisschen weiter als Länder wie Mali, Niger und Burkina Faso.« Aliou Guisse, Professor für Pflanzenbiologie an der Sheikh Anta Diop-Universität in Dakar.

Evolution de la Biométrie		Année 2020			
Climat 2020		DATE	Température (Celsius)	Humidité (%)	Précipitation (mm)
01/01	18.5	01/01	25.0	65.0	0.0
02/01	18.5	02/01	25.0	65.0	0.0
03/01	18.5	03/01	25.0	65.0	0.0
04/01	18.5	04/01	25.0	65.0	0.0
05/01	18.5	05/01	25.0	65.0	0.0
06/01	18.5	06/01	25.0	65.0	0.0
07/01	18.5	07/01	25.0	65.0	0.0
08/01	18.5	08/01	25.0	65.0	0.0
09/01	18.5	09/01	25.0	65.0	0.0
10/01	18.5	10/01	25.0	65.0	0.0
11/01	18.5	11/01	25.0	65.0	0.0
12/01	18.5	12/01	25.0	65.0	0.0
Moyenne mensuelle			25.0	65.0	0.0
Moyenne annuelle			25.0	65.0	0.0

Dass die Niederschlagszahlen kontinuierlich zurückgehen, führt Goudiaby auch auf die immer kürzeren Feuchtperioden zurück. Gewöhnlich kam der Regen im Juni und reichte bis in den Oktober hinein, doch mittlerweile dauert er nur noch gut einen Monat.



Klimagerechtigkeit braucht Menschenrechte

Die Rechte auf Leben, Gesundheit und Nahrung werden verletzt, Menschen werden vertrieben, die Ungleichheit wächst. Es gibt viele Gründe, warum Amnesty International zur Klimakrise arbeitet. Von Annelen Micus

Amnesty International befasst sich seit 2009 mit den menschenrechtlichen Aspekten der Klimakrise, dokumentiert die dadurch verursachten Menschenrechtsverletzungen und richtet menschenrechtliche Forderungen zur Bekämpfung der Klimakrise an Regierungen und Entscheider_innen. Zuletzt veröffentlichte die Organisation im Juni 2021 den Bericht »Stop Burning our Rights: What Governments and Corporations Must Do to Protect Humanity from the Climate Crisis«.

Die Texte und Bilder in diesem Schwerpunkt des Amnesty Journals geben einen exemplarischen Einblick in die vielfältigen menschenrechtlichen Dimensionen der Klimakrise. Zum Beispiel werden die Rechte auf Leben, Gesundheit oder auf Nahrung verletzt, Menschen werden aus ihren angestammten Gebieten vertrieben, und Ungleichheiten werden verstärkt.

Wie auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Klimaschutzurteil feststellte, werden die Menschenrechte künftiger Generationen durch unzureichenden Klimaschutz beschnitten, da spätere Klimaschutzmaßnahmen umso schärfer aktuelle Versäumnisse aufholen müssen und die Auswirkungen der Erderwärmung sich verschlimmern.

Menschenrechtsverteidiger_innen, die sich für Klima- und Umweltgerechtigkeit einsetzen, sind in besonderem Maße Repressionen ausgesetzt und werden verfolgt. Andererseits ergeben sich aus den menschenrechtlichen Verpflichtungen von Staaten und Unternehmen Pflichten zu einem ambitionierten und menschenrechtsbasierten Klimaschutz.

Der schnelle Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien muss im Einklang mit den Menschenrechten umgesetzt werden. Die Klimapolitik muss dabei patriarchale und rassistische Verhältnisse sowie sozioökonomische Ungleichheit mitdenken und angehen. Der Einsatz für Klimagerechtigkeit ist daher immer auch ein Einsatz gegen Rassismus, Sexismus, Armut und Ausbeutung. Menschen, die besonders von der Klimakrise betroffen sind, müssen bei deren Bekämpfung maßgeblich in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Und schließlich dürfen Klimaschutzmaßnahmen nicht ihrerseits zu Menschenrechtsverletzungen führen. So darf etwa der zunehmende Ressourcenbedarf für mehr E-Mobilität nicht zu Menschenrechtsverletzungen beim Abbau von Kobalt in der Demokratischen Republik Kongo oder Lithium in den Anden führen.

Für die Bundestagswahl 2021 ist die Klimakrise eines von fünf Schwerpunktthemen für Amnesty International Deutschland. Wir fordern von der neuen Bundesregierung insbesondere, dass sie die Klimakrise als Menschenrechtskrise anerkennt und eine konsequente 1,5-Grad-konforme Politik im Einklang mit den Menschenrechten umsetzt.

Die Bundesregierung sollte sich auch auf internationaler Ebene für multilaterale Lösungen und eine menschenrechtsbasierte Klimapolitik engagieren und strukturell benachteiligte Staaten in ihren Transformationsprozessen unterstützen. Angesichts des bevorstehenden Klimagipfels im November 2021 soll sie gemeinsam mit der EU auf eine ambitionierte europäische Klimapolitik hinwirken.

Schließlich ist Amnesty solidarisch mit der globalen Klimabewegung und Klimaaktivist_innen weltweit, die ihre Menschenrechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit verwirklichen. Daher rufen wir gemeinsam mit Fridays for Future zum nächsten globalen Klimastreik am 24. September 2021 auf.

Die Bekämpfung der Klimakrise ist eine vordringliche Aufgabe unserer Zeit, um Menschenrechtsverletzungen jetzt und in der Zukunft, hier und weltweit entgegenzutreten. Die Klimakrise aus Perspektive der Menschenrechte zu beleuchten, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und menschenrechtliche Forderungen an Regierungen und Unternehmen zu richten, ist der Beitrag, den Amnesty International leisten will. ■

Annelen Micus ist Referentin für menschen- und völkerrechtliche Grundsatzfragen bei Amnesty Deutschland.

**Amnesty
ist solidarisch
mit der globalen
Klimabewegung.**

Nun muss radikal gehandelt werden

Regierungen haben über Jahrzehnte hinweg versäumt, die Klimakrise zu bekämpfen. Ein Plädoyer für eine andere Perspektive.
Von Lisa Nowag und Jakob Nehls

Die Bilder der überfluteten Gebiete im Westen Deutschlands haben sich längst ins kollektive Bewusstsein dieser Republik gebrannt. Im Juli kamen in den Überflutungsgebieten in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mehr als 180 Menschen ums Leben, viele mussten ihre Häuser verlassen und haben ihr gesamtes Hab und Gut verloren.

Es wird voraussichtlich viele Jahre dauern, bis die Gebäude und die Infrastruktur in den betroffenen Gebieten wieder aufgebaut sein werden. Während das zerstörerische Ausmaß der Katastrophe Gegenstand unzähliger Diskussionen ist, wird das Offensichtliche nur selten benannt: Leben, Wohnen, Wasser und soziale Sicherheit sind grundlegende Menschenrechte.

Die extremen Schäden und Verluste in den Flutgebieten stehen exemplarisch dafür, dass die Zunahme derartiger Extremwetterereignisse auf der ganzen Welt mit der voranschreitenden Klimakrise in Verbindung steht. Ihre Auswirkungen werden nun auch in Europa immer stärker spürbar. Trotz der wissenschaftlichen Faktenlage wurden solche Ereignisse bislang oft als »Naturkatastrophen« angesehen, anstatt mit der Klimakrise in Verbindung gebracht zu werden.

Die Betroffenen wurden somit zu reinen Unglücksopfern – ein Bild, dem widersprochen werden muss: Weil Regierungen und Entscheider_innen über Jahrzehnte hinweg versäumt haben, die Klimakrise wirksam zu bekämpfen und die unvermeidbaren Folgen bestmöglich abzufedern, ist das vermeintliche Unglück eine schiere Ungerechtigkeit.

Mit Blick auf die zerstörten Häuser und das mangelnde Trinkwasser las man von Grundbedürfnissen, die nicht mehr gewährleistet werden konnten. Das stimmt, ist aber nur die halbe Wahrheit: Denn eine angemessene Unterkunft und der Zugang zu sauberem Wasser sind mehr als nur Grundbedürfnisse, es sind Menschenrechte. Wer ein Bedürfnis hat, benötigt etwas. Wer ein Recht hat, hat einen Anspruch darauf. Das ist ein fundamentaler Unterschied!

Aus den bedrohten Menschenrechten ergeben sich so auch

Pflichten. Im Kontext der Klimakrise sind all diejenigen in der Pflicht, die an den politischen und wirtschaftlichen Schalthebeln sitzen. Deren Beweggründe für Klimaschutz sind, wenn überhaupt, häufig ökonomischer Natur. Das Klima müsse geschützt werden, weil es sich rechnet: Die Schäden in der Zukunft verursachten höhere Kosten als ein effektiver Klimaschutz in der Gegenwart.

Begreift man die Klimakrise als Menschenrechtskrise, ist das Argument ein anderes: Weil die Klimakrise die Rechte von Millionen Menschen radikal bedroht, sind Regierungen und Konzerne schlicht verpflichtet, radikal zu handeln.

Die überfluteten Gebiete in Deutschland sind nur ein kleiner Teil der weltweiten Klimakrise, in der die gravierende Bedrohung für die Menschenrechte immer deutlicher erkennbar wird. Wir sollten diesen Zusammenhang klar benennen, um mit den Menschenrechten und ihrer Kraft wirksam gegen die Klimakrise und ihre Verursacher_innen vorzugehen. ■

Lisa Nowag und Jakob Nehls sind in der Amnesty-Themenkoordinationsgruppe Klimakrise und Menschenrechte aktiv.

KLIMAKRISE STATT KLIMAWANDEL

Wenn wir über die menschenrechtliche Bedrohung eines anthropogenen Klimawandels sprechen und Staaten zu einer menschenrechtsorientierten Klimapolitik auffordern, verwenden wir den Begriff Klimakrise und sprechen explizit nicht von einem »Klimawandel«. Eine Krise erfordert zeitnahes, durchschlagkräftiges Handeln – sie zeigt auf, wie notwendig eine grundlegende Systemtransformation ist. Passende Begriffe sind wichtig und unterstützen den Kampf für Gerechtigkeit.

Amnesty-Themenkoordinationsgruppe
Klimakrise und Menschenrechte



FREIHEIT FÜR HAYRIGUL NIYAZ

INHAFTIERT, WEIL SIE EINER ETHNISCHEN MINDERHEIT ANGEHÖRT XINJIANG, CHINA

Stell dir vor, du würdest in einem Internierungslager festgehalten oder zu einer langen Haftstrafe verurteilt, nur weil du ins Ausland gereist bist, einen Koran besitzt oder weil du WhatsApp auf deinem Telefon hast. Das ist die Realität für schätzungsweise mehr als eine Million Angehörige mehrheitlich muslimischer Bevölkerungsgruppen, die seit 2017 in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang inhaftiert wurden.

Eine von ihnen ist Hayrigul Niyaz. Nach ihrem Studium in der Türkei zog sie zurück nach China, um ein Reisebüro zu eröffnen. Doch 2017 nahm dieser Traum ein jähes Ende. Die heute 35-Jährige wurde ohne offizielle Begründung von den chinesischen Behörden festgenommen. Ihr mittlerweile in Deutschland lebender Bruder vermutet, dass sie sich im Internierungslager oder im Gefängnis befindet, weil sie ins Ausland gereist ist und dort studiert hat. Hayrigul hat keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand ihrer Wahl oder Kontakt zu ihrer Familie. In der Hoffnung, Informationen über seine Schwester zu erhalten, sprach ihr Bruder 2020 mit Familienmitgliedern in Xinjiang. Doch das Telefonat wurde von einem chinesischen Polizeibeamten arrangiert, der im Austausch Informationen von ihm forderte. Weil der Bruder die Zusammenarbeit verweigerte, kann er seither nicht mehr mit seiner Familie sprechen.

Hayrigul Niyaz und ihre Familie sind Uigur_innen, eine der ethnischen Gruppierungen, die unter dem Deckmantel der „Terrorismusbekämpfung“ und des „religiösen Extremismus“ in Xinjiang willkürlichen Inhaftierungen und systematischen Misshandlungen ausgesetzt sind.

In einem umfassenden Bericht dokumentiert Amnesty International 2021 die Repression von Angehörigen mehrheitlich muslimischer Bevölkerungsgruppen in Xinjiang und bietet damit eine faktische Grundlage für die Annahme, dass die chinesische Regierung hier schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat. Darunter Folter, systematische Verfolgung und willkürliche Inhaftierungen.

Beteilige dich an unserer Online-Aktion und fordere die Freilassung von Hayrigul und allen anderen Personen, die unrechtmäßig in Xinjiang inhaftiert sind, sowie die Schließung der Internierungslager. Folter und Misshandlung müssen aufhören.

Mehr unter
[amnesty.de/60Jahre](https://www.amnesty.de/60Jahre)



Raus aus der Opferrolle

Flagge zeigen. Symbol einiger Rom_nja im Büro von Amaro Foro, Berlin-Neukölln.

Sinti_ zze und Rom_ nja werden in Deutschland oft diskriminiert. Manchmal geschieht das aus Unwissenheit. Betroffene wehren sich und wirken uralten Klischees entgegen. **Von Lea De Gregorio**

Das Telefon von Amaro Foro e. V. klingelt immer wieder. Die Mitarbeiter_innen des Berliner Vereins, Rom_ nja und Nicht-Rom_ nja, haben viel zu tun. Sie bieten Empowermentprojekte für Jugendliche an und beraten neu zugewanderte EU-Bürger_innen aus Bulgarien und Rumänien. Auf einem Flip-Chart, der im Neuköllner Büro des Vereins vor einer Wand mit Rom_ nja-Flagge steht, geht es um Antiziganismus in der Schul- und Bildungsarbeit. Amaro Foro kämpft für Teilhabe und Chancengleichheit – und gegen Rassismus.

»Uns ist aufgefallen, Welch massive Diskriminierungserfahrungen unsere Klientinnen und Klienten machen«, sagt Pressesprecherin Andrea Wierich. Sie erleben auch in Deutschland Vorurteile und Ausgrenzung. Die zweite Vorsitzende, Violeta Balog, sagt: »Eines der klassischen und meistbekanntesten Klischees ist, dass Rom_ nja betteln oder klauen, dass sie arbeits-scheu sind und dass sie ihre Kinder nicht in die Schule schicken.«

Dass Klischees zu Beleidigungen und körperlichen Übergriffen führen, zeigt die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA), die Amaro Foro 2014 gegründet hat. 699 antiziganistische Vorfälle erfasste sie in Berlin in den ersten fünf Jahren. Es werden nicht alle Vorfälle gemeldet, die Dunkelziffer ist groß. Balog moniert, dass Antiziganismus oft nicht wahrgenommen oder aber ignoriert werde: »Wenn irgendwo ein antiziganistischer Vorfall passiert, wird sich nicht einmal darüber empört.«

2019 setzte die Bundesregierung die Unabhängige Kommission Antiziganismus ein. Im Juni dieses Jahres präsentierte sie ihre Ergebnisse. Die Soziologin und Romni Elizabeta Jonuz ist Sprecherin der Kommission. »74 Jahre nach der Befreiung von den Nationalsozialist_innen wurde eine Kommission Antiziganismus einberufen: nach 74 Jahren«, sagt sie empört.

Jonuz braucht einen langen Atem, um aufzulisten, wo sich Diskriminierung heute noch findet: »Antiziganismus bzw. Rassismus gegen Sinti_ zze und Rom_ nja zeigt sich für die Betroffenen im Alltag, in der Nachbarschaft, beim Einkaufen, beim Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel, in der Schule, in der Ausbildung, an Universitäten, im Arbeitsleben, in Behörden, durch die Polizei, durch die soziale Arbeit, im Gesundheitsbereich, in den sozialen Medien und der Medienberichterstattung.« Kurz: überall.

Bis heute werden immer wieder kollektiv Sinti_ zze und Rom_ nja verdächtigt – wie etwa nach dem Mord an Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn, der vom NSU begangen wurde. Struktureller polizeilicher Antiziganismus ist ein jahrhundertaltes und zugleich aktuelles Problem: In der polizeilichen Kriminalstatistik Berlins von 2017 wurden Sinti_ zze und Rom_ nja verfassungswidrig als einzige ethnische Minderheit hervor-gehoben.

»Negative und positive Klischees«

Es gebe »sowohl negative als auch romantisierende, positive Klischees«, sagt Balog. Beide seien rassistisch. Unter »positive Klischees« fällt etwa die Vorstellung, dass Sinti_ zze und Rom_ nja ständig auf der Reise seien, musizierten, »im Zirkuswagen durch die Gegend ziehen«, sagt Wierich. Mehr als 90 Prozent der europäischen Sinti_ zze und Rom_ nja seien jedoch



Wehrt sich gegen Diskriminierung. Elizabeta Jonuz ist Sprecherin der Unabhängigen Kommission Antiziganismus.

sesshaft. Sie lebten seit mehr als 600 Jahren in Deutschland, viele von ihnen seien seit Generationen am selben Ort. Der Rassismus sei schlicht eine Projektion der Mehrheitsgesellschaft.

Und er hat eine lange Geschichte. »Antiziganismus lässt sich in historischen Analysen bis ins 15. Jahrhundert zurückverfolgen und hat sich bis heute tradiert«, sagt Jonuz. Dass Vorurteile in der gesamten Gesellschaft verbreitet sind, zeigt zum Beispiel die Leipziger Autoritarismus-Studie aus dem Jahr 2020: 41,9 Prozent der befragten Deutschen gaben an, dass sie Probleme damit hätten, wenn sich Sinti_ zze und Rom_ nja in ihrer Gegend aufhalten.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden in Europa etwa 500.000 Sinti_ zze und Rom_ nja von Nationalsozialist_innen ermordet. Porrajmos wird der Völkermord auf Romanes genannt. Was viele nicht wissen: Die Nationalsozialist_innen stellten auf Sammelplätzen Wohnwagen für die Minderheit auf. »Sinti_ zze und Rom_ nja wurden aus ihren Häusern geholt und darin untergebracht«, sagt Jonuz. So viel zum »romantischen Klischee«.

Antiziganismus habe wie alle Formen von Rassismus mit Macht- und Gewaltverhältnissen zu tun, ist sich Jonuz sicher. Darum würden sich Klischees bis heute halten und antiziganistische Vorfälle so oft ignoriert. »Die Dominanzgesellschaft bzw. die Dominanzkultur erhält durch Antiziganismus eine eigene Aufwertung, in dem Sinne, dass sie höherwertiger sei.« Die Kommission Antiziganismus kommt zu dem Schluss, dass die Auswirkungen des Völkermords bis heute andauern.

Doch das wollen viele nicht sehen. »Es wird gesagt, es läge an ihrer in Anführungsstrichen ethnischen Herkunft oder es

**»Antiziganismus lässt sich bis ins 15. Jahrhundert zurückverfolgen.«
Elizabeta Jonuz**

läge an ihrer in Anführungsstrichen Kultur, dass Sinti_ zze und Rom_ nja so sind, wie sie sind, und dass ihre prekäre soziale Lage selbst verschuldet ist«, sagt Jonuz.

Der Nationalsozialismus und die Folgen

Wenn unter Obdachlosen oder bettelnden Menschen Rom_ nja sind, gebe man ihnen die Schuld, sagen auch Wierich und Balog. Ein Grund sei häufig jedoch die Diskriminierungserfahrung, etwa bei der Wohnungssuche oder auf dem Arbeitsmarkt. Ähnliches zeigt sich bei der Schulbildung: Jonuz erklärt, dass Sinti_ zze und Rom_ nja in Deutschland von Lehrer_ innen überproportional oft auf Sonderschulen oder Förderschulen geschickt würden – ohne dass entsprechende Gutachten vorlägen.

Außerdem habe das Schulverbot der Nationalsozialist_ innen bis heute Spuren hinterlassen. »Insbesondere bei den deutschen Sinti und Sinteze gab es während des Nationalsozialismus einen Runderlass, der besagte, dass Z-Kinder, die eine Gefahr für deutsche Mitschüler_ innen bedeuteten, ein Schulverbot bekamen.« Die Folgen bekommen die Nachfolgenerationen immer noch zu spüren.

Doch es hat sich etwas getan. Jonuz hat Bildungsbiografien von Romnja und Sintitze in Deutschland erforscht und berichtet von Lichtblicken: zum Beispiel von Frauen, die sich über Diskriminierung hinwegsetzten und Rechtsanwältinnen, Lehrerinnen, Medizinerinnen, Philologinnen, Künstlerinnen wurden. Sinti_ zze und Rom_ nja sind in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden, auch wenn sie oft nicht wahrgenommen werden.

Sie selbst habe sich lange nicht öffentlich zu ihrer Romni-Identität bekannt, erzählt Jonuz. Ihre Eltern hätten gesagt: »Sage

nicht, dass du Romni bist, sage lieber: Du hast einen jugoslawischen Pass, also bist du Jugoslawin.« Aber auch ihr Migrationshintergrund habe ihr den Weg hin zu der Professur, die sie heute hat, nicht einfach gemacht.

»Wenn in den Medien von bettelnden Rom_ nja gesprochen wird oder sie als kriminelle Clans dargestellt werden, wollen Jugendliche sich damit nicht identifizieren«, sagt auch Balog von Amaro Foro. Mit seinen Projekten stärkt der Verein deren Identität. Amaro Foro hat außerdem ein Modellprojekt gestartet, um Medienschaffende für Antiziganismus zu sensibilisieren.

Die Darstellung der Minderheit in der Öffentlichkeit beschäftigt auch den neugegründeten Studierendenverband der Sinti und Roma in Deutschland. Als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft wahrgenommen zu werden, darauf arbeitet Gründerin Dotschy Reinhardt hin. Reinhardt ist Sinteza, Sängerin und Schriftstellerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg.

Auch wenn Antiziganismus verbreitet sei, stört es sie, dass Sinti_ zze und Rom_ nja oft nur als Opfer gesehen werden. »Wer sich als Opfer sieht oder empfindet, wird handlungsunfähig.« Mit dem Studierendenverband möchte sie ein anderes Bild schaffen: »Einige unserer Mitglieder haben sehr erfolgreich ihren Platz in Deutschland gefunden und sich behauptet. Und mit diesen Beispielen wollen wir nach außen gehen.«

Die große Vielfalt

Reinhardt hat eine klare Einstellung: »Aus der Bürgerrechtsbewegung Deutscher Sinti und Roma ist eine selbstbewusste Generation herangewachsen, die sich politisch einbringen



Foto: Sarah Eck

Für mehr Empörung. Violeta Balog, Amaro Foro.

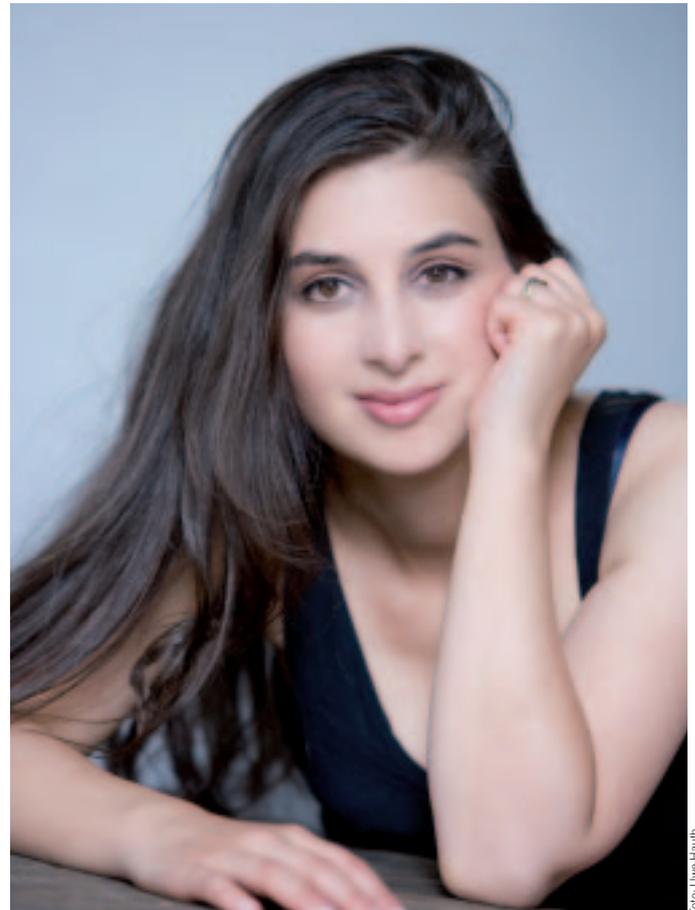


Foto: Lwe Hautth

Teil einer selbstbewussten Generation. Dotschy Reinhardt.

»Wer sich als Opfer sieht oder empfindet, wird handlungsunfähig.« Dotschy Reinhardt

möchte und sich gegen Diskriminierung einsetzt.« Jonuz sagt: »Die Nationalsozialist_innen haben die Elite der Sinti_ze und Rom_nja in Europa getötet.« Fast 90 Prozent der in Deutschland lebenden Sinti_ze und Rom_nja wurden umgebracht. »Bis eine Nachfolgeneration heranwächst, dauert das mindestens drei Generationen.« Mit Blick auf den Studierendenverband erklärt sie: »Das ist jetzt der Fall. Das sind die Aufsteiger_innen.«

Reinhardt weist auf die Heterogenität von Sinti_ze und Rom_nja hin. Sie betont, dass Sinti_ze, die seit 600 Jahren in Deutschland ansässig sind, eine andere Geschichte haben als Rom_nja-Familien, die erst im vergangenen Jahrhundert als Gastarbeiter_innen nach Deutschland kamen. Dennoch werden sie als Minderheit zusammengefasst. »Die eine Sinti und Roma-Community in Deutschland gibt es gar nicht. Es gibt verschiedene Gruppen innerhalb dieser Gruppe, wie in der Mehrheitsgesellschaft übrigens auch.«

Auch Francesco Arman, ebenfalls Gründer des Studierendenvereins, Student der Kulturwissenschaften, Erzieher, deutscher Sinto und Stadtrat der Linken in Gießen, betont die Vielfalt. Dennoch möchte der Verband alle zusammenzubringen. »Es geht nicht darum, Unterschiede festzumachen, sondern sich der Diversität bewusst zu sein, vereint im Kampf gegen Antiziganismus.«

SINTI_ZZE UND ROM_NJA, EINE HETEROGENE MINDERHEIT

Dass sich der Begriff Sinti_ze und Rom_nja gegenüber dem rassistischen Z-Wort durchgesetzt hat, war ein Ziel der Bürgerrechtsbewegung der 1970er Jahre in Deutschland. Außerhalb von Deutschland wird der Begriff Rom_nja oft als Bezeichnung für Sinti_ze und Rom_nja verwendet. Der Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma gibt an, dass Sinti bzw. Sintizze diejenigen meint, die seit dem ausgehenden Mittelalter in Mitteleuropa beheimatet sind. Als Roma oder Romnja bezeichnen sich jene, die eine ost- bzw. süd-osteuropäische Herkunft haben. Sinti_ze und Rom_nja bilden die größte Minderheit in ganz Europa. Die Minderheit ist extrem heterogen. Was sie verbindet, ist neben der geteilten Genozid- und Diskriminierungserfahrung die Sprache Romanes, die mit dem altindischen Sanskrit verwandt ist, jedoch von verschiedenen Landessprachen geprägt wurde, weshalb unterschiedliche Formen existieren. Wissenschaftler_innen gehen davon aus, dass die Ursprünge der Sinti_ze und Rom_nja in Indien liegen, wo vor 1.500 Jahren die Auswanderung begonnen hat.

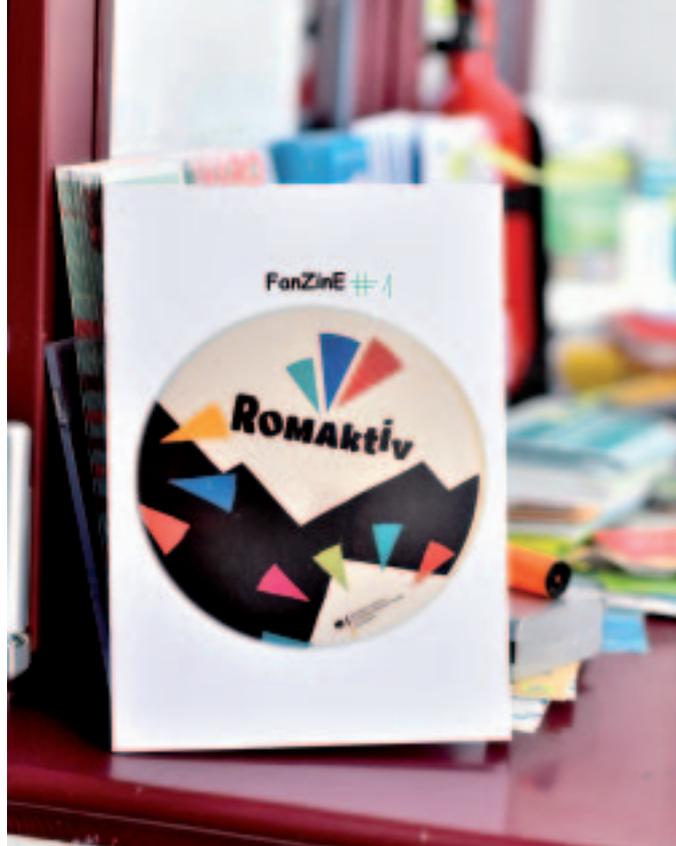


Foto: Sarah Eick

Kampf für Teilhabe. Büro von Amaro Foro, Berlin-Neukölln.

Auch Arman will nicht in der Opferposition verharren: »Es sollte nicht der Anschein erweckt werden, dass alle Sinti_ze und Rom_nja den ganzen Tag nur diskriminiert werden.« Die Diskriminierung, die er erlebe, basiere oft auf fehlendem Wissen. Er erzählt von Menschen, die ihm nicht geglaubt hätten, dass er Sinto sei. »Weil sie gesagt haben: Die Sinti_ze und Rom_nja, die ich kenne, betteln alle auf der Straße.« Dieser Unwissenheit möchte er entgegenwirken. ■

ANTIZIGANISMUS – EIN UMSTRITTENER BEGRIFF

Einige Organisationen verwenden den Begriff Antiziganismus bewusst nicht, weil er das rassistische Z-Wort enthält – eine Fremdbezeichnung, die die meisten Sinti_ze und Rom_nja ablehnen. Andere sprechen von Antirromanismus. Doch auch gegen diesen Begriff gibt es Einwände. »Wir finden, ein Begriff wie Antirromanismus suggeriert, dass es um Rom_nja geht, und deshalb wollen wir den Begriff nicht verwenden«, sagt etwa Andrea Wierich von Amaro Foro. Auch andere Vereine nutzen den Begriff Antiziganismus, um auszudrücken, dass es um Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft geht. »Ähnlich wie bei dem Begriff Rassismus, der sich auf die Dominanzgesellschaft bezieht, beziehe ich den Begriff Antiziganismus auch auf die Dominanzgesellschaft, denn es gibt keine Zs«, sagt die Wissenschaftlerin Elizabeta Jonuz. Sie spricht neben Antiziganismus jedoch auch von »Diskriminierung gegen Sinti_ze und Rom_nja«. Francesco Arman vom Studierendenverband sieht auch diesen Begriff kritisch da antiziganistische Klischees auch die ethnische Gruppe der Jenischen treffen könnten. Den Begriff Antiziganismus verwendet er, um auszudrücken, dass verschiedene Gruppen unter dem Stigma »Z« zusammengefasst werden. Und Wierich betont, dass auch Rumän_innen häufig antiziganistisch beleidigt werden, die sich selbst nicht als Roma oder Romnja betrachten, aber von anderen für Angehörige der Minderheit gehalten werden.

Zeit für Menschenrechte



Foto: Matthias Balk

Für LGBTI, gegen Diskriminierung. Amnesty-Mitglieder beim EM-Spiel Ungarn gegen Deutschland.

Corona, Klimakrise, Digitalisierung, Generationengerechtigkeit: Markus N. Beeko, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland, über die Bundestagswahl und die Kompassfunktion des Grundgesetzes.

Wenn die Wahlberechtigten in Deutschland einen neuen Bundestag wählen, so ist das der Auftakt für eine Zäsur. Eine Zäsur nach 16 Jahren, in denen Angela Merkel als Bundeskanzlerin die Richtlinien der Politik bestimmt hat und dafür die Verantwortung trug. Eine Zäsur nach acht Jahren Großer Koalition, der aller Voraussicht nach eine anders zusammengesetzte Regierungskoalition folgen wird.

Und eine Zäsur, weil eine neue Bundesregierung sich bereits vor der Wahl mit anspruchsvollen Erwartungen konfrontiert sieht: Viele Menschen schauen besorgt in die Zukunft. Sie fordern grundlegende Veränderungen und eine konsequentere Orientierung an den großen Herausforderungen wie Klimakrise, Digitalisierung und Generationengerechtigkeit – vom Umgang mit diesen Herausforderungen ist auch die Zukunft der Menschenrechte abhängig.

Andere sind nach der Pandemie verunsichert und fürchten die persönlichen Auswirkungen von Veränderungen, bei aller Einsicht in deren Notwendigkeit. Die in die weite Welt schauen, fragen sich, wie eine konstruktive Rolle Deutschlands aussehen muss – in einer EU, in der Mitgliedstaaten Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte missachten; in internationalen Foren, in denen Staaten internationale Abkommen und das Völkerrecht verletzen; in einer Welt, in der China, Russland oder die Türkei mit Regelbrüchen Machtpolitik betreiben.

Wer nach innen blickt, sieht Handlungsbedarf bei drängenden gesellschaftlichen Problemen wie wachsender sozialer Ungleichheit, Rassismus und extremistischer Gewalt. Viele Menschen stellen sich die Frage, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden kann und wie »wir niemanden zurücklassen«. So unterschiedlich dabei konkrete Lösungsvorstellungen von Wähler_innen oder Parteien sein mögen, eines ist deutlich: Die Sicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle, der Schutz der Menschenrechte und die Bewahrung unserer Erde werden ein entschlossenes Handeln einer neuen Bundesregierung erfordern.

Für jede neue Regierungskoalition wird es am Ende darauf ankommen, in unruhigen Zeiten und bei oft schwierigen Entscheidungen einen gemeinsa-

men, verbindenden »Kompass« parat zu haben. Einen solchen Kompass gibt es: die Menschenrechte, die fest im deutschen Grundgesetz verankert sind.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte enthält das Versprechen, politisches Handeln für die Menschen zu gestalten, ihre Würde zu wahren, ihren Schutz zu gewährleisten. Es ist das Versprechen, die Menschen in den Mittelpunkt allen politischen Handelns zu rücken. Das Grundgesetz ist der konkrete rechtsstaatliche Versuch, dieses Versprechen umzusetzen. Es enthält in Artikel 1 die staatliche Pflicht, die Würde des Menschen als unantastbar zu schützen. Es bekennt sich »zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten« und verpflichtet Deutschland und seine Bevölkerung, diese »als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt« zu schützen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und das Grundgesetz formulieren den übergeordneten Auftrag an die Politik. In einer Welt im Wandel muss sich Regierungshandeln daran messen lassen, ob zukünftig möglichst vielen Menschen die Wahrnehmung ihrer Menschenrechte möglich ist.

Amnesty hat Vorschläge ausgearbeitet, wie eine neue Bundesregierung an entscheidenden Stellen für die in Deutschland und der Welt lebenden Menschen auf die Verwirklichung dieses Auftrags und des Versprechens der Menschenrechte und des Grundgesetzes hinarbeiten kann. Eine kurze Auswahl finden Sie auf der gegenüberliegenden Seite, die gesamten Vorschläge finden Sie auf unserer Webseite. ■

www.amnesty.de/btw21



Wir brauchen eine feministische Außenpolitik,

die alle Menschen und nicht wie bisher die Staaten in den Vordergrund stellt, die systematisch, ressortübergreifend und menschenrechtsgeleitet handelt, und eine Bundesregierung, die sicherstellt, dass sie selbst nicht zu Menschenrechtsverletzungen im Ausland beiträgt. Denn wir befinden uns an einem entscheidenden Punkt in der Geschichte des internationalen Menschenrechtsschutzes. Menschenrechte und die Prinzipien der Unteilbarkeit und Universalität, auf denen sie fußen, sowie die Spielregeln des Multilateralismus werden von mächtigen Staaten offen infrage gestellt. Diesen Untergrabungsversuchen müssen wir etwas entgegensetzen.

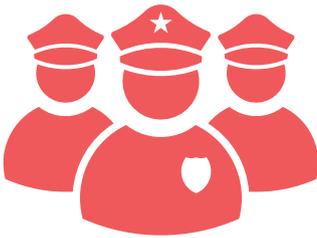
Alexia Knappmann, Stabsstelle Politik im Generalsekretariat



Das Völkerrecht bei Abschiebungen einhalten,

denn Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete verstoßen gegen das Völkerrecht. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie künftig keine Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien vornimmt.

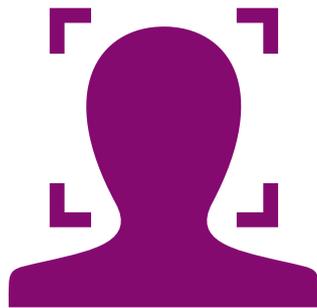
Wolfgang Grenz, Vorstandsmitglied für Flüchtlingsschutz



Rassismus und Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden bekämpfen,

indem die Bundesregierung alle nötigen Schritte ergreift, damit rassistische und rechtsextreme Tendenzen in der Polizei, der Bundeswehr und anderen Sicherheitsbehörden frühzeitig aufgeklärt und entschieden sanktioniert werden. Damit Kolleg_innen auf Missstände aufmerksam machen können, ohne selbst Konsequenzen befürchten zu müssen, müssen Stellen eingerichtet werden, die auch anonyme Hinweise aufnehmen und bearbeiten.

Stephan Anpalagan ist Journalist und in der Amnesty-Themenkoordinationsgruppe Polizei und Menschenrechte aktiv



Die Menschenrechte müssen auch im digitalen Raum gelten,

deshalb muss die Bundesregierung der Entwicklung und dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) klare menschenrechtliche Grenzen setzen, für die sie sich auch in der EU und weltweit einsetzt. Dazu gehört auch, Anwendungen von KI zu verbieten, die unvermeidbare Risiken für die Menschenrechte mit sich bringen, wie beispielsweise autonome Waffensysteme, der flächendeckende Einsatz von Gesichtserkennungssystemen auf öffentlichen Plätzen oder bei Protesten, und das Ausspionieren persönlicher Informationen und Verhaltensweisen für automatische Werbung im Internet.

Lena Rohrbach ist Referentin für Wirtschaft, Technologie und Menschenrechte und Rüstungsexportkontrolle bei Amnesty Deutschland



Menschenrechte sind der Weg zu einer klimagerechten Zukunft,

Klimaschutzmaßnahmen dürfen deshalb nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen, sondern müssen zu einem menschenwürdigen Leben für alle und zu einer gerechteren Welt beitragen. Wir brauchen einen gerechten Übergang!

Marie Luise Lauterbach ist in der Amnesty-Themenkoordinationsgruppe Klimakrise und Menschenrechte aktiv

Vergessen hinter Gittern

Von Oliver Grajewski



Gefangene auf der ganzen Welt wurden während der Covid-19-Pandemie vernachlässigt.



Für mehr als elf Millionen Menschen, die weltweit inhaftiert sind, konnten Gefängnisse zu Brutstätten der Krankheit werden.



Viele Insassen haben kaum Zugang zu sanitären Einrichtungen oder Schutzausrüstung, während Abstand halten schwer möglich ist und nur eine begrenzte medizinische Versorgung bereitsteht.



Überbelegung ist ein großes Problem in Gefängnissen. In 102 Ländern ist die Belegung bei über 110 Prozent.



Viele Länder mit einer hohen Überbelegung von Gefängnissen haben es versäumt, sich mit Covid-19-Ausbrüchen auseinanderzusetzen.



Gefangene in vielen Ländern waren nicht in der Lage, einen Covid-19-Test zu erhalten,

während einigen Gefangenen im Iran und in der Türkei willkürlich die medizinische Behandlung verweigert wurde.



In vielen Ländern haben Gefängnisbehörden zu gefährlichen Maßnahmen gegriffen, um Covid-19 zu bekämpfen, was zu Menschenrechtsverletzungen führt.



In Argentinien und Großbritannien wurden Häftlinge bis zu 23 Stunden pro Tag in Isolationshaft gehalten, oft über Wochen oder Monate.



Amnesty International fordert, Gefangene in nationalen Impfplänen genauso zu priorisieren wie vergleichbare Gruppen in der Allgemeinbevölkerung.

Den ganzen Bericht lesen Sie auf: [amnesty.de/covid19-gefaengnisse](https://www.amnesty.de/covid19-gefaengnisse)



Menschen schützen, nicht Patente

Weltweit stößt ihre Haltung auf Unmut, und Millionen können nicht geimpft werden, doch die Bundesregierung bleibt dabei: Der Patentschutz für Covid-19-Impfstoffe gilt als heilig. Von Lena Rohrbach

Es waren deutliche Worte, die Joseph Stiglitz im Juni an Deutschland richtete. Die Bundesregierung nehme »faktisch die ganze Welt als Geisel«, schrieb der Wirtschaftsnobelpreisträger und frühere Chefökonom der Weltbank in einem Gastbeitrag für die Wochenzeitung Die Zeit. Mit ihrer unbeugsamen Position stelle sich die Regierung bei der Diskussion um die Freigabe von Patenten für Covid-19-Impfstoffe »auf die falsche Seite der Geschichte«.

In der Tat zeigt ein Blick auf die politische Landkarte: Seit Südafrika und Indien im Oktober 2020 bei der Welthandelsorganisation (WTO) den Vorschlag eingereicht haben, den Patentschutz auf Corona-Impfstoffe, -Medikamente und -Tests zeitweise auszusetzen, ist die Unterstützung für den Vorschlag ständig größer geworden. Mittlerweile spricht sich eine überwältigende Mehrheit der WTO-Mitgliedsstaaten für eine Freigabe der Patente aus.

Nur Großbritannien, die Schweiz und die Europäische Union halten an ihrer Ablehnung fest. Dabei gibt es auch in der EU durchaus Befürworter_innen. Allerdings muss die EU bei der WTO mit einer Stimme sprechen – und diese wird dominiert von ihrer größten Volkswirtschaft, und die heißt Deutschland. Weil die WTO ihre Entscheidungen im Konsens fällt, kann ein einziges Land einen von der Mehrheit befürworteten Vorschlag dauerhaft blockieren.

Die Bundesregierung behauptet weiterhin, die Pandemie lasse sich am effektivsten bekämpfen, wenn Pharmaunternehmen Produktionslizenzen freiwillig vergeben und Impfstoffdosen an wirtschaftlich arme Länder gespendet würden. Diese



Theorie darf getrost als widerlegt gelten. Immer deutlicher zeigt sich die globale Ungleichheit in der Pandemiebekämpfung.

In Deutschland hat mittlerweile die Mehrheit der Erwachsenen ein Impfangebot bekommen. 57 Prozent der Bevölkerung waren hierzulande Mitte August 2021 vollständig geimpft. In ganz Europa waren dies zum gleichen Zeitpunkt immerhin 44 Prozent, in Asien 25 Prozent. In Afrika lag die Quote der vollständig Geimpften nur bei zwei Prozent. Nach Einschätzung der Regionaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erlebte der afrikanische Kontinent erst Ende Juni, Anfang Juli die schlimmsten Wochen der Pandemie. Binnen einer einzigen Woche gab es mehr als eine Viertelmillion neue Corona-Infizierte.

Währenddessen liegt die Covax-Initiative, die Länder des globalen Südens mit Impfstoffen versorgen soll, rettungslos hinter ihrem Zeitplan. Von 1,8 Milliarden benötigten Impfdosen konnte sie bis Mitte August gerade mal 190 Millionen verteilen. Die Gründe sind klar: Verteilt werden kann nur, was zuvor auch produziert worden ist. Produziert wird allerdings weiterhin zu wenig, insbesondere in den Regionen der Welt, die den Impfstoff am dringendsten bräuchten.

Noch 57 Jahre bis zum Impfschutz?

Eine drastische Ausweitung der Herstellungskapazitäten muss her. Doch diese werden durch Patente künstlich verknappt. Richtig ist, dass auch eine Patentfreigabe nicht von heute auf morgen zu mehr Impfstoffdosen führen würde. Der Aufbau neuer Produktionsanlagen und Vertriebswege würde eine Weile dauern. Wie lange genau, ist umstritten.

Suhaib Siddiqi, der frühere Direktor für Chemie bei Moderna, schätzt, dass die Länder des globalen Südens nach etwa drei bis vier Monaten auch mRNA-Impfstoffe herstellen könnten. Doch selbst wenn man eine doppelt oder gar dreimal so lange

Warten auf eine Impfung.
Tunesier_innen
in Ben Arous,
August 2021.



Foto: Yasmine Gaiati / Anadolu Agency/ pa

Zeit veranschlagt, ist eine Freigabe der Patente noch sinnvoll: Selbst nach sehr optimistischen Berechnungsmodellen wird die Mehrheit der Weltbevölkerung frühestens 2023 genügend Impfstoffe zur Verfügung haben, um die Herdenimmunität zu erreichen. Nach einer aktuellen Prognose der People's Vaccine Alliance – einem zivilgesellschaftlichen Bündnis für Impfstoffgerechtigkeit, dem auch Amnesty angehört – würde es beim derzeitigen Impftempo sogar noch 57 Jahre dauern, bis in allen Ländern ein Impfschutz der gesamten Bevölkerung erreicht ist.

Ihren Vorschlag für eine Patentfreigabe reichten Südafrika und Indien im Oktober 2020 bei der WTO ein. Seither sind neun Monate vergangen. In dieser Zeit hätten bereits zahlreiche Produktionsanlagen ausgebaut oder neu aufgebaut werden können.

Die Patentfreigabe steht dabei am Anfang der Kausalkette und nicht – wie von ihren Gegnern behauptet – am Ende. Investor_innen werden neue Produktionsstätten erst dann finanzieren, Unternehmen und Regierungen diese erst dann in größerem Umfang aufbauen, wenn sie keine Sorge mehr vor patentbedingten Rechtsstreitigkeiten haben müssen oder davor, gar keine Lizenz für die Produktion zu erhalten. Es ist daher falsch, es zur Voraussetzung einer Patentfreigabe zu machen, dass fertige Anlagen schon vorhanden sein sollen. Diese werden umgekehrt erst dann in größerer Zahl gebaut werden, wenn ihr Einsatz auch rechtlich möglich ist.

In den am schlimmsten von der Pandemie betroffenen Ländern mangelt es nicht nur an Impfstoffen. In Indien starben im Frühjahr täglich Tausende, nach Schätzungen der University of Washington könnten es insgesamt 1,1 Millionen Menschen gewesen sein. Es fehlte an Sauerstoff und Beatmungsgeräten. Während in Deutschland mittlerweile an fast jedem Kiosk Schutzmasken und Corona-Tests erhältlich sind, sind sie in anderen Ländern noch immer teure Mangelware.

Ein oft vergessenes Detail der Debatte um die Patentfreigabe ist, dass es dabei nicht nur um Impfstoffe geht. Der von Südafrika und Indien eingereichte Vorschlag umfasst auch leichter und schneller herzustellende Güter, die zur Bekämpfung der Pandemie benötigt werden. Wer die Patentfreigabe für Impfstoffe mit der Begründung ablehnt, die Herstellung sei zu kompliziert und langwierig, muss sich fragen lassen, wie es denn mit einer Patentfreigabe für Schnelltests aussieht. Oft zeigt sich dann: Die Ablehnung ist von nationalen Wirtschaftsinteressen geleitet.

Die Bundesregierung reagierte übrigens prompt auf die Vorwürfe von Joseph Stieglitz, Deutschland halte die Welt in Geiselschaft. Kanzleramtschef Helge Braun verfasste eine Antwort in derselben Zeitung, um die deutsche Blockadehaltung zu verteidigen. Der Titel seines Beitrags: »Schützt die Patente!« Dieses Ziel scheint es der Bundesregierung wert zu sein, dass ihre Haltung weltweit auf wachsenden Unmut stößt, die Pandemie verlängert und täglich Menschenleben kostet. Es bleibt zu hoffen, dass spätestens die nächste Bundesregierung die Weltgemeinschaft nicht länger in ihrem Bemühen behindert, die Pandemie zügig zu beenden. Dafür muss sie in ihrer Zielvorgabe nur ein Wort austauschen: »Schützt die Menschen!« ■

**Verteilt werden
kann nur, was zuvor
auch produziert
worden ist.**



Bretter, die die Welt bedeuten

Zwei Bretter statt »Stumps« (unten). Das Cricketspiel in Rhodos als Luftaufnahme.

Sie nehmen es sportlich: Viele Pakistanis haben ihr Land verlassen. Einige hat es nach Rhodos verschlagen. Das ist kein Zufall, denn dort finden sie Arbeit, Solidarität, Gemeinschaft. Und Cricket. Aus Rhodos von Frauke Gans (Text) und Antonis Giannelis (Fotos)

Eben war es noch völlig still auf dem Sandplatz im Park am Stadtrand von Rhodos. Bis plötzlich von allen Seiten Männer in Grüppchen auf das Feld laufen und sich Begrüßungen auf Urdu zurufen, der Amts- und Verkehrssprache Pakistans. Nach kurzem Geplänkel verteilen sie sich und spielen unter lautem Jubel Cricket, ihren Nationalsport.

Tourist_innen erwarten auf Rhodos lange Strände, antike Mauern und griechisches Urlaubsflair. Diese Hoffnung wird nicht enttäuscht. Durch die von der Sonne aufgeheizten uralten Gassen wehen duftende Grillschwaden, und aus den offenen Hauseingängen dringt griechische Musik. In fast jeder Blickrichtung liegt das überwältigend blaue Meer.

Von dort sind Tanveer und Abbas gekommen. Nach einem Gewaltmarsch, der sie aus Pakistan durch den Iran und die Türkei führte. Ihr Ziel war immer die kleine Insel Rhodos. Außer etwas Kleidung, Geld und einem Handy hatten sie ein Stück alte Heimat im Gepäck: Cricket. Spaziergänger_innen auf der Insel stolpern deshalb manchmal von der griechischen Szenerie in eine pakistanische.

Denn wenn sich Teams zum abendlichen Schlagabtausch treffen, verwandeln sich die Parks der Ägäis zu Sportplätzen der pakistanischen Diaspora. Viele Pakistanis fliehen vor Armut und Gewalt. Auf Rhodos finden manche, was sie gesucht haben. Zwischen ihren Stimmen sind auch griechische und englische zu hören: Die Leidenschaft für ihre Sportart baut Brücken auch zu anderen Interessierten.

Zu Hause wartet die Familie auf Geld

Tanveer und Abbas hielten es für ein Abenteuer, als sie in Sheikhpura und Rawalpindi aufbrachen, um auf Schleichwegen all die Grenzen in Richtung Europa zu überqueren. Auch der Rest ihres Cricketteams war mit naiven Vorstellungen losgelaufen. »Unterwegs wurde uns bewusst, auf was wir uns eingelassen hatten. Wir sind auf der Route verhaftet und verprügelt worden. Aber es gab kein Zurück. Zu Hause wartet die Familie auf Geld, denn es fehlt an Arbeit und einem staatlichen Sozialsystem«, erklärt Tanveer, während er auf seine Position schlendert.

Neben Pinien, Palmen und Eichen säumen antike Mauern die Cricketellipse, in der sich das zusammengewürfelte Team eingefunden hat. Einige sind im traditionellen Kaftan erschienen, andere in Arbeitsuniform. Das Altersspektrum reicht von



Alle auf Position. Und los geht es. Cricketspiel in Rhodos.

Spielern, die gerade ihre Pubertät hinter sich gelassen haben, bis zu Rentnern. Die Stimmung auf dem Sandplatz ist ausgelassen. Sie alle haben viel riskiert, um dort zu stehen.

Tanveer deutet auf einen Mitspieler, der sich bis auf Bauchnabelhöhe hinter zwei Brettern positioniert hat: Sie dienen als Alternative zu den »Stumps«, Holzstäben, die es beim Cricket umzuwerfen gilt, und die es auf Rhodos nicht gibt. »Als er in Pakistan aufbrach, war seine Tochter vier Jahre alt.« Seit fünf Jahren arbeite er in Europa und schicke das Geld an seine Familie. »Er kann nicht nach Hause fliegen, um sie zu besuchen, weil seine Aufenthaltserlaubnis hier abgelaufen ist.« Würde er nach Pakistan reisen, müsste er mit Hilfe von Schleppern den lebensgefährlichen Rückweg antreten, um wieder an seine insgesamt drei Arbeitsplätze in Griechenland zu kommen. Skype-Telefonate erleichtern die Trennung. Und natürlich Cricket.

Abbas stellt den Engländer im Team vor: »Schräg hinter mir, das ist Jon.« Der begutachtet grinsend seine blutende Hand: »Das kommt davon, wenn man ohne Handschuh fängt.« Jon stammt aus dem Süden Englands und lebt ebenfalls auf Rhodos. Aber er kam mit einem Ferienflieger. Irgendwann setzte er sich an den Spielfeldrand, und Abbas bat ihn, mitzuspielen. »Wer das Feld betritt, lässt alles andere hinter sich. Probleme und soziale oder kulturelle Unterschiede verschwinden beim Cricket. Es ist eine Lebensart.« Als Abbas ihn ansprach, lief Jon ohne zu zögern in Richtung Abschlag, wo ihm ein Cricketschläger in die Hand gedrückt wurde, den er voller Bewunderung inspizierte: »Sieht aus wie aus dem Fachgeschäft.« Das gilt auch für den Ball, den er eben ohne Handschuh gefangen hat.

Haben sie die Ausrüstung etwa im Rucksack über die Berge und das Mittelmeer geschleppt? Abbas lacht: »Nein, so verrückt nach Cricket ist vermutlich niemand. Aber zu unserem Glück gibt es auf Rhodos kleine Asia-Läden, in denen wir die Utensilien bestellen können.« Ein Handschuh gegen blutige Finger fehlt zwar noch, genau wie die »Stumps«. Aber vorerst erfüllen die Bretter ihren Zweck.

Von Symi nach Rhodos

Auf der Insel Symi gestaltete sich die Beschaffung der Cricketausrüstung kniffliger. Bereits Ende der 1990er Jahre erreichten Flüchtlinge die winzige Nachbarinsel von Rhodos. Es waren Afghanen, die in pakistanischen Camps aufgewachsen waren, nachdem sie mit den Eltern in den 1980er Jahren vor dem An-

**»Wir sind verhaftet und verprügelt worden. Aber es gab kein Zurück.«
Tanveer über die Flucht**



Ein Stück alte Heimat. Tanveer als Schlagmann.

griff der sowjetischen Armee geflohen waren. In Griechenland suchten sie eine Heimat, fanden auf der kleinen Felseninsel eine vorübergehende Bleibe und für ihr Cricketspiel das einzig flache Fleckchen: ein Feld inmitten der steinigen Umgebung.

Symi besteht ansonsten nur aus steilen Hängen, an die sich bunte Häuser schmiegen. Die Traumkulisse lockt jedes Jahr Tausende Tourist_innen auf die Insel. Doch weil es hier weit und breit keine Asia-Läden gab, mussten zunächst selbst geschnitzte Schläger aus Olivenholz und Bälle aus alten Kabeln als Ausrüstung dienen. Bis einige der vielen Engländer_innen, die im Sommer die Insel besuchen, entweder Ausrüstung mitbrachten oder sie per Post an Inselbewohner_innen schickten, die sie dann an die Spieler weitergaben. So konnte bald auch auf der felsigen Insel Cricket gespielt werden.

Bis auf zwei Afghanen, die auf Symi ihre große Liebe fanden, haben inzwischen alle die Insel wieder verlassen. Dagegen war Rhodos für Tanveer, Abbas und die Cricketmannschaft von Beginn an ihr finales Ziel. Doch warum wollten sie ausgerechnet hierher? »Weil bei uns Teamwork auch jenseits des Spielfelds wichtig ist«, erklärt Abbas. »Wenn jemand aus Pakistan einen Ort findet, an dem man sicher leben kann und Arbeit findet,

dann folgen Freunde und Familienmitglieder. Sie können dann bei der Ankunft erst mal bei ihm unterkommen und sich später gegenseitig unterstützen.«

Anders als Abbas und Tanveer, die Poloshirts und Jeans tragen, laufen einige Spieler in dünnen Hemden aus einem der China-Läden über das Feld. »Meine Familie in Pakistan hat einen Bauernhof und Landbesitz«, erzählt Tanveer. »Aber viele haben keinen Grundbesitz. Unser Fänger hat zum Beispiel kaum Geld, muss aber vier minderjährige Schwestern zu Hause versorgen. Das bisschen, was er hatte, ging an die Schlepper. Einige haben sogar Schulden, weil sie sich das Geld für die Reise leihen mussten. Wenn die Familie eines Neuankömmlings in Pakistan dringend Hilfe braucht, legen wir zusammen, bis er etwas verdienen kann. Auch der Weg hierher ist gemeinsam sicherer. Unser jüngster Mitreisender war 13 Jahre alt. Wir haben auf ihn aufgepasst.«

Teamwork ist auch bei Mietverträgen gefragt. Die Mitglieder des Cricketteams, die gültige Papiere haben, unterschreiben für all jene mit, die ihren Duldungsstatus verloren oder nie erhalten haben. Früher war Griechenland recht freizügig, was Aufenthaltsgenehmigungen anging. Doch dann kam die Finanzkrise, und viele Griech_innen verließen ihr Land, um das zu suchen, was Tanveer und Abbas hier zu finden hofften: Arbeit und ein funktionierendes Sozialsystem. Doch weil die anderen EU-Staaten Griechenland mit den Flüchtlingen alleinließen, schränkte das Land die Aufenthaltsgenehmigungen ein. Für einige der Pakistanis auf Rhodos bedeutet das, dass sie ihre Familie nie wieder sehen können. Denn ohne Aufenthaltserlaubnis keine Wiedereinreise.

Geschlossenes Flüchtlingscamp

Es gab auf Rhodos eine Art Flüchtlingscamp, ein ehemaliges Schlachthaus im Hafen, zwei Kilometer Luftlinie vom Spielfeld entfernt. Das Gebäude hatte keine Fensterscheiben mehr und war mit Folien abgedichtet. Wenn der Andrang groß war, wurden zusätzlich Zelte aufgestellt. Doch keiner aus dem Cricketteam nahm Kontakt zu



Wechseln öfter den Platz. Tanveer, Abbas und andere Cricketspieler.

»Teamwork ist bei uns auch jenseits des Spielfeldes wichtig.« Abbas über seine Mitspieler

den Flüchtlingen auf. »Dort wohnten die, die nach Nordeuropa wollten«, sagt Tanveer. »Denn Griechenland ist voll.« Mittlerweile hat die Stadt das Camp aufgelöst, und die Menschen wurden nach Lesbos und Athen gebracht.

Doch Tanveer, Abbas und das Cricketteam haben auf Rhodos eine kleine Überlebensnische gefunden. Und ihr Zusammenhalt macht sogar Cricketmeisterschaften möglich. Dafür sind pro Spiel mindestens 22 Spieler nötig. »Dann treten zum Beispiel alle Pakistaner aus Rhodos-Stadt gegen die aus Trianda von der anderen Inselseite an«, erzählt Abbas. Für Laien ist das Cricketspiel schwer zu durchschauen, aber manchmal bleiben Spaziergänger_innen stehen, wenn die Spieler Luftsprünge machen oder durch die Staubwolken spurten.

Um die Anwohner_innen nicht zu nerven und weil einige Mitspieler keine Aufenthaltserlaubnis haben, wechseln Tanveer, Abbas und das Team regelmäßig das Spielfeld. Denn eine so große Ansammlung ausländischer Menschen, die keine Tourist_innen sind, könnte eine Polizeikontrolle zur Folge haben. Doch meist schaut die Polizei weg. Wer arbeitet und sich anpasst, wird eher nicht behelligt.

»Meist werden wir höflich behandelt«, erklärt Tanveer. »Ich habe hier als Tellerwäscher angefangen. Dann wurde mir das Kochen beigebracht. Manchmal gibt es Vorbehalte, weil ich aus einem islamischen Land stamme. Doch im Prinzip lässt man uns hier in Ruhe leben, wenn wir uns einfügen.«

Am Spielfeldrand betrachtet eine Gruppe älterer Griech_innen skeptisch das Treiben. »Wozu sind denn die Bretter?« Abbas nimmt sich eine Auszeit, setzt sich mit auf die Bank und erklärt die Spielregeln. Bis ein Mann ihn unterbricht: »Stimmt es, dass du als Flüchtling 350 Euro im Monat vom Staat erhältst?« Mehr als das griechische Arbeitslosengeld, das nur ein Jahr lang bezahlt wird, und mehr als mancher an Rente bezieht. »Nein, ich bekomme nichts. Ich arbeite für mein Geld.« Der Mann klopf Abbas anerkennend auf die Schulter.

»Die Situation ist nicht einfach für uns. Aber wir schätzen das Land, weil es ein funktionierender Rechtsstaat ist. Wird uns Unrecht getan, hilft uns die Polizei. Sind wir krank, werden wir im Krankenhaus mit Fürsorge und Respekt behandelt. Das ist in Pakistan keine Selbstverständlichkeit. Dort kommt man nur zu seinem Recht, wenn man Bestechungsgeld zahlen kann. Hier sind wir sicher«, sagt Tanveer. »Ich hege keinerlei Groll gegen Pakistan«, betont Abbas. »Doch unsere Zukunft liegt auf Rhodos.



Erklärt manchmal Zuschauer_innen die Regeln. Abbas als Werfer.

Hier wurden wir aufgenommen, hier haben wir Arbeit gefunden.« Und er läuft zurück zu seinem Abschlagspunkt, um ein Stück seiner alten Heimat zu genießen. ■

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen:
www.amnesty.de/app

PAKISTANIS IN ALLER WELT

In Pakistan tragen ausgewanderte Landsleute den Namen »Overseas Pakistani«. Derzeit fallen weltweit um die neun Millionen Menschen in diese Kategorie. Jedes Jahr stellen etwa 50.000 pakistanische Staatsangehörige in anderen Ländern einen Asylantrag. Sie fliehen vor Diskriminierung, Unruhen, Korruption und miserablen Lebensumständen. Rund 19 Milliarden Euro fließen aus der Diaspora jährlich nach Pakistan zurück. Vor 15 Jahren umfassten diese Transfers nur gut vier Milliarden Euro.

Denkerinnen fragen: Annette Dufner

Wenn medizinische Hilfe knapp ist, stellt sich die Frage, wem geholfen werden soll. Gibt es dafür eine gerechte Lösung? Ich glaube, dass alle Lösungen in einer solchen Situation unbefriedigend sind. Vermutlich besteht die gerechteste Lösung darin, dass man versucht, die größtmögliche Zahl an Personen zu retten, ohne auf die noch zu erwartende Lebensdauer und Lebensqualität zu achten. Damit vermeidet man Diskriminierung.

Kann es sinnvoll sein, nach dem individuellen Nutzen zu fragen? Das ist insofern sinnvoll, als dass man diese sehr wertvolle Hilfe nicht an diejenigen geben möchte, die davon keinen oder nur einen sehr begrenzten Nutzen haben – und damit nicht an diejenigen, bei denen eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Behandlung nicht hilft. Schließlich möchte man keine kostbaren Ressourcen verschwenden.

Wie bemisst sich der Nutzen einer solchen Entscheidung? Ich würde darauf achten, ob die Person ernsthaft bedürftig ist und zugleich eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, durch die Behandlung zu genesen. Dabei sollte es nicht um die verbleibende Lebenszeit gehen. Ich bin vorsichtig optimistisch, dass sich damit die Diskriminierung von Älteren und Personen mit bestimmten Beeinträchtigungen verhindern lässt.

Angenommen, die erkrankten Personen haben alle etwa das gleiche Leiden: Könnte man dann sagen, wer zuerst kommt, mahlt zuerst, oder sollte man den Zufall entscheiden lassen?

In solchen Fällen wäre auch eine Lotterielösung gerecht – manche halten sie für die einzig gerechte. Das sehe ich nicht so. Denn obwohl ein Zufallsverfahren für sich genommen nicht ungerecht ist, kann es passieren, dass dadurch alle anderen Gerechtigkeitsprinzipien ignoriert werden und man Personen helfen würde, bei denen kaum Erfolgsaussichten bestehen.

Ist die Triage ein Problem der globalen Verteilungsgerechtigkeit? Da gelten je nach Triage-Problem Unterschiede: In Bezug auf die Verteilung lebensrettender Spenderorgane ist der Organhandel ein Hauptproblem. In reicheren Ländern wird die Knappheit teilweise beseitigt, indem man die Nachfrage mit Organen aus ärmeren Ländern deckt. Bei der Corona-Pandemie geht es global um die Verteilung von Impfstoffen. Wenn man aber eine akute Triage-Situation in einem Krankenhaus hat, bringt eine globale Umverteilung nichts: Bis beatmungspflichtige Patient_innen aus Indien in ein reicheres Land transportiert sind, sind sie vielleicht schon tot.

Interview: Lea De Gregorio

Die Philosophin Annette Dufner ist Professorin für Ethik und Medizinethik an der Universität Bonn.

Im Mai erschien ihr Buch »**Welche Leben soll man retten? Eine Ethik für medizinische Hilfskonflikte**« im Suhrkamp-Verlag.



Foto: Volker Lännet

Das steckt drin: Papier

Die Deutschen sind die größten Papierverbraucher der Industrienationen. Mehr als 241 Kilogramm Papier, Pappe und Karton verbraucht jeder Deutsche umgerechnet im Jahr (Stand Oktober 2019).

Über 80 Prozent des für Papier benötigten Zellstoffs werden importiert. Der Rohstoff stammt aus Wäldern weltweit. Seine Gewinnung ist oft mit der **Verletzung von Menschenrechten, mit der Zerstörung von ursprünglichen Wäldern und biologischer Vielfalt** verbunden.

Rund 40 Prozent des in Deutschland verwendeten Papiers stammt aus **Skandinavien**. Zu über 90 Prozent sind die Wälder dort Wirtschaftsförster, Monokulturen, die keinen Lebensraum für biologische Vielfalt bieten. Doch zum Teil landet auch Holz aus Urwäldern in der Papierproduktion.

In Schweden wurden die indigenen **Saami** per Gerichtsbeschluss daran gehindert, ihre Rentiere zum Schutz vor dem Winter in den Wald zu treiben. In Finnland sind die Saami bislang nicht an forstwirtschaftlichen Planungen beteiligt.

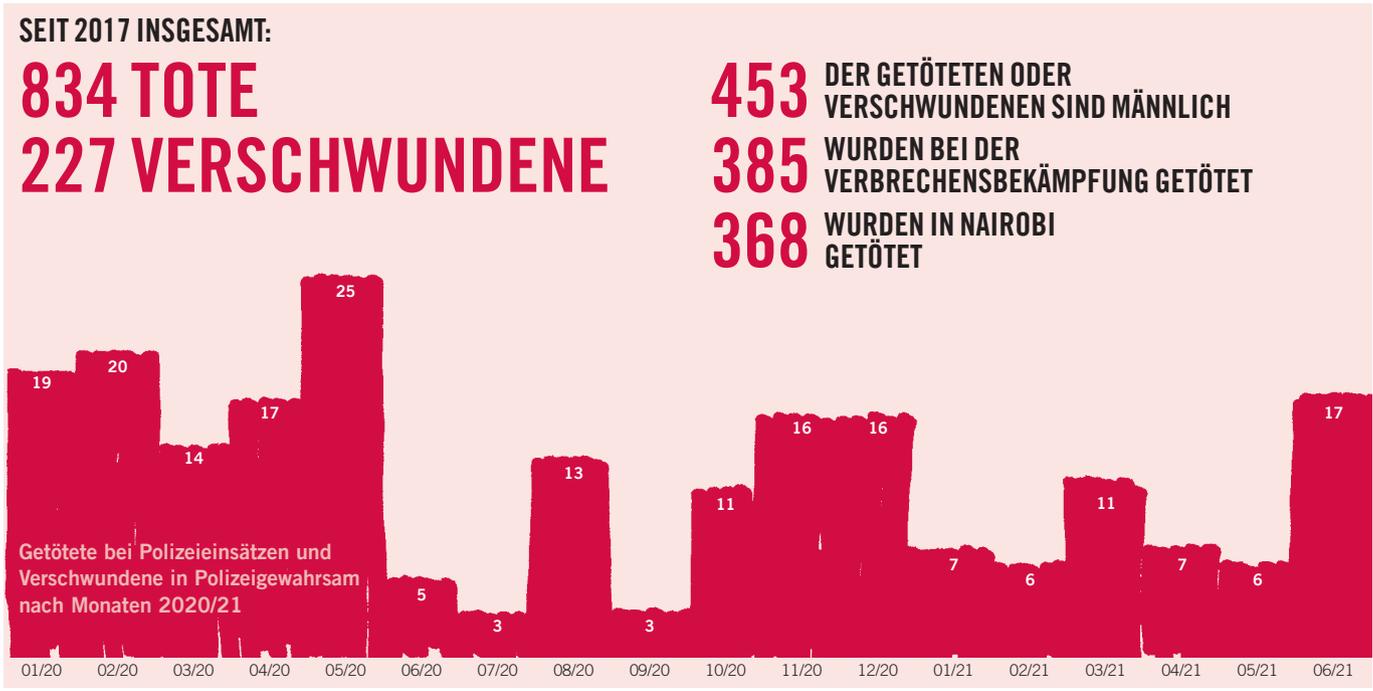
43 Prozent des in Deutschland verbrauchten Zellstoffs kommt aus **Südamerika**, meist aus riesigen Eukalyptus-Monokulturen. **Indigene, Kleinbäuer_innen und Landlose** wehren sich gegen die grünen Wüsten. Die Plantagen gehören überwiegend multinationalen Konzernen, die den Anwohner_innen ihr Land vorenthalten. Immer wieder kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen.

Was tun? **Papier sparsam verwenden, auf die Herkunft achten.** Der blaue Engel, das Umweltzeichen der Bundesregierung, markiert Produkte aus 100 Prozent Altpapier.

Quellen: Robin Wood, Deutscher Bundestag

Malen nach Zahlen: Kenia

Die Webseite Missing Voices, an der Amnesty beteiligt ist, dokumentiert Polizeigewalt in dem ostafrikanischen Land.



Quelle: <https://missingvoices.or.ke>

Menschenrecht missachtet: Überstunden töten



Artikel 24 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet: »Jeder Mensch hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.«

Dieses Menschenrecht wird weltweit missachtet. Hunderttausende sterben jährlich, weil sie zu viel arbeiten. Geschätzt ein Drittel der berufsbedingten Krankheitslast steht im Zusammenhang mit überlangen Arbeitszeiten. Eine aktuelle Analyse der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit Daten aus dem Jahr 2016 zeigt, dass weltweit 745.000 Menschen wegen überlanger Arbeitszeiten von mehr als 55 Stunden die Woche gestorben

sind. Die Todesursachen waren stressbedingt – Schlaganfall und Herzerkrankungen.

Fast jeder zehnte Beschäftigte weltweit arbeitet 55 Stunden und mehr. Und der Trend zu überlangen Arbeitszeiten nimmt zu: In den Jahren 2000 bis 2016 stieg die Zahl der Todesfälle durch Herzkrankheiten aufgrund von Überstunden um 42 Prozent und durch Schlaganfälle um 19 Prozent.

Betroffen sind insbesondere Arbeitnehmer_innen aus dem westpazifischen Raum und Südostasien, aber auch aus Afrika sowie Südamerika. In Europa und Nordamerika sind die Belastungen aufgrund starker Arbeitsschutzrichtlinien nicht so hoch. WHO und ILO fordern weltweit Regeln zum Schutz vor dem Tod durch zu viel Arbeit.

KLICKEN FÜR AMNESTY

WWW.AMNESTY.DE/60JAHRE



FREIHEIT FÜR HAYRIGUL NIYAZ!

Die 35-jährige Uigurin wurde ohne offizielle Begründung von den chinesischen Behörden festgenommen. Es wird vermutet, dass sie sich in einem Internierungslager oder Gefängnis befindet. Sie hat weder Kontakt zu einem Rechtsbeistand ihrer Wahl noch zu ihrer Familie. Fordere die Freilassung von Hayrigul und allen anderen, die unrechtmäßig in Xinjiang inhaftiert sind, sowie die Schließung der Lager!

64 sind nicht genug



Am 30. August war der internationale Gedenktag der Verschwundenen. Er erinnert auch daran, dass zu wenige Staaten die Konvention zum Schutz aller Personen vor dem gewaltsamen Verschwindenlassen ratifiziert haben. Ein Gastkommentar von **Barbara Lochbihler**

Wanchalearm Satsaksit lebte seit fünf Jahren im kambodschanischen Exil, als er am 4. Juni 2020 in Phnom Penh von Unbekannten gewaltsam in ein Auto gezerrt wurde und verschwand. Obwohl es Zeugen des Vorfalls und Videoaufzeichnungen gibt, lassen die kambodschanischen Behörden keine ernsthaften Ambitionen erkennen, nach dem thailändischen Demokratieaktivisten zu suchen. Seine Angehörigen werden damit hingehalten, dass sie keine Beweise für ein gewaltsames Verschwindenlassen vorbringen könnten.

Der UN-Ausschuss gegen das gewaltsame Verschwindenlassen, in dem ich seit zwei Jahren Mitglied bin, hat die Regierung Kambodschas direkt nach der Entführung aufgefordert, unverzüglich mit der Suche zu beginnen und die Verantwortlichen für Wanchalearms Verschwindenlassen zu ermitteln. Bis heute haben wir darauf keine überzeugende Antwort erhalten. Es gibt keine Spur, wo Wanchalearm sein könnte, wohl aber naheliegen-

de Vermutungen. Denn wegen seines Engagements für die Meinungsfreiheit in Thailand und regierungskritischer Facebook-Posts hatte die dortige Militärregierung schon länger seine Auslieferung nach Thailand verlangt.

Er ist nicht der erste thailändische Aktivist, der im Exil gewaltsam verschwand. Seit 2016 sind neun solcher Fälle in Vietnam, Laos und eben Kambodscha bekannt geworden. Die Leichen von Kraidej Luelert und Chatchan Buphawanin wurden inzwischen aufgefunden und identifiziert. Sie waren grausam verstümmelt. Thailand hat die Internationale Konvention zum Schutz aller Personen vor dem gewaltsamen Verschwindenlassen nur unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Damit hat unser Ausschuss kein Mandat, gegenüber der thailändischen Regierung tätig zu werden.

Der Fall von Wanchalearm Satsaksit macht in mehrfacher Hinsicht deutlich, was den Kampf gegen das gewaltsame Verschwindenlassen heute so schwierig und gleichzeitig so notwendig macht. Zum einen wird diese schwere Menschenrechtsverletzung von vielen Menschen immer noch zuerst mit den lateinamerikanischen Diktaturen der siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts assoziiert.

Doch auch heute verschwinden jedes Jahr Tausende gewalt-

Sie fordern Aufklärung im Fall Wanchalearm Satsaksit.

Thailändische Aktivist_innen, Juni 2021.

sam, in allen Regionen der Welt. Irak, Kambodscha, Mali oder Mexiko sind nur einige der Länder, die uns im Ausschuss derzeit Sorgen bereiten. Gewaltsames Verschwindenlassen gefolgt von Straflosigkeit hat zu jeder Zeit Folgen, nicht nur für die Opfer und ihre Familien und Freunde, sondern für die gesamte Gesellschaft eines Landes, in der sich Angst ausbreitet und Vertrauen in staatliche Institutionen verloren geht oder gar nicht erst aufkommt.

Zum zweiten sind Anlässe und Vorgehensweisen inzwischen vielfältiger geworden. Immer noch verschwinden Menschen, weil sie wegen Opposition zur Regierung oder Kritik an Menschenrechtsverletzungen ins Visier der Sicherheitskräfte geraten. In Kolumbien hat dies mit der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste gerade erst wieder traurige Aktualität erfahren. In anderen Fällen sollen Zeug_innen verschwinden, um Menschenrechtsverbrecher_innen vor strafrechtlicher Verfolgung zu bewahren. In derzeitigen oder früheren Bürgerkriegsländern wie Irak, Syrien oder Sri Lanka ist das ein akutes Problem.

Migrationspolitik sorgt für mehr Verschwundene

Der »Kampf gegen den Terrorismus« ist ebenfalls ein fruchtbarer Boden, auf dem Verschwindenlassen wächst – auch man-

che westliche Staaten haben sich mit den etwas in Vergessenheit geratenen, perfiden »rendition flights« (Entführung und Überstellung von Terrorverdächtigen ohne rechtliche Grundlage) schuldig gemacht. Außerdem sehen wir zunehmend auch andere Fälle von grenzüberschreitendem gewaltsamem Verschwindenlassen: Für Migrant_innen und Menschen auf der Flucht steigt das Risiko, nicht zuletzt weil ihre Wege angesichts rigider Migrationspolitik immer gefährlicher werden.

Drittens zeigt der Fall von Wanchalearm Satsaksit ein weiteres Problem auf: Kambodscha hat die Konvention gegen das Verschwindenlassen ratifiziert und kann für eklatante Verletzungen seiner Verpflichtungen – wie in diesem Fall – von unserem Ausschuss zur Rechenschaft gezogen werden. Thailand hingegen ist keine Vertragspartei und muss sich deshalb zumindest uns gegenüber nicht verantworten. Das gilt leider für die meisten asiatischen Länder und viele weitere in anderen Weltregionen. Nur rund ein Drittel der afrikanischen und die Hälfte der europäischen Staaten haben die Konvention ratifiziert. Insgesamt sind es bis heute erst 64 Vertragsstaaten. Das ist nicht akzeptabel.

Nur Menschen aus diesen Ländern können sich bei der Suche nach Verschwundenen mit der Bitte um Unterstützung an

unseren Ausschuss wenden. Nur gegenüber deren Regierungen können wir die Umsetzung der Konvention im Land überprüfen. Die ebenfalls 2006 verabschiedete Behindertenrechtskonvention haben hingegen bereits 182 Staaten ratifiziert. Ein häufiger Einwand gegen diesen Vergleich lautet, dass es ja in jedem Land Menschen mit Behinderung gebe, Fälle des Verschwindenlassens aber nicht.

Das ist schon deshalb kein tragfähiges Argument, weil es den präventiven Aspekt der Konvention verkennt. Nur weil es heute keine Fälle von Verschwindenlassen in einem Land gibt, heißt das nicht, dass dies nicht morgen schon geschehen könnte. Es geht eben nicht darum, erst zu handeln, wenn Menschen tatsächlich verschwunden sind. Vielmehr sollen wirksame Suchmechanismen etabliert und Gesetze verabschiedet werden, damit potenzielle Täter wissen, sie bleiben nicht straflos, und damit potenzielle Opfer wissen, sie finden im Ernstfall Unterstützung.

Damit wären wir wieder beim ersten Punkt und dem bei vielen Staaten fehlenden Bewusstsein, warum sie der Konvention beitreten sollten, selbst wenn in ihrem Land niemand gewaltsam verschwindet, und bei der Erkenntnis, dass dieses Menschenrechtsverbrechen inzwischen in der öffentlichen Wahrnehmung weniger präsent ist. 48 Staaten haben die Konvention bald nach ihrem Inkrafttreten unterzeichnet. Das ist aber nicht ausreichend. Im Gegensatz zur rechtsverbindlichen Ratifikation ist eine Unterzeichnung eine bloße Absichtserklärung und ermöglicht dem Ausschuss keinerlei Überprüfung. Fast die Hälfte der UN-Staaten hat weder gezeichnet noch ratifiziert.

Machen wir uns nichts vor, mit der Ratifikation allein ist es nicht getan. Das wurde schon am Beispiel Kambodschas deutlich, das nicht nur im Fall Wanchalearm Satsaksit seine Verpflichtungen ignoriert. Auch in anderen Vertragsstaaten sind die Bedingungen für die Suche nach Verschwundenen und die Ermittlung der Verantwortlichen alles andere als zufriedenstellend. Oft haben Familienangehörige Angst, eine Anfrage zu stellen, und scheitern nicht selten an intransparenten Zuständigkeiten. Der Sudan ist Mitte August endlich der Konvention beigetreten, doch es wird viel Arbeit und politischen Willen brauchen, bis dort tatsächlich kein Mensch mehr gewaltsam verschwindet.

Dennoch gibt es keinen ernsthaften Grund für Staaten, die Konvention nicht zu ratifizieren – es sei denn, sie wollen Verschwundene nicht suchen, Angehörige nicht unterstützen und die Verantwortlichen ungestraft davonkommen lassen. Der internationale Tag für die Opfer des Verschwindenlassens am 30. August ist immer wieder ein guter Anlass, daran zu erinnern. ■

Barbara Lochbihler ist Mitglied des UN-Ausschusses gegen das Verschwindenlassen. Von 2009 bis 2019 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments und von 1999 bis 2009 Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland.

Es geht nicht darum erst zu handeln, wenn Menschen tatsächlich verschwunden sind.

Warten auf Freiheit

Weil sie sich und weitere Geflüchtete in Sicherheit bringen wollten, drohen drei jungen Männern aus Westafrika lange Haftstrafen. Während die Behörden auf Malta gegen sie ermitteln, setzen sich Menschen weltweit für die Freilassung der »El Hiblu 3« ein. Von Hannah El-Hitami

Erstens: die Lösung aller Probleme. Zweitens: der Ort für eine bessere Zukunft. Drittens: der Kontinent der Gerechtigkeit. So hatte sich Abdallah Europa vorgestellt, bevor er es kennenlernte. Heute denke er anders über jenen Kontinent, auf dem man ihn als Terroristen beschuldigt, schreibt der 22-Jährige aus Guinea über Whatsapp im Frühsommer.

Kader hingegen wollte nie nach Europa. Kurz ins Ausland, Geld verdienen, für die Fußballschule sparen – das war der Plan des heute 19-Jährigen von der Elfenbeinküste. Drei Jahre, nachdem er seine Heimat verlassen hat, ist er seinem Ziel ferner denn je. Nach einem Arbeitsunfall auf einer Baustelle kann er nicht mehr Fußball spielen. Mit einem kaputten Bein sitzt er auf Malta fest und wartet auf einen Gerichtsprozess, der für ihn mit lebenslanger Haft enden könnte. »Wenn ich daran denke, kommen mir die Tränen«, sagt er im Videochat. »Manchmal glaube ich, dass mein ganzes Leben zerstört ist.«

Lamin* ist der jüngste der drei. Mit 13 Jahren verließ er seine Heimat Guinea. Wenn er frei ist, möchte er zurück in die Schule gehen. Wann und ob das möglich sein wird, ist ungewiss. »Ich bin verwirrt, weil Europa ja demokratisch ist und Menschenrechte achtet«, sagt der 17-Jährige bei einem Telefonat im Mai. »Aber diese Menschenrechte gelten nur für Europäer. Nicht für Ausländer, nicht für Afrikaner.«

Die drei jungen Männer, weltweit bekannt als El Hiblu 3, gelten vielen als Helden, weil sie mehr als hundert Geflüchtete davor bewahrten, menschenrechtswidrig nach Libyen zurückgebracht zu werden. Die maltesischen Behörden beschuldigen sie hingegen, den Öltanker El Hiblu 1 im März 2019 zur Fahrt nach Malta gezwungen zu haben, nachdem dieser sie und 105 weitere Geflüchtete von einem sinkenden Schlauchboot im Mittelmeer gerettet hatte.



Viel zu lesen. Ein Stapel Unterstützer_innenpost in Kaders Zimmer.

Der Tanker hatte zunächst versucht, die aufgenommenen Passagiere nach Libyen zu bringen. Als daraufhin Panik an Bord ausbrach, vermittelten und dolmetschten Abdallah, Kader und Lamin zwischen der Besatzung und den Geflüchteten. Schließlich änderte die Crew ihren Kurs und brachte die geretteten Menschen nach Malta. Dort stürmte das maltesische Militär das Schiff, nahm die drei Teenager fest und behauptete, sie hätten den Tanker gekapert. Ihnen droht eine Anklage wegen Straftaten wie Terrorismus und Entführung des Schiffes. Seit zweieinhalb Jahren warten sie auf ihren Prozess. Obwohl sie das Gefängnis auf Malta gegen Kautions verlassen durften, fühlen sie sich wie Gefangene.

Barfuß und mit wackeligen Schritten gehen die Männer, Frauen und Kinder über die gelbe Metallrampe von Bord der El Hiblu 1. Das Video vom März 2019 zeigt, wie sie sich nach den Tagen auf See am Geländer festhalten. Ein Mann fällt am Ufer auf die Knie, drückt die Stirn auf den Boden und betet. Die 108 Menschen, die an diesem Tag Malta erreichen, sind zwei grausamen Schicksalen entkommen: dem Tod durch Ertrinken, den in jenem Jahr mindestens 1.885 Menschen im Mittelmeer fanden; und der Folter und Versklavung, die Migrant_innen im Bürgerkriegsland Libyen drohen.

»Das Jahr in Libyen habe ich fast durchgehend in Gefangenschaft verbracht«, erinnert sich Kader. Er trägt ein Sport-Shirt und hat seine Zöpfe nach oben gebunden. Von seinem Zimmer in einer WG aus berichtet er von den Stationen seiner Reise, die in der Elfenbeinküste begann. Nachdem er die Grenze von Algerien nach Libyen überquert hatte, wurde er in ein Gefängnis gesperrt, wo die Inhaftierten gefoltert wurden, um Lösegeld von ihren Familien zu erpressen. Von dort aus wurde er als Arbeitsklave auf einem Bauernhof eingesetzt, bis er flüchten konnte – nur um erneut entführt und monatelang zur Arbeit gezwungen zu werden. Als er es schließlich auf eines der Schlauchboote an der libyschen Küste schaffte, ahnte er nicht, dass selbst die Flucht nach Europa ihm die Freiheit nicht wiedergeben würde.

»Kommen Kriminelle barfuß und ohne Waffen?«

Lamin verließ seine Heimat Guinea, um Geld für seine Ausbildung zu verdienen. Am liebsten wäre er in Algerien geblieben, wo er Arbeit und eine Unterkunft fand. »Ich war dort sehr glücklich«, erinnert er sich. Als die algerischen Behörden jedoch begannen, schwarze Menschen festzunehmen und in der Wüste auszusetzen, floh er nach Libyen und schließlich auf das Schlauchboot, das der El Hiblu 1 begegnen sollte. Weil Lamin auf einer englischen Schule gewesen war, wurde er zum Ansprechpartner des Kapitäns, als dieser die Schiffbrüchigen am Morgen des 26. März auf den Tanker holte. Als später die Proteste an Bord begannen, dolmetschte er erneut.

Die Crew hatte den Geretteten versprochen, sie nicht nach Libyen zurückzubringen. Als diese nach einigen Stunden Fahrt die Lichter von Tripolis erkannten, versuchten einige, sich ins Wasser zu stürzen, andere wollten mit dem Kapitän sprechen. Abdallah und Kader gelang es die Menschen zu beruhigen, während Lamin dem Kapitän ihre verzweifelte Lage erklärte. Dass er dafür bestraft werden könnte, kann er nicht fassen. »Sind Ver-



Fotos: Jelka Kretschmar/Free El Hiblu 3-Kampagne

Säckeweise Solidarität. Die El Hiblu 3 im Juni 2021 in Valetta.

brecher denn mit schwangeren Frauen unterwegs? Kommen Kriminelle barfuß und ohne Waffen?«, fragt er. »Sie wissen genau, dass wir keine Terroristen sind.«

Um Punkt 19 Uhr beginnt Lamins Handy zu piepsen. Jeden Tag erinnert es ihn daran, dass er sich bei der Polizeistation melden muss. Tut er das nicht, muss er zurück ins Gefängnis. Das Gleiche gilt für Abdallah und Kader, die seine besten Freunde geworden sind. Heute hat Lamin sich schon gemeldet und kann den Alarm abschalten. Doch ganz wohl ist ihm damit nie: »Manchmal wache ich mitten in der Nacht auf und frage mich, ob ich am Tag vorher bei der Polizei war.« Die Sorgen würden ihn innerlich auffressen, erklärt er.

Zweieinhalb Jahre nach der verhängnisvollen Nacht auf dem Mittelmeer steht das Leben der El Hiblu 3 still. Zwischen den Besuchen auf der Polizeistation und harten Arbeitstagen auf Baustellen oder in Fabriken warten sie darauf, ein neues Leben in Freiheit beginnen zu können. Kader möchte jetzt IT-Sicherheit studieren. Auch Lamin will etwas lernen, herausfinden, was ihm liegt. Abdallah, der Älteste, möchte sein Soziologiestudium beenden und für seine Frau und die beiden Töchter sorgen, von denen eine auf Malta geboren ist, während die andere bei seiner Mutter in Guinea lebt. Um seiner Familie eine bessere Zukunft zu ermöglichen, hatte er sie damals zurückgelassen.

Alle drei leiden unter der Ungewissheit und der nicht enden wollenden Wartezeit. Durch die Pandemie sind sie in ihrer Bewegungsfreiheit noch eingeschränkter, Lichtblicke gibt es kaum. Für Abdallah liegen sie vor allem in der internationalen Solidarität: »Organisationen, Journalisten und Menschen aus aller Welt werden nicht müde, sich für unseren Fall einzusetzen«, sagt er. Und auch Lamin berichtet, wie viele Menschen ihm geschrieben haben, dass sie auf seiner Seite stehen. »Sie können uns zwar nicht befreien«, sagt er, »aber ihre Stimmen geben uns Hoffnung.« ■

*Name geändert



60 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL

Im Jubiläumsjahr richtet Amnesty International den Blick besonders auf Menschen in Gefahr und auf Menschenrechtsverteidiger_innen, die sich für andere einsetzen. Mehr dazu:

[amnesty.de/60jahre](https://www.amnesty.de/60jahre)

Wenn der Staat suspekt ist

Dimitra Andritsou untersucht Tatorte mithilfe architektonischer Rekonstruktion. Was sie dabei herausfindet, landet nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch in Museen. Von Hannah El-Hitami

Mit Wohnhäusern oder Wolkenkratzern hat der Arbeitsalltag der Architektin Dimitra Andritsou wenig zu tun. Statt Gebäude zu entwerfen, baut sie Tatorte nach, um zu verstehen, welche Verbrechen dort begangen wurden.

Ob es um brennende Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln geht, um illegale Pushbacks an den EU-Außengrenzen oder um rechtsextreme Morde in Europa: Mithilfe von 3D-Modellen und Computeranimationen macht sie die Orte zugänglich und bringt ans Licht, was dort geschehen ist. Sie habe sich schon immer dafür interessiert, wie die Kontrolle über den Raum zum Machtinstrument werde, sagt die 29-jährige Griechin: »Die gebaute Umwelt ist ein Sensor für Politik, Gewalt und staatliche Verbrechen.«

Andritsou arbeitet bei der britischen Organisation Forensic Architecture (FA) und ist gerade in deren neues Büro in Berlin umgezogen. Dort koordiniert sie Investigative Commons, was übersetzt »Investigatives Gemeingut« heißt. Das Projekt hat ihre Organisation gemeinsam mit dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) ins Leben gerufen. Es kratzt am Monopol des Staates, was strafrechtliche Ermittlungen betrifft, vor allem wenn es um Verbrechen von Staaten oder einflussreichen Konzernen geht.

»Der Staat hat das Monopol auf Gewalt, und zugleich hat er als einziger Zugriff auf Beweismaterial«, erklärt Andritsou und nennt als Beispiel einen Tatort, den die Polizei mit Absperrband versieht, um die Öffentlichkeit davon fernzuhalten. »Wir untersuchen aber meist Verbrechen, die der Staat begangen hat. Wie können wir also erwarten, dass er gegen sich selbst ermittelt?«

Andritsou und ihre Kolleg_innen von FA nehmen die Sache lieber selbst in die Hand und ermitteln gemeinsam mit Journalist_innen, Aktivist_innen, Künstler_innen und Überlebenden.



Foto: Sotiris Chazizharakimpous

Die Anwalt_innen des ECCHR nutzen das gesammelte Beweismaterial, um Fälle vor nationale oder internationale Gerichte zu bringen.

Und nicht nur dorthin: Denn weil es um Gemeingut geht, werden die Ermittlungsergebnisse in öffentlichen Foren wie Museen für die Zivilgesellschaft zugänglich gemacht. Auch das Beweismaterial, das Investigative Commons nutzt, ist häufig »open source«, also öffentlich zugänglich: Videos und Fotos, die Menschen vor Ort mit dem Smartphone aufgenommen haben. »Unsere Arbeit wird dadurch erleichtert, dass heutzutage so viel Material online zirkuliert«, sagt Andritsou. »Wenn Leute mit ihren Smartphones filmen, wird aus ihnen eine Art Zeugenkollektiv. Genau dieses Material nutzen wir für unsere Arbeit.«

Das erste gemeinsame Projekt von FA und ECCHR unter der Flagge von Investigative Commons haben die Organisationen im Sommer 2021 vorgestellt. Darin deckten sie auf, wie Waffen europäischer Konzerne im Jemen für Kriegsverbrechen genutzt werden. Eine interaktive Zeitkarte soll als Plattform für nationale und internationale Justizbehörden dienen, die zum Krieg im Jemen ermitteln.

Das ECCHR hat bereits 2019 beim Internationalen Strafgerichtshof eine Strafanzeige gegen wirtschaftliche und staatliche Akteure eingereicht, die in Waffenexporte involviert sind. »Es ist äußerst wichtig, dass unterschiedliche Disziplinen und Perspektiven zusammenkommen und Kräfte gebündelt werden«, glaubt Andritsou. Trotz all seiner Schwachstellen sei vor allem das Justizsystem einer der wichtigsten Kanäle für Gerechtigkeit und einer der direktesten Wege, um etwas für die Betroffenen zu erreichen. ■

BGH bestätigt Urteile zu illegalen Waffenexporten

Mit der weitgehenden Bestätigung der Urteile von Vorinstanzen hat der Bundesgerichtshof (BGH) ein deutliches Zeichen gegen illegale Rüstungsexporte gesetzt. Im ersten Fall lieferte Heckler & Koch Tausende Schnellfeuerwaffen des Typs G36 mit Genehmigung der Bundesregierung an eine Beschaffungsstelle in Mexiko. Davon wurden mehr als 4.000 illegal in vier Bundesstaaten weitergeliefert, die nicht in den von der Beschaffungsstelle ausgestellten Endverbleibserklärungen auftauchten. Das Landgericht Stuttgart verurteilte daher zwei ehemalige Mitarbeiter_innen von Heckler & Koch »wegen bandenmäßiger Ausfuhr von Gütern aufgrund erschlichener Genehmigung« zu Bewährungsstrafen, die Verkaufserlöse

sollen eingezogen werden. Im zweiten Fall vor dem Landgericht Kiel ging es um Exporte Zehntausender Pistolen von Sig Sauer aus Deutschland an die US-amerikanische Sig Sauer Inc., die die meisten davon dann illegal nach Kolumbien weitervertrieb, obwohl sie erklärt hatte, der Endverbleib sei in den USA. Auch hier wurden Freiheitsstrafen verhängt und Erlöse aus den illegalen Geschäften eingezogen.

In beiden Fällen, die nur dank der Hartnäckigkeit von Aktivist_innen zur Anzeige gebracht wurden, bestätigte der BGH die Urteile weitgehend. Allerdings zeigen die Fälle Lücken der deutschen Exportkontrolle: Risiken für Menschenrechte scheinen unwichtig, sonst hätten die

deutschen Behörden Exporte von G36 nach Mexiko angesichts der dortigen Menschenrechtsverletzungen nicht erlaubt. Und Endverbleibserklärungen sind wertlos, wenn der Endverbleib nicht kontrolliert wird. Amnesty fordert daher weiter ein einheitliches Rüstungsexportkontrollgesetz mit verbindlichen Menschenrechtsklauseln und einer umfassenden Pflicht zur Endverbleibskontrolle. Aber auch das vor Kurzem verabschiedete Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz muss auf Lieferungen und Exporte ausgeweitet werden, damit Rüstungsfirmen endlich auch menschenrechtliche Sorgfaltspflichten einhalten.

(»Außer Kontrolle«, Amnesty Journal 04-05/2017)

Schuldspruch wegen Ermordung von Cáceres

Roberto David Castillo, der ehemalige Direktor des honduranischen Energieunternehmens DESA, ist für den Mord an der indigenen Umweltschützerin Berta Cáceres mit verantwortlich. Die Richter des Obersten Gerichts in Honduras sprachen ihn Anfang Juli schuldig. Das Strafmaß war bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht bekannt. Nach Angaben des Gerichts muss Castillo mit einer Gefängnisstrafe von mindestens 20 Jahren rechnen, Staatsanwaltschaft und Nebenkläger_innen haben die Höchststrafe von 25 Jahren gefordert.

Berta Cáceres war im März 2016 in ihrem Haus in La Esperanza erschossen worden. Die Honduranerin hatte sich für die Rechte der indigenen Bevölkerungsgruppe der Lenca eingesetzt und die Organisation COPINH gegründet. Sie kämpfte gegen ein Wasserkraftwerk der DESA am Rio Gualcargue, das die Lebensgrundlage der Lenca in der Region beeinträchtigt hätte. Bereits im Dezember 2019 waren vier Beschuldigte zu Freiheitsstrafen zwischen 30 und 50 Jahren verurteilt worden. Schon damals sah es das Gericht als erwiesen an, dass die Firma DESA hinter dem Mord steckte, zu den Verurteilten

zählten ein Manager sowie der Sicherheitschef des Energieunternehmens. In einer Stellungnahme bezeichnete COPINH die Verurteilung Castillos als Sieg,

forderte aber zugleich, weitere Hintermänner zur Verantwortung zu ziehen. (»Gefährliches Engagement«, Amnesty Journal 03/2020)



Foto: Eimer Martínez/AP/ps

Gerechtigkeit gefordert und erhalten. Protest in Tegucigalpa, Honduras, Juli 2021.



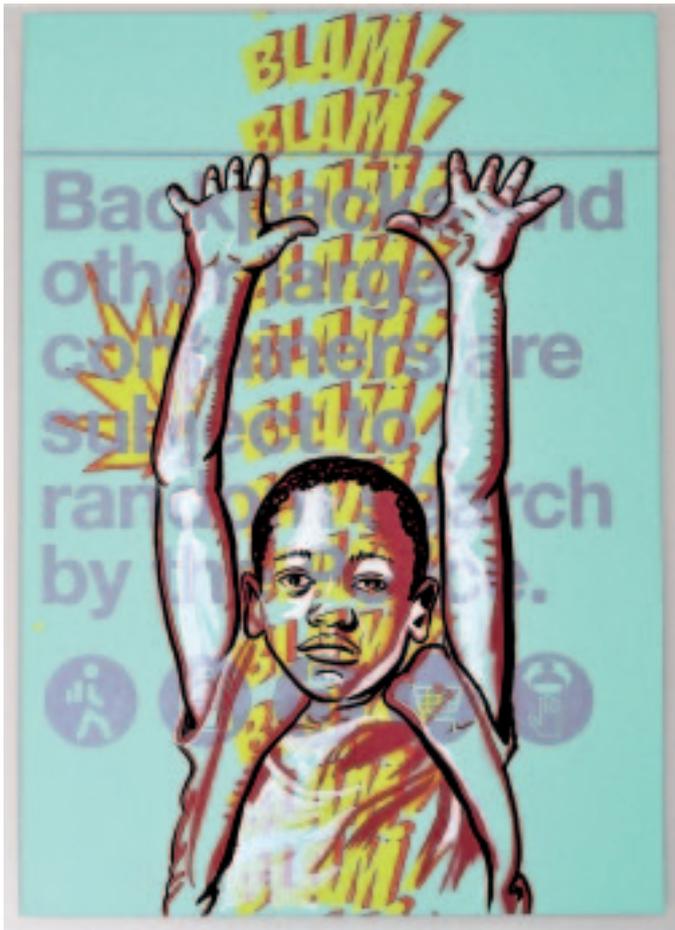


Lebende Wände

Ganzeer brachte mit seiner Streetart den ägyptischen Frühling auf die Mauern Kairo. Deshalb musste er 2014 in die USA fliehen. Heute sind seine Murals in Museen und Galerien zu sehen. Für das Amnesty Journal erläutert der Künstler einige seiner Werke. Von Elisabeth Wellershaus

Im Jahr 2011 wurde Ganzeer quasi über Nacht einem breiten Publikum bekannt. In Kairo, Alexandria und anderen ägyptischen Städten demonstrierten junge Menschen gegen die Gewaltherrschaft von Hosni Mubarak. Und Streetart-Künstler_innen wie er dokumentierten das Geschehen mit Graffiti, Wandbemalungen und politischen Statements. Eine kreative und politisierte Generation hatte ihr Medium gefunden und sich den öffentlichen Raum gesucht, um ihre Überzeugungen zu verbreiten. Doch es dauerte nicht lange, bis die Machthabenden reagierten. Als die Bilder unter Brücken, auf Stickern oder in Toreinfahrten immer regelmäßiger auftauchten, wurde Ganzeer, der bis heute nur unter seinem Künstlernamen öffentlich auftritt, festgenommen. Nach öffentlichem Druck kam er noch am selben Tag wieder frei. Doch die Militärs hatten ihre Haltung gegenüber den jungen Künstler_innen deutlich gemacht. Die zahlreichen Kunstwerke, die in den folgenden Jahren entstanden, konnten die Militärs nicht verhindern, aber mit der Machtübernahme von Abdel Fattah al-Sisi wurde es für viele Künstler_innen so gefährlich, dass sie das Land verlassen mussten. Ganzeer floh 2014 in die USA, wo er zunächst in New York lebte und über Zwischenstopps in Los Angeles und Denver schließlich nach Houston kam. Längst ist er international bekannt, arbeitet mit dem Getty Museum ebenso wie mit dem Victoria and Albert Museum in London. Seine Installationen, Malereien, Comics und Videos werden weltweit ausgestellt. Er reist von Residenz zu Residenz, und seine Inhalte sind von seinen Reisen geprägt, denn er passt sie den örtlichen Bedingungen an – in Basel philosophiert er über Schweizer Waffentransporte und in den USA kommentiert er die Black Lives Matter-Bewegung. In seinen aktuellen Arbeiten beschäftigt er sich auch mit der Corona-Krise. So ist »New Normal for Life Under New Plague« eine Auseinandersetzung mit den Folgen der Pandemie. Die soziale Frage spielt in Ganzeers Arbeiten fast immer eine wichtige Rolle – ob es dabei um soziale Isolation in den USA geht oder um die anhaltenden Repressionen, unter denen seine Kolleg_innen und Freund_innen in Ägypten bis heute leiden.

»New Normal for Life Under New Plague«



Hands Up (2019)

»Relativ kurz nachdem ich 2014 in den USA angekommen war, fragte mich der Hip-Hopper Matre, ob ich die visuelle Kampagne zu seinem neuen Song gestalten könnte. Das Lied hieß ›Listen‹ und handelte von der Polizeipräsenz an US-amerikanischen Schulen. Speziell ging es darum, dass die Polizei an Schulhöfen in L.A. mit militärischen Waffen hantierte, die vom Verteidigungsministerium gestellt wurden. Mich hat das Thema damals sehr beschäftigt, also habe ich die Bilder der Serie ›Hands Up‹ gestaltet, die dann auch im Musikvideo zu sehen sind. Es ging mir mit den Illustrationen aber nicht nur um Polizeigewalt an Schulen, sondern auch um die strukturelle Gewalt, die bestimmte Menschen in den USA grundsätzlich erfahren. Die vibrierenden Buchstaben auf dem Bild stehen für die drakonischen Lautsprecheransagen, die immer wieder mal in U-Bahnhöfen zu hören sind und die meist nur an ganz bestimmte Passanten gerichtet werden. Ich habe Orwells Literatur im Kopf, wenn ich solche Szenen beobachte, weil sich darin zeigt, wie sehr manche Menschen unter staatlichen Repressionen leiden. Vieles von dem, was die Black Lives Matter-Bewegung später problematisiert hat, kannte ich bereits aus anderen Zusammenhängen, auch aus Ägypten. Aus Matres Anfrage ist deshalb eine Reihe von Arbeiten entstanden, die sich mit dieser Thematik beschäftigt – unter anderem eine Video-Installation, die in meiner Solo-Show ›All American‹ zu sehen war.«



Swiss Arms (2012)

»Das hier ist eine Arbeit, die im Sommer 2012 während eines Aufenthalts in der Schweiz entstand. Das Theaterfestival Basel hatte mich eingeladen, und ein Thema, das mich im lokalen Kontext sofort interessierte, waren die Schweizer Waffenexporte. Wie auf dem Foto zu sehen ist, warnte das Schweizer Außenministerium zu diesem Zeitpunkt explizit vor Exporten in Länder wie Saudi-Arabien, Pakistan und Ägypten. Was ich bei Recherchen herausfand: Die meisten Schweizer Waffen importierten die USA. Und vor allem die Handfeuerwaffen richteten dort flächendeckend Schaden an. Ich wollte die Unverhältnismäßigkeit dieser Situation illustrieren. Also bat ich Zuschauerinnen und Zuschauer des Festivals, mir bei einem Vergleich zu helfen. Sie sollten sich auf den Boden legen, sich tot stellen und warten, bis ihre Umrisse mit Farbe nachgezeichnet waren. Eine Drohnenkamera dokumentierte den gesamten Prozess. Und das Ergebnis war aufschlussreich: Die weißen Umrisse symbolisierten prozentual die Zahl jener Menschen, die während der Revolution in Ägypten ums Leben gekommen waren. Die gelben Umrisse verwiesen auf Menschen, die in den USA jährlich durch Schüsse aus Handfeuerwaffen sterben. Das Missverhältnis ist offensichtlich. Auf der Grundlage dieser Zahlen wurden die Zuschauerinnen und Zuschauer befragt, ob sie dafür seien, Schweizer Waffentransporte in die USA zu verbieten.«

The Solar Grid (2015)

»The Solar Grid« ist eine Graphic Novel, an der ich seit Jahren arbeite. Ich erzähle darin von einer Zukunft, in der der Planet Erde von katastrophalen Fluten heimgesucht wird. Wohlhabende Menschen fliehen von der Erde auf den Mars, und alle, die sich das nicht leisten können, bleiben zurück. Ein riesiges Satellitennetzwerk transformiert die Erde in eine solarbetriebene Fabrik für den Mars. Die Sonne scheint 24 Stunden am Tag, und die Wasservorräte schwinden. Während rund um die Uhr Exportgüter für die Nutzung auf dem Mars produziert werden, landet der Müll des roten Planeten auf der Erde. »The Solar Grid« erzählt von den beiden Waisen Mehrer und Kameen, die in einen Plot verwickelt werden, der das Solarnetz zerstören soll. Es geht dabei um die ganz großen Themen: um den Zusammenhang von Rassismus, Klassenunterschieden und Geschlechterrollen, um Industrialisierung, Konsumverhalten und Umweltzerstörung.«



Tank vs. Bread-Biker (2011)

»Im Februar 2011 wurde Hosni Mubarak gestürzt, worauf etliche Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und dem Militär folgten. Vor dieser Zeit hatte man in Ägypten kaum von einer Streetart-Szene sprechen können, aber auf einmal wurden die Wände in Kairo lebendig. Zusammen gestalteten Künstlerinnen und Künstler politische Statements, auch »Tank vs. Bread-Biker« ist mit der Hilfe von Freund_innen entstanden. Das Bild ist ein Kommentar zur Übermacht des Militärs, dem ein kleiner Fahrradbote gegenübersteht, der Brot durch die Stadt fährt. Das arabische Wort für Brot bedeutet gleichzeitig Leben – und das Leben von so vielen Ägypterinnen und Ägyptern wird seit geraumer Zeit bedroht. Dieses Gemeinschaftsprojekt beschreibt einen Moment, in dem die Bevölkerung sich gewehrt hat.« ■



Im Autoritätspanzer

**Mit Corinna Harfouch in der Hauptrolle:
In der begehbaren Videoinstallation »geRecht«
steht das deutsche Asylrecht auf der Bühne.**

Von Georg Kasch

Weit bauscht sich ihre Robe, als die Richterin durch die langen Gänge eilt. Hier eine Treppe hoch, dort eine Treppe runter, vorbei an riesigen neobarocken Fenstern und unzähligen Türen. Noch ein Gang, noch eine Abbiegung. Weiß die Frau überhaupt, wo's lang geht? Oder sind die Richtungsentscheidungen schon Automatismen, die es schwer machen, eine Sache noch einmal anders zu betrachten? Das Gewirr der Gänge und Treppen jedenfalls könnte durchaus ein Sinnbild sein für das deutsche Justizsystem. Ein undurchdringliches, verschachteltes Gebilde, aus dem man ohne Rechtshilfe keinen Ausweg findet.

»geRecht« heißt der Abend der Gruppe suite42, der im Juni im Theater im Aufbauhaus TAK in Berlin Premiere hatte und nun im Repertoire läuft. Beispielhaft erzählt er von einem Asylverfahren: Eine leitende Richterin wird kurz vor dem Ruhestand mit einem typischen Fall konfrontiert. War der Asylsuchende Farid aus Afghanistan schon einmal in Deutschland? Er sagt: nein. Aber es gibt Ungereimtheiten. Sind das Missverständnisse? Falsche Übersetzungen? Oder ist es ein zweifelhafter Bezug zur Wahrheit?

Zugleich weiß die Richterin, wie zufällig manche Entscheidungen sind, wie sehr ein Ergebnis – Anerkennung eines Asylantrags oder Abschiebung – von Details abhängig ist: etwa einer unprofessionellen Übersetzerin, die kurzfristig eingesprungen ist. Auch der Anwalt, ein Bekannter der Richterin, versucht das geltend zu machen: im Zweifel für den Angeklagten. Während sie darauf beharrt, sich nicht beeinflussen zu lassen, bröckelt ihre Selbstgewissheit, weil sie befürchten muss, dass ihr Sohn in Afghanistan verschollen ist. Und dann wird sie auch noch an ihre Vergangenheit in der DDR erinnert, wo sie einst selbst vor Gericht stand, bevor ihr die Flucht in den Westen gelang.

Das Besondere an diesem Stück: Mehrere Autor_innen haben es gemeinsam nach einer Idee von Anne Rabe und Lydia Ziemke als vierteilige Theaterserie geschrieben. Alle haben sie transnationale Biografien. Die Konzeption entwarfen sie gemeinsam, arbeiteten dann aber je nach ihren Stärken am Text: Peca Ştefan trieb die Dialoge voran, Mehdi Moradpour legte sei-

nen Fokus auf die Gerichtsszenen und die Übersetzungsthemen, Matin Soofipour Omam schrieb die inneren Monologe der Richterin. Außerdem wirkten die Dramaturgin Maria Milisavljević und der kreative Berater Ghiath Al Mhitawi mit. »Ihr Ziel war es, zu einem ehrlichen Umgang mit dem Thema Asyl anzuregen: Warum bekommen zwei verschiedene Menschen in derselben Situation zwei unterschiedliche Bescheide?«, fragt Regisseurin Lydia Ziemke. Mit ihrem Stück wollten die Autor_innen mit dem Mythos vom gerechten Asyl aufräumen. »In der Welt heißt es, dass in Deutschland die Menschenrechte gelten, und in der Bevölkerung herrscht die Meinung, dass bei uns Asyl bekommt, wer es verdient«, sagt Ziemke. »Aber wenn man mit Jurist_innen spricht, sind sie sich einig, dass gerecht etwas anderes ist als das, wozu sie der Gesetzgeber anhält.«

Gewissen oder Wissen?

Das schlägt sich auch in »geRecht« nieder, dem ersten der vier Teile. In einem Gespräch versucht der Rechtsanwalt zum Beispiel, die Richterin auf die Schwierigkeiten des Falls – unsicheres Herkunftsland, Doppelmoral, ein offenbar traumatisierter Klient – aufmerksam zu machen. Sie kontert trocken: »Ich entscheide nach dem Gesetz und meinem besten Gewissen.« Aber was, wenn zu Gesetz und Gewissen das Wissen um Details fehlt? Und was, wenn persönliche Betroffenheit den Blick auf den Fall noch einmal weitet?

»Für mich ist der Kern der Geschichte, dass Gerichtsprozesse das Resultat im Blick haben und nicht Gerechtigkeit«, sagt Co-Autor Mehdi Moradpour. Heute ist er Dramaturg an den Münchner Kammerspielen, davor hat er lange für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Gerichte als Dolmetscher gearbeitet. Damals erlebte er, wie zufällig Gerichtsentscheidungen in Asylfragen sein können, wie sehr äußere Einflüsse wie Quoten eine Rolle spielen. Offiziell gibt es sie nicht. Dennoch

**»Gerichtsprozesse haben
das Resultat im Blick
und nicht Gerechtigkeit.«
Co-Autor Mehdi Moradpour**



Blick ins System. Die Richterin (Corinna Harfouch) vernimmt den Asylbewerber (Omar El-Saeidi). Szene aus der Installation »geRecht«.

kommunizieren Regierungsorgane Vorgaben, die die Aufnahme von Menschen deckeln. »Deshalb fände ich es spannend, wenn sich die Menschen im Publikum dazu anregen lassen würden, sich stärker mit dem Rechtssystem zu beschäftigen und damit, dass Recht und Gerechtigkeit nicht dasselbe sind«, sagt Moradpour.

Geplant war die Produktion für 2020, live mit Schauspieler_innen auf der Bühne. Dann kam Corona. »Im März 2020 haben wir uns gefragt, was wir mit dem Text machen können, ohne ins Digitale gehen zu müssen«, sagt Ziemke. Klar war, dass es – distanzbedingt – eine andere Art der künstlerischen Auseinandersetzung würde geben müssen, zugleich war aber wichtig, den Figuren und ihren Motivationen weiterhin nahekommen zu können.

Die Lösung ist eine begehbare Videoinstallation, umgesetzt von Daniel Hengst. Im Raum hängen auf allen Seiten in verschiedenen Abständen sechs transparente Leinwände, auf die die Filmbilder projiziert werden. So kann etwa die Raumwirkung des Gerichtslabyrinths entstehen, wenn man die Richterin hinten rechts klein entlangeilen sieht, dann groß direkt vor einem, bis sie links über mehrere Leinwände verschwindet. So lassen sich aber auch die Charaktere aufspalten, teils surreale Bilder schaffen.

Ein Vorteil der Corona-kompatiblen Filmfassung ist, dass – anders als in der ursprünglichen Planung – nun Corinna Harfouch die Rolle der Richterin spielt. Harfouch wird für ihre Arbeit am Theater wie beim Film gefeiert. Dass sie im kleinen TAK

zu sehen ist, ist ein Coup – es hat nicht nur mit dem Medium Film zu tun, denn Drehtage lassen sich besser planen als immer neue Spieltermine, sondern ist auch dem Inhalt geschuldet: »Sie war von Text und Form begeistert!«, sagt Ziemke.

Es ist faszinierend, Harfouch dabei zuzusehen, wie sie dauergenervt einen Autoritätspanzer um sich errichtet, etwa wenn sie den Kollegen (Roland Bonjour) zurechtweist, die Übersetzerin (Anke Retzlaff) herunterputzt oder Farid (Omar El-Saeidi) ins Kreuzverhör nimmt. Ihr Schutzschild bröckelt, als ihr Sohn und ihre DDR-Vergangenheit ins Spiel kommen. Dass es sich um Theater handelt, sieht man an den Kulissen, den Rollenwechseln, dem Schnitt. Aber die Großaufnahmen und der Surround-Klang entwickeln eine Kinointensität, rücken das Geschehen nahe an einen heran.

Ob Farid am Ende bleiben darf oder Deutschland verlassen muss, bleibt offen. Beide Varianten werden angeboten. Auch den Grund seiner Flucht erfährt man nicht – Farid liefert gleich ein halbes Dutzend Motive. Ist er wirklich schwul, wie sein Anwalt behauptet? Oder ist er vor Terror und Armut geflohen? Das eine zählt als Asylgrund, das andere nicht. Ist das gerecht? Fragen, mit denen das Stück sein Publikum auf produktive Art konfrontiert, ohne sie zu beantworten. Denn es geht nicht um den Einzelfall. Es geht um ein System, das ungerechter ist, als es zu sein vorgibt. Die gute Nachricht: Systeme lassen sich ändern. ■

»geRecht« ist vom 8. bis 11. September, vom 18. bis 24. Oktober und vom 15. bis 21. November im Aufbauhaus TAK in Berlin zu sehen

Einladung zum langen Blick



Michael Danner: »Migration as Avantgarde«.

Die Fotokunst hat das Internet als Medium erobert. Thematisiert werden auch Flucht, Rassismus, Polizeigewalt und Frauenverachtung – ein kleiner Rundgang durch aktuelle Präsentationen.

Von Klaus Ungerer

Gemälde, Skulpturen und Performances waren auf den Höhepunkten der Pandemie nicht mehr live erlebbar, ein guter Teil ihrer Aura fiel durch die Präsentation im Internet weg. Die Fotokunst hingegen hatte ihr Medium nicht unbedingt verloren. Sie wirkt und bereichert auch im Netz. Die Fotografin Ioana Moldovan hat eines der menschlichen Dramen der Gegenwart dokumentiert: die Massenflucht nach Europa. Moldovan folgte dem Exodus derer, die aus Syrien und anderen geplagten Ländern kommend, versuchten, sich und ihre Familien in Europa in Sicherheit zu bringen. In den Medien tauchten sie meist namenlos, als amorphe Masse auf. Moldovan zeigt uns ihre Gesichter, zeigt uns die halb verglimm-

te Hoffnung, den unbedingten Überlebenswillen, das stoische Ausharren an den Grenzen und in den Auffanglagern, den neugierigen Blick eines Kindes inmitten der Not. Die Fotografin hat das reale Drama eingefangen, aber nirgends ausgeschlachtet, und manchmal findet sie sogar noch einen Moment des Friedens im Unfrieden der Odyssee.

ioanamoldovan.com/refugees-passage-to-europe/

Was war das Ziel der heimatlos Gewordenen? Michael Danner, der auch für das Amnesty Journal fotografiert, zeigt in kühl gefundenen, wie inszeniert erscheinenden Fotos das Europa, das so vielen Menschen eine wohlgeordnete Heimat ist, da es seine Konflikte in andere Weltregionen ausgelagert hat und seine Aggressionen auf eine stille Weise im Alltag auslebt: Flure im Neonlicht, Zäune und Stacheldraht, Amtsträger_innen in Uniformen, bürokratische Vorgänge, die den ankommenden Menschen seiner Menschlichkeit berauben. Manchmal gönnt Danner sich einen trocken eingefangenen Witz, etwa wenn ein Polizeikommando in schweren Uniformen sich unter einer Litfasssäule sammelt, die groß verkündet: »Hauptsache, ihr habt Spaß.« Am Ende sei-



ner Bildreise stehen ein paar Porträts von Geflüchteten, die in der europäischen Sicherheit angekommen sind. Der große Bruch in ihrem Leben ist ihnen anzusehen und die Beklommenheit angesichts ihrer Zukunft.

dannerprojects.com/seiten/migration_as_avantgarde.php

Einen entschiedenen Schritt in die Inszenierung unternimmt der Fotograf Jon Henry, der die US-amerikanische Krankheit aus Rassismus und Polizeigewalt in eine ästhetisierte Sphäre überführt. Er hat schwarze Mütter gebeten, mit ihren wie leblos daliegenden Söhnen in der klassischen Trauerpose der Madonna zu posieren, ein lebendes Symbolbild: der Tod, die Trauer, das stille Leiden unter einer unberechenbaren Bedrohung. Die in diese Rollen schlüpfen, sind bis hierhin noch verschont geblieben vom tödlichen Wüten des Rassismus. Aber sie können sich auch niemals sicher fühlen vor ihm. »Stranger Fruit«, von Jon Henry auf seiner Homepage und auch auf seiner Instagramseite präsentiert, lädt ein zu langen Blicken in eine Bildwelt, deren Inszeniertheit den Blick auf die bittere Realität nur noch schärft.

www.jonhenryphotography.com/#1

www.instagram.com/whoisdamaster/

»Ich erkannte, dass die Kamera eine Waffe sein konnte im Kampf gegen Armut, gegen Rassismus, gegen alle sozialen Missstände.« Der Fotograf Gordon Parks war einer der wichtigsten amerikanischen Chronisten des 20. Jahrhunderts, und seine Schwarzweißfotografien sprechen noch heute laut und deutlich. Eine seiner großen Sozialreportagen kann man direkt auf Google anschauen, wenn man »gordon parks a harlem family 1967« in die Suchmaschine eingibt.

artsandculture.google.com/exhibit/gordon-parks-a-harlem-family-1967/uwKioUY0jnDHLg

Weitere Einblicke in sein Lebenswerk gibt es hier:

www.gordonparksfoundation.org/exhibitions/gallery-exhibitions



Jon Henry: »Stranger Fruit«, Untitled #29, North Miami, FL (2017).



Ioana Moldovan: »Refugees' Passage to Europe«.

Wasser ist unser aller Existenzgrundlage, es wird gesucht, gefürchtet, verdreckt und verehrt. Mustafah Abdulaziz hat eine wundervolle, stetig weiter wachsende Fotoserie »Water« daraus gemacht, vom trockenen Boden des Ganges über den Duschplatz in Sierra Leone bis zu den jüngsten Fluten in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus.

mustafahabdulaziz.com

ArtActivistBarbie ist auf Twitter zu Hause, und ihre Fotos bestechen durch den klaren Blick auf Frauenfeindlichkeit in der ach so hohen Kunst. Seit 2018 sucht die Barbiepuppe sexistische Kunst in Museen auf, lässt sich davor ablichten und hält gewitzte Kommentare auf Schildern in die Höhe. Es wundert wenig, wie viele ikonische Klassiker sie auf ihrer Mission schon kommentieren durfte: Die »hohe« Kunst ist durch und durch patriarchal geprägt, ein herablassend-softpornografischer Blick auf Frauen herrscht vor. Dank Barbie kann man am Akt der Entzauberung sogar seinen Spaß haben. ■

twitter.com/BarbieReports/

Und plötzlich geht die Reise von vorne los

Vor 30 Jahren tourte **Café Türk mit einer Mischung aus New Wave, westasiatischer Musik und gesellschaftspolitischen Texten durch die Schweiz und Deutschland. Nun wird die Band wiederentdeckt. Von Ulrich Gutmair**

Metin Demiral ist 18 Jahre alt, als er sich 1976 aufmacht, per Interrail durch Europa zu fahren. »Hippiemäßig«, wie er sagt, in zerrissenen Jeans, mit Rucksack und Gitarre reist er über Amsterdam nach Schweden. Er setzt gerade über den Öresund, da wollen zwei Zollbeamte Metins Visum sehen – er hat aber keines. Als er aufbrach, bestand keine Visumpflicht für Menschen wie ihn, mit türkischem Pass. Er wehrt sich: »Was erzählt ihr da?« Mitreisende mischen sich ein, es kommt zu einem kurzen Handgemenge. »Die Beamten sagten, vor ein paar Tagen seien mehr als 5.000 Asylanten ins Land gekommen. Deswegen habe die schwedische Regierung kurzfristig diese Visumpflicht eingeführt. Ich habe ihnen gesagt: ›Sehe ich wirklich wie ein Asylant aus?‹«, erzählt Metin Demiral. Er wird in Gewahrsam genommen und »nach einer Übernachtung in einem kleinen Raum« wieder zurückbefördert nach Dänemark. »Ich war natürlich sauer. Das geht den Türken heute noch so, es gibt wenig Länder, die sie ohne Visum bereisen können.«

Seinen Zorn übersetzt Demiral später in ein Lied mit dem Titel »Haydi Yallah«. Es ist das erste Stück, das er 1982 zusammen mit Stefan Bittlinger in seinem Studio in Schaffhausen einspielt. Dort lebt Demiral seit 1973. Mit seiner Familie war er als 15-Jähriger in die Schweiz gekommen. »Wir waren anfangs zu zweit. Stefan hat die Drums und Bass gespielt, ich die restlichen Instrumente, Gitarre, Perkussion und so weiter.« Demiral und Bittlinger bilden den Kern einer Band, die sie später Café Türk nennen. In den 1980er Jahren nimmt die Band zwei Alben auf, die Deborah Ipekeli gut 30 Jahre später entdeckt. Die Istanbulerin betreibt in London das Label Zel Zele. Dort erschien vor kurzem eine Kompilation, die das Werk von Café Türk vorstellt.

Der Held von »Haydi Yallah« ist in der Türkei berühmt: Evliyâ Çelebi reiste im Dienste des Osmanischen Reichs durch viele Länder und schrieb auf, was er sah. Für seinen Song versetzte Demiral die Figur des Çelebi in die Gegenwart. »Er nimmt sich ein Schiff und kommt nach Deutschland«, erzählt Demiral. »Er geht in eine Disko. Und dann passiert die alte Geschichte: Er

beginnt, Türkisch zu sprechen, weil er nichts anderes kann. So wird er entdeckt: Er ist nicht einer von uns, er kann unsere Sprache nicht, sagen die Leute, und werfen ihn raus.«

Die Musik von »Haydi Yallah« reflektiert ihre Entstehungszeit und den Geschmack Demirals und seines Freundeskreises. Synthies erinnern an Kraftwerk. Der Bass ist funky, dazu gibt es Blasinstrumente. Demiral übt sich in Sprechgesang, zwischen- und durch wird eine Platte gescratcht, wie im New Yorker HipHop.

Demiral singt seine Lieder auf Türkisch, Deutsch und Englisch. Der Sound von Café Türk speist sich aus Funk, New Wave und den traditionellen Liedern von Türk_innen und Aseris, die im westasiatischen Raum leben. Demirals Familie stammt aus Kars, der östlichsten Stadt der Türkei, auch er ist dort geboren. Damals lag hinter der Grenze die Sowjetunion, heute ist es Armenien. »Die Bevölkerung bestand zum größten Teil aus Aseris, die dort schon immer mit den Armeniern und anderen Ethnien zusammengelebt haben«, erzählt Demiral. »Es gab Juden in Kars, es gab Griechen, Kurden. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das bunt gemischt.«

Demirals Großvater hatte aserische Vorfahren. »In Kars wurde türkische Musik gehört, aber über Mittelwelle auch die Musik aus Aserbaidschan. Das war die Musik der Sehnsucht. Die Grenze war unüberwindbar, Verwandte von uns haben auf der anderen Seite gelebt. Sobald diese Musik gespielt wurde, fingen alle an zu weinen. Da hast du dir als Kind gedacht: Was ist das, das die Leute so stark bewegt? Dass sich große Männer in den Armen liegen und weinen wie kleine Kinder?«

In den 1970er Jahren, als die Sowjetunion sich öffnete, reisten Demirals Eltern mit dem Zug von Kars nach Aserbaidschan. »Sie kamen mit einem Sack voll Schallplatten zurück«, erzählt Demiral. »Viele Originale von Songs, die wir mit Café Türk gespielt haben, habe ich auf Aseri-Schallplatten.«

Der wilde Sound seiner Band beschwört die Erinnerung herauf an die Zeit des Osmanischen Reichs, in der viele Kulturen,

Ein Projekt wie Café Türk konnte nur im Westen entstehen, die Musik in der Türkei nicht Fuß fassen.



Foto: Promo

Wilder Sound. Metin Demiral pausiert während einer Jam-Session Mitte der 1980er Jahre.

Sprachen und musikalische Traditionen ihren Platz hatten und sich gegenseitig beeinflussten.

In den 1980er Jahren wollte Demiral erreichen, dass seine Lieder auch im türkischen Radio gespielt würden. Das scheiterte aber an der Zensur. »Es gab eine Kommission, bei der musstest du die Noten der Songs einreichen und die Texte dazu. Es ging darum, dass die türkische Musik nicht ›verroht‹ wird durch Interpretationen mit modernen Instrumenten.«

Vom türkischen Radio zensiert

Der Antrag bei der Kommission hatte keinen Erfolg. »Wir sind also in Istanbul zum Radio gegangen und haben Redakteuren unsere neuen Stücke vorgespielt. Sie waren interessiert. Sie waren jung wie wir, aber sie haben gesagt: Wir können das nicht spielen. Es war eben die Zeit der Militärjunta.« Beim Militär trage man Uniform, alle marschierten im Gleichschritt, sagt Demiral. »Und so haben sie sich auch die Musik vorgestellt: Dass sich alles in einem braven Rahmen abspielt. Das waren schlimme Zeiten.« Ein Projekt wie Café Türk konnte nur im Westen entstehen, die Musik in der Türkei nicht Fuß fassen.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre tourte Café Türk durch Deutschland und die Schweiz. Sie spielten in Kulturhäusern, Jugendzentren und kleineren Sälen. »Wir haben nicht für die Gastarbeiter gespielt«, sagt Demiral, »weil viele Gastarbeiter unsere Musik nicht verstanden haben. Aber sie kamen zum Teil auch zu unseren Konzerten. Sie trafen dort auf Punks, Studenten, Musikfreaks, vor allem auf Leute, die gern getanzt haben. Wir haben das zelebriert und die Leute dazu animiert, sich über den Tanz auszutauschen.«

Als Café Türk 1987 »Ali Baba« aufnahm, hatten Demiral und Bittlinger die Hoffnung, dass dieses Lied im deutschen und schweizerischen Radio gespielt werden könnte. Anders als in den meisten Stücken von Café Türk enthält es weder die synkopischen Rhythmen noch die Vierteltöne der orientalischen Musik. Das Thema lag in der Luft: »Von Istanbul zum Rheinfall sind die Türken überall. Einer da, einer dort, keiner will wieder fort«, heißt es in »Ali Baba«. Im Refrain singen Demirals Schwestern mit. Es scheint, als spräche dort ein Einwanderer zu Deutschen und Schweizer_innen: »Du kannst uns verstehen. Du, du kannst es wissen. Du, sag mir, wer bin ich. Dich werd ich vermissen.« Aber auch im Westen wurde Café Türk nicht im Radio gespielt. Nach dem Hintergrund des Lieds gefragt, erzählt Demiral: »Ende der Achtziger gerieten wir ins Fadenkreuz der Skins. Die wollten ein paar unserer Konzerte stürmen. Das ist ihnen aber nicht gelungen.«

Dass seine Musik jetzt auf so viel Interesse stößt, freut Demiral. »Ich habe unverhofft einen neuen Lebensabschnitt geschenkt bekommen. Ich hab' alles liegen und stehen lassen.« 25 Jahre lang hat er in Schaffhausen den Musikclub »Orient« betrieben, für den er jetzt eine Nachfolge sucht. Er befasst sich intensiv mit seinem Archiv. »Seit einem Jahr habe ich mein altes Studio aufgebaut und sitze inmitten von alten Taperecordern, einigen Synthies und Gitarren wieder in meinem geliebten Umfeld. Da ging die Reise plötzlich wieder von vorne los.« ■



Café Türk: Café Türk
(Zel Zele)

Stimme der Frauen



Markanter Gesang, engagierte Texte. Nahawa Doumbia ist eine der bekanntesten Sängerinnen Malis.

Nach zehn Jahren hat die malische Sängerin Nahawa Doumbia wieder ein Album veröffentlicht. Sie singt über den Kampf gegen Armut und für Gleichstellung von Frauen. Von Till Schmidt

Auf der musikalischen Landkarte internationaler Hörer_innen ist Mali schon seit Langem ein wichtiger Ort. Große afrikanische Popstars wie Ali Farka Touré und Salif Keïta stammen aus dem Land, das aktuell vor allem mit Krieg, Islamismus und Armut in Verbindung gebracht wird. Nahawa Doumbia ist eine der bekanntesten Sängerinnen vor Ort. Nun hat die 62-Jährige nach fast zehn Jahren wieder ein Album veröffentlicht: »Kanawa«, auf Deutsch: »Geht nicht«.

»Die Inspiration für meine Songs kommt aus der Beobachtung, wie die Welt funktioniert«, sagt Doumbia. »Die Bedeutung von ‚Kanawa‘ ist einfach: Wir sehen, wie unsere Kinder versuchen, das Mittelmeer zu überqueren – und dabei oder bereits in der Sahara sterben. Da jedoch so viele junge Leute das Land wegen familiärer Probleme, Armut und Arbeitslosigkeit verlassen, ist es wichtig, ihnen hier endlich eine Perspektive zu bieten«, meint Doumbia. »Wir brauchen Jobs, und hierfür müssen die UNO und die Politiker in Afrika eine koordinierte Lösung finden.«

Entdeckt wurde Nahawa Doumbia in den 1980er Jahren, als Beamte des malischen Kulturministeriums sie gemeinsam mit Freundinnen singen hörten. Trotz religiös begründeter Einwände ihrer Familie trat Doumbia anschließend beim Festival Youth Week in Bamako auf – und gewann direkt den dazugehörigen Gesangswettbewerb, der den Startschuss für ihre Karriere bildete. Seither spielte Nahawa Doumbia immer wieder auch in Europa, bereits einige ihrer frühen Alben erschienen bei international ausgerichteten Labels. Vor allem in Frankreich ist ihre Musik beliebt.

»In Westafrika gibt es gewiss keinen Mangel an besonderen Stimmen«, sagt der Musikethnologe Hauke Dorsch von der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. »Nahawa Doumbias nasaler und kraftvoller Gesang ist allerdings unverwechselbar.« Während seiner Forschungsaufenthalte in Westafrika liefen Doumbias Songs im Radio und waren in der Öffentlichkeit zu hören. Ihre Veröffentlichungen finden sich auch in der über 15.000 Tonträger umfassenden Sammlung des Archivs für die Musik Afrikas an der Universität Mainz, das Dorsch leitet.

Brian Shimkovitz vom Label Awesome Tapes from Africa (ATFA) ging es ähnlich. Auch er stieß bei einem seiner Aufenthalte in Mali auf Doumbias Musik. Zufällig entdeckte er unter den vielen Kassetten auf den Märkten in Bamako einige ihrer Veröffentlichungen. Neben ihrer eindringlichen Stimme fasziniert ihn das kongeniale Zusammenspiel Doumbias mit ihrem musikalischen Partner, dem Produzenten und Arrangeur N’gou Bagayoko. Dazu kommen ihre zum Teil politischen Lyrics, die, so Shimkovitz, »eine wichtige Perspektive aus Afrika abbilden«.

Wie alles begann

Shimkovitz hat ATFA vor über 15 Jahren als privates Blog gestartet, um einem internationalen, jungen Publikum äthiopischen Jazz, Tassou aus dem Senegal, ghanaischen Hiplife und andere musikalische Schätze aus sämtlichen Regionen Afrikas zugänglich zu machen. Seit 2006 veröffentlicht er einige dieser alten

»Wir müssen für die Rechte von Frauen und Kindern kämpfen, für ihr grundlegendes Recht auf Bildung.«

Kassetten auch offiziell über sein gleichnamiges Label. Sein erstes Release war von Nahawa Doumbia: »La Grande Cantatrice Malienne Vol 3« aus dem Jahr 1982. Die Musik auf diesem Album ist traditioneller als die aus den 1990er Jahren, die sich stärker in Richtung Afro-Pop orientierte und vermehrt Synthesizer, Drums, E-Gitarren und E-Bass verwendete. Charakteristisch für die Songs auf »La Grande Cantatrice Malienne Vol 3« ist neben Doumbias markantem Gesang der Didadi. Dieser traditionelle Tanzrhythmus bildet die musikalische Grundlage vieler ihrer Songs. Gesetzt wird er vor allem durch Saiteninstrumente wie die Ngoni und durch Perkussion.

2011 veröffentlichte ATFA Doumbias erstes Album »La Grande Cantatrice Malienne Vol 1« wieder, das sie im Alter von 20 Jahren aufgenommen hat. »Wenn ich daran denke, wird mir klar, wie lange das her ist. Es zählt zu den Alben, die ich am meisten liebe, weil es mich an meine Jugend erinnert. Darauf bin ich richtig stolz, denn es steht dafür, wie alles begann«, sagte Doumbia damals.

Wie bei den Vorgängern behandelt Doumbia auch auf ihrem neuen Album »Kanawa« soziale und politische Themen und die Situation von Frauen in Mali. Vor allem die Bildung von Frauen und Kindern ist ihr ein Anliegen. »Wir müssen für die Rechte von Frauen und Kindern kämpfen, und das bedeutet auch, für ihr grundlegendes Recht auf Bildung«, sagt Doumbia. Sie fordert, Frauen auch viel stärker in die Regierung und in öffentliche Angelegenheiten einzubinden, und verweist dabei auf die enormen Widerstände seitens vieler Männer, die nicht wollen, dass ihre Ehefrauen Bildungsmöglichkeiten erhalten. »Mit besserer Bildung können die Frauen sich besser um ihre Familien kümmern und um das gesamte Land – denn nichts funktioniert ohne Frauen«, sagt Doumbia.

Die 62-Jährige stammt aus der Wassoulou-Region im Süden Malis, die einige der besten Sängerinnen des Landes hervorgebracht hat. Neben Nahawa Doumbia sind das etwa die legendäre Oumou Sangaré, Sali Sidibe, Dieneba Diakitè oder Fatoumata Diawara. Große Bedeutung haben in der gesamten Region die Griots, eine Sänger_innen-Kaste, die in ihren Liedern seit Jahrhunderten das Zusammenleben vor Ort thematisiert. Anders als viele ihrer Kolleg_innen stammt Nahawa Doumbia nicht aus dieser Tradition. Doch seit Kindheitstagen war ihr klar, dass sie Sängerin werden wollte – trotz der Widerstände ihrer Familie.



Nun dauert ihre Karriere schon über 40 Jahre. Hoffentlich ist sie bald wieder auf den Bühnen Europas zu hören. ■

Nahawa Doumbia: »Kanawa«
(Awesome Tapes from Africa)

In »Penelopes zwei Leben« schildert Judith Vanistendael die inneren Widersprüche einer Ärztin zwischen ihren Einsätzen im syrischen Bürgerkrieg und ihrem Familienleben in Belgien. **Von Wera Reusch**

Hier Aleppo, dort Brüssel

Wenn du 18 bist, bekommst du die Kette«, verspricht Penelope ihrer 14-jährigen Tochter. Die Ärztin ohne Grenzen, die das Erbstück immer um den Hals trägt, ist auf Heimaturlaub bei ihrer Familie in Brüssel.

Sie versucht, sich in die Nöte ihrer pubertierenden Tochter einzufühlen, doch das will nicht recht gelingen, denn sie hat ständig ein gleichaltriges syrisches Mädchen vor Augen, das ihr bei einer Notoperation in Aleppo unter den Händen wegstarb.

Zu Beginn ihrer Graphic Novel »Penelopes zwei Leben« hat Judith Vanistendael diese beiden gegensätzlichen Welten parallel gestellt: Oben liegt Tochter Helena in einem kuscheligen rosa Pyjama im Bett, unten das blutende Mädchen auf einer Bahre. »Normalerweise halte ich die beiden Welten streng getrennt. Ich bin Chirurgen ... Mein Beruf ist Schneiden«, stellt Penelope in einer Szene fest. Doch nach 32 Einsätzen in zehn Jahren ist sie traumatisiert und benötigt therapeutische Unterstützung.

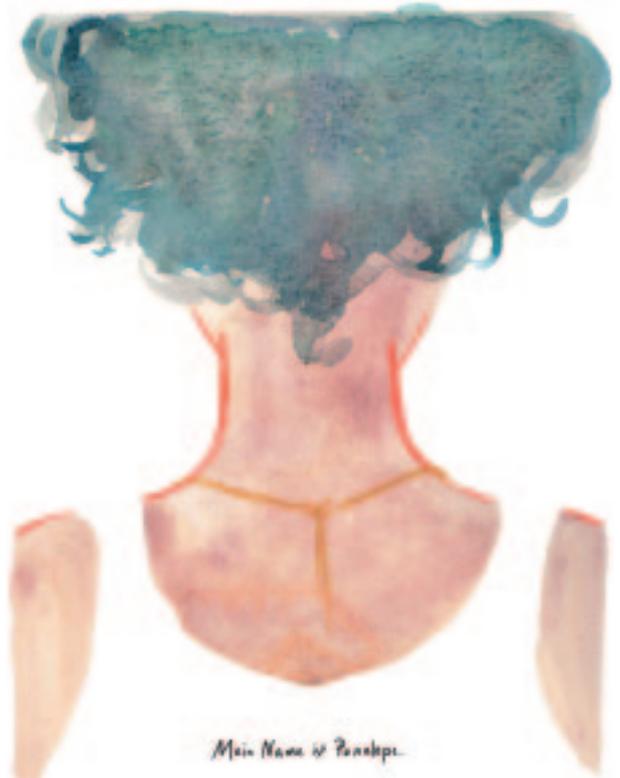
Die belgische Comiczeichnerin und Illustratorin vermittelt diese Diskrepanzen auch in der Farbgebung ihrer Aquarelle: ein heiles Rosa, ein beunruhigendes Blutrot und ein kühles Blaugrün, das für Penelopes Beruf und Berufung steht. Die alltäglichen Familienszenen offenbaren auch einen Rollenkonflikt: Denn während in Homers »Odyssee« Penelope treu auf ihren herumirrenden Gatten wartet, ist es hier Penelope, die ständig unterwegs ist, während ihr Mann die Tochter großzieht. Und obwohl die Ärztin für ihren Einsatz bewundert wird, mangelt es nicht an subtilen Vorwürfen: »All I want for Xmas ist youuuuu«, singt ihre Tochter. »Wird es nicht Zeit aufzuhören?«, fragt ihr Mann. »Bleib hier«, bittet ihre Mutter. Kein Mann müsse sich für seine Abwesenheit rechtfertigen, stellt Penelope in einer Therapiesitzung wütend fest: »Mein Opa, der war IMMER weg. Die Welt retten! Er hat verdammt noch mal einen Ehrendokortitel dafür bekommen!«

Judith Vanistendael wirft in »Penelopes zwei Leben« viele schwierige Fragen auf und überlässt es uns, sie zu beantworten. Ihre Sympathie für das Engagement ihrer Protagonistin ist jedoch unverkennbar. Die Comiczeichnerin hat einen Arzt befragt, der in Syrien tätig ist. Zudem besuchte sie 2017 das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos und sprach mit einer Ärztin, die ihr die katastrophale Situation vor Ort schilderte. Als Anhang zu »Penelopes zwei Leben« ist die grafische Reportage abgedruckt, die Vanistendael nach dem Besuch Morias veröffentlichte.

Das Anliegen von Vanistendaels eindrucksvoller Graphic Novel ist es, diejenigen zu würdigen, die als Freiwillige in Kriegs- und Krisengebieten arbeiten und dafür einen hohen persönlichen Preis bezahlen – den Verzicht auf ein Familienleben. Die Eingangssequenz des Buches verrät, dass sich Penelope nach ihrem Heimaturlaub ganz für Aleppo entschieden hat und ihre Familie in Brüssel vier Jahre lang nicht mehr sehen wird: Ihre Tochter erhält die versprochene Kette an ihrem 18. Geburtstag mit der Post... ■



Judith Vanistendael: Penelopes zwei Leben. Aus dem Niederländischen von Andrea Kluitmann. Reprodukt Verlag, Berlin 2021, 176 Seiten, 20 Euro



Mein Name ist Penelope.

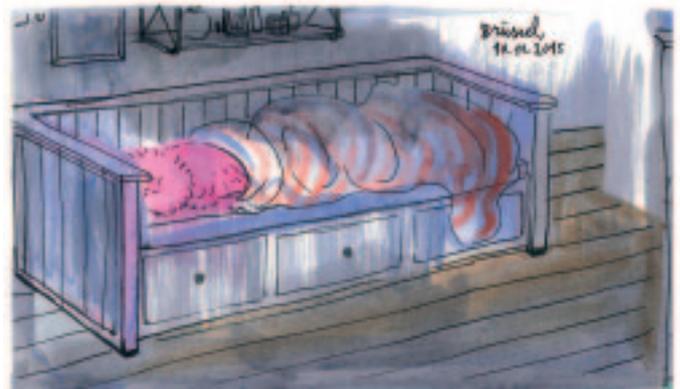


Abb. aus dem Buch/Reprodukt Verlag

Drama und Idyll. Szenen aus »Penelopes zwei Leben«.

Grauzone zwischen Recht und Politik

»Es ist momentan schlecht um die Menschenrechte und die internationale Gerichtsbarkeit bestellt«, lautet das ernüchternde Fazit des neuen Buchs von Carla Ponte. Bereits als Chefanklägerin der Tribunale von Jugoslawien und Ruanda von 1999 bis 2007 musste sie die Erfahrung machen, dass die Einhaltung des internationalen Rechts vom politischen Willen der mächtigsten Staaten abhing. Dennoch betrachtet sie diese Gerichtshöfe als »Meilenstein im Völkerrecht«, denn mit Slobodan Milošević musste sich erstmals in der Geschichte ein Staatsoberhaupt vor einem internationalen Tribunal verantworten. Regelrecht wütend ist Del Ponte jedoch, was Syrien betrifft: 2012 wurde sie Mitglied einer UNO-Kommission, die Kriegsverbrechen untersuchen soll, die dort verübt wurden. Was sie über dieses Gremium schreibt, dessen Arbeit systematisch blockiert und ignoriert wurde, ist erschreckend. Eine Liste mit 93 Namen mutmaßlicher Täter blieb ebenso folgenlos wie Recherchen über Giftgasangriffe. Völlig entnervt verließ die streitbare Juristin 2017 die »Alibi-Veranstaltung«. Ihr Buch ist der Versuch, einer breiteren Öffentlichkeit die »Grauzone zwischen Recht und Politik« zu schildern, die Ermittlungen und Anklagen verhindert. Zugleich ist es ein eindringlicher Appell an die Staaten, den Internationalen Strafgerichtshof zu

unterstützen, den »es sonst vielleicht nicht mehr lange geben wird«.



Carla Del Ponte: Ich bin keine Heldin. Mein langer Kampf für Gerechtigkeit. Westend Verlag, Frankfurt am Main 2021, 176 Seiten, 18 Euro

Skandalöse Femizide

Patrícia Melo ist eine versierte Krimiautorin. In ihrem Roman »Gestapelte Frauen« nutzt sie das Genre, um auf die massenhaften Femizide in Brasilien aufmerksam zu machen. Die Geschichte einer jungen Anwältin aus São Paulo, die in den Bundesstaat Acre im Amazonasgebiet reist, um dort Prozesse gegen Männer zu beobachten, die Frauen ermordet haben, ist mehr als ein Krimi. Sie ist zugleich eine akribische Dokumentation und eine wütende Anklage. Die Ich-Erzählerin erlebt, wie drei junge weiße Männer aus gutem Hause, die ein 14-jähriges indigenes Mädchen vergewaltigt, gefoltert und ermordet haben, freigesprochen werden. Unermüdlich notiert sie Details unzähliger weiterer Femizide in einem »Heft mit stapelweise toten Frauen«, entwickelt Rachefantasien und setzt sich mit ihrer eigenen verdrängten Familiengeschichte auseinander. Zu Hilfe kommen ihr Drogen und Rituale der Indigenen. Schonungslos schildert Patrícia Melo die Gewalt der Männer und die systematische Frauenverachtung.

»Nichts ist einfacher zu erlernen als der Frauenhass«, konstatiert die Anwältin. »An Lehrern herrscht kein Mangel. Der Vater macht es vor. Der Staat macht es vor. Das Rechtssystem macht es vor. Der Markt. Die Kultur. Die Werbung. Die Pornografie.« Das Thema Femizide in einem Krimi zu verhandeln, ist heikel. Melo stellt es jedoch als das dar, was es ist: ein gesellschaftspolitischer Skandal.



Patrícia Melo: Gestapelte Frauen. Aus dem Portugiesischen von Barbara Mesquita. Unionsverlag, Zürich 2021, 256 Seiten, 22 Euro

Freifahrtschein für Firmen

Wirtschaft und Menschenrechte waren schon ein Thema, »als ich mich als Jugendlicher Anfang der 1980er Jahre bei Amnesty International engagierte«, stellt Caspar Dohmen fest. 40 Jahre später, im Juni 2021, verabschiedete der Bundestag ein Lieferkettengesetz, das Amnesty als »lückenhaft« bewertet: »Es wurde die Chance vertan, Betroffene von Menschenrechtsverletzungen in ihren Rechten zu stärken.« Das Thema Wirtschaft und Menschenrechte ist eines der dicksten aller dicken Bretter, das macht Dohmens Buch »Lieferketten« deutlich. Die 50 weltweit größten Konzerne lassen mittlerweile 94 Prozent der Arbeit in Lieferketten erledigen und leisten damit oft Menschenrechtsverletzungen Vorschub. Der Wirtschaftsjournalist spricht von einem »Freifahrtschein für Firmen«. Auch hierzulande: »Bei 23 der 30 im DAX vertretenen Unternehmen gab es innerhalb von zehn Jahren Vorwürfe wegen Menschenrechtsvergehen.« Dohmens sehr gut lesbares Buch enthält neben einer klaren Analyse auch Vorschläge, wie eine fairere globale Arbeitsteilung erreicht werden könnte. Das Lieferkettengesetz sei nur ein erster Schritt, schrieb er nach dessen Verabschiedung in der Süddeutschen Zeitung: »Mutig wäre es gewesen, wenn das Gesetz selbst – wie ursprünglich vorgesehen – eine zivilrechtliche Haftung begründet hätte, so wie in Frankreich. Aber die Idee wurde

auf massiven Druck großer Teile der Wirtschaft verworfen.« Ein sehr dickes Brett, wie gesagt.



Caspar Dohmen: Lieferketten. Risiken globaler Arbeitsteilung für Mensch und Natur. Klaus Wagenbach Verlag, Berlin 2021, 176 Seiten, 18 Euro

Die Geschichte der Sklaverei erzählt

Freiheit – was sich hinter diesem kleinen Wort verbirgt, wie wertvoll ein Leben in Freiheit ist, was es heißt, ein freier Mensch zu sein, all das macht dieses schmale, klar gestaltete und gelungene Sachbuch deutlich. Fleur Daugeys biografische Erzählung über eine historische Figur, ergänzt um Faktenwissen und Worterläuterungen, vermittelt, was Sklaverei bedeutet. Und Olivier Charpentier macht in seinen Illustrationen Unmenschlichkeit, Leid aber auch Mut und Solidarität sichtbar. Im Mittelpunkt des Buches steht Harriet Tubman, die um 1820 als Araminta Ross auf einer Plantage in Maryland geboren wurde. Als junge Frau befreite sie unter Lebensgefahr erst sich selbst und später unzählige andere Sklavinnen und Sklaven in den Südstaaten der USA: »Ich kann mich nicht mehr mit diesem Leben in Knechtschaft abfinden. Die Idee der Freiheit hat von mir Besitz ergriffen. Natürlich sind die Gefahren riesig, natürlich würde ich mein Leben riskieren, wenn ich fliehe«, heißt es an einer Stelle. »Doch sobald ich mein Bündel auf der Schulter trage und den ersten Schritt aus der Plantage heraus tue, werde ich frei sein. Ein Mensch, frei. Das ist das Wichtigste.« Eine eindrucksvolle und bewegende Geschichte über die Sklaverei, ihre Abschaffung und ihre Nachwirkungen.



Fleur Daugey: Freiheit! Harriet Tubman, eine amerikanische Heldin. Mit Illustrationen von Olivier Charpentier. Aus dem Französischen von Edmund Jacoby. Jacoby & Stuart, Berlin 2021, 48 Seiten, 16 Euro, ab 12 Jahren

Ein Kriegsverbrechen

Die Lehrerin Aida arbeitet als Übersetzerin für die Vereinten Nationen in Srebrenica. Unter General Ratko Mladić nimmt die bosnisch-serbische Armee die Stadt ein, die bosnische Bevölkerung soll die Stadt verlassen. Wie Tausende andere sucht Aidas Familie beim UN-Corps »Dutchbat« unter dem Kommando des überforderten Befehlshabers Thomas Karremans Zuflucht. Doch die Einnahme der Stadt wird in einem Massaker an der bosnischen Bevölkerung enden. »Quo vadis, Aida?« rekonstruiert die dramatischen Ereignisse um das vom UN-Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien als Genozid eingestufte Kriegsverbrechen im Sommer 1995, das als schwerstes in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gilt und bis heute Stoff für Kontroversen liefert. Die Zahl der Opfer wird auf 8.000 geschätzt. Der Film erzählt die damaligen Ereignisse nach: Welche Verhandlungen wurden geführt, welche Abmachungen getroffen? Die Fragen gehen an die Entscheider: Wäre das Verbrechen vermeidbar gewesen, wenn sie anders gehandelt hätten? Die Antwort: Ja, das wäre es. Erst kürzlich wurde die Berufung von Mladić, der seit Jahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit inhaftiert ist, abgelehnt und ein früheres Urteil bestätigt. Insofern ist »Aida« sehr aktuell, ein eminent wichtiger Film, der den Schrecken des Krieges kongenial in einem Menschen spiegelt. Ein entschiedenes Statement für die Menschenrechte.



»Quo vadis, Aida?« AUT u. a. 2020. Regie: Jasmila Žbanić, Darsteller_innen: Jasna Đuričić, Izudin Bajrović. Derzeit in den Kinos

Die Protestbewegung in Belarus

Regisseur Aliaksei Paluyan porträtiert die belarussische Protestbewegung gegen den seit Jahrzehnten regierenden Staatsoberhaupt Alexander Lukaschenko. Paluyan begann auf den großen Demonstrationen im Sommer 2020 zu filmen. Im Zentrum steht aber die Minsker Theatergruppe »Belarus Free Theatre«, deren Auftritte in der Regel im Geheimen stattfinden müssen. Theater in Belarus – das ist ökonomisch unsicher und politisch gefährlich. Razzien und Verhaftungen drohen, Künstler_innen werden mit Berufsverboten belegt. Im Zuge der Protestkundgebungen berichtete Amnesty International über schwere Misshandlungen von Journalist_innen, Gewerkschafter_innen und sogar Sanitäter_innen. »Sie stellen dich immer an dieselbe Mauer. Es gibt immer dieselben Schläge. Das ist mir entschieden zu un kreativ«, sagt Theatermacher Denis Tarasenko, der durch den Film führt. Die Stücke des Dramaturgen und Schauspielers, der nebenher in einer Autowerkstatt arbeitet, handeln von dem, was sich auf der Straße abspielt: Polizisten verprügeln Demonstrierende. Paluyans Film ist mittendrin, er bietet Raum, in dem Demonstrierende, aber auch Mitglieder von Polizei und Militär zu Wort kommen. Glücklicherweise mit den Entwicklungen in dem Land, das als Europas letzte Diktatur gilt, sind sie alle nicht. Dieser Film ist ein überzeugend persönlicher und hoch engagierter Blick.



»Courage«. D 2021. Regie: Aliaksei Paluyan. Derzeit in den Kinos

Film: Jürgen Kiontke | Musik: Thomas Winkler

Echte Weltmusik

Der Begriff Weltmusik hat ausgedient – und das vollkommen zu Recht, signalisiert er doch in seiner umfassenden Globalität vor allem die westliche Arroganz gegenüber dem Rest der Welt. Ampanoia allerdings spielen dann doch wieder Weltmusik, wenn man den Begriff positiv interpretieren will. Erweitert doch die spanische Band um Sängerin und Namensgeberin Amparo Sánchez noch einmal die Música Mes-tiza, die bereits ein Schmelztiegel verschiedener Stile ist. Dafür steht auch das neue Album »Himnopsis Colectiva«, dessen Songs nach Angaben der Autorin von dem hypnoseartigen Zustand handeln, in den die Welt seit Corona geraten ist. Dabei finden Reggae, Ska, Tex-Mex, Country und lateinamerikanische Rhythmen wie Salsa, Rumba und Cumbia zueinander, aber auch vor Schunkeleinheiten und Schnulzen wird nicht zurückgeschreckt. Die 1970 in Granada geborene Sánchez versteht sich nicht nur als Musikerin, sondern immer auch als soziale Aktivistin. Sie gab für die Zapatist_innen im mexikanischen Chiapas Benefizkonzerte und beschrieb in ihrer im vergangenen Jahr erschienenen Autobiografie den Übergang von Francos Faschismus zur Demokratie in Spanien. In »Yo te doy« versucht sie sich als Rapperin und lässt ihre Musiker sogar noch die Hard-Rock-Gitarren auspacken. Das Album ist ein verwegener Mischmasch, der als Sound-track für Feiern auf allen Kontinenten taugt. Es ist aber eben nicht nur Partymusik, sondern Globalisierung in ihrer besten Form.



Ampanoia: »Himnopsis Colectiva« (Mamita/Galileo Music)

Klänge des Genozids und der Hoffnung

Seien wir ehrlich: Experimentelle Musik kann anstrengend sein, zumal, wenn sie einen politischen Anspruch hat. Von diesem Vorwurf ist auch »DNA«, das neue Album von Rosaceae, nicht freizusprechen. Aber lässt man sich auf die Klangskulpturen der in Hamburg lebenden feministischen Musikerin ein, dann entwickeln zumindest einzelne Stücke nicht nur harte Kontraste, sondern sie sind bisweilen auch unerwartet eingängig. Rosaceae verarbeitet auf »DNA« vor allem den Genozid an der jesidischen Bevölkerung und den Kampf kurdischer Soldatinnen in Rojava gegen den IS. Die Collagen Rosaceaes, die ihren bürgerlichen Namen geheim hält, setzen sich aus Soundbites von Aktivistinnen, Versatzstücken aus den Medien und Samples von Alltagsgeräuschen zusammen und reflektieren in ihrer Schroffheit die dramatische Thematik. Stücke, in denen nahezu hörspielartig die Geschichte von Anti-IS-Kämpferinnen erzählt wird, entführen die Zuhörerinnen immer wieder mit dunkel dräuenden Beats auf den Dancefloor eines Underground-Clubs. Die Grundlage für diese Beats sind zwar mitunter Maschinengewehrsalven, aber Rosaceae kann auch anders: In »Powerful Actors« oder »Internationalism« kontrastiert sie Aussagen von Aktivistinnen und von Opfern von Krieg und Gewalt mit leicht dahin flirrenden Soundschlieren, die man als Soundtrack aus dem Jenseits lesen kann – aber auch als Klang der Hoffnung.



Rosaceae: »DNA« (Pudel Produkte)

Aktivismus verändert



Foto: HRFFB 2021

Frauenschicksal in El Salvador. Teodora del Carmen Vásquez wurde wegen einer Totgeburt kriminalisiert. Szene aus »Fly So Far«.

Amnesty International präsentiert drei Filme beim Human Rights Film Festival Berlin. Von Jürgen Kiontke

Der Kampf um Menschenrechte bedeutet stetigen Wandel: »The Art of Change« lautet das Motto des diesjährigen Human Rights Film Festival Berlin (HRFFB), das ab dem 16. September 2021 nun bereits zum vierten Mal stattfindet. Erstmals tritt Amnesty International im Jahr seines 60. Jubiläums als Partner mit einer eigenen Filmreihe auf, nicht zuletzt, um auf aktuelle Fälle von Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen.

Gezeigt wird »Welcome to Czechy« (US 2020), der Film, der den Preis von Amnesty International bei den Berliner Filmfestspielen 2020 gewann und die verzweifelte Lage von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen (LGBTI) in Tschetschenien nachzeichnet, die dort gesellschaftlichem Hass und politischer Verfolgung ausgesetzt sind. Dokumentarfilmer David France begleitet den Menschenrechtsaktivisten David Isteev und seine Helfer_innen, die Opfer der Gewalt aus Tschetschenien herausbringen. Bei Amnesty International setzt sich unter anderem die Gruppe Queeramnesty für Menschen ein, die wegen ihres Engagements für LGBTI-Rechte verfolgt werden. Zum Beispiel für Yulia Tsvetkova. Die russische Aktivistin und Künstlerin wird strafrechtlich verfolgt und drangsaliert, weil sie für die Rechte von Frauen und LGBTI eintritt. Sie zeichnet weibliche Körper und wurde dafür wegen »Herstellung und Verbreitung von Pornografie« angeklagt. Bei einer Verurteilung drohen ihr bis zu sechs Jahre Haft. Amnesty International fordert, dass die Verfahren eingestellt werden und die Schikane aufhört.

In »Unapologetic« (US 2020) folgt Ashley O'Shay den zwei jungen queeren Aktivistinnen Janaé Bonsu und Bella BAHHS in

Chicago. Der Film gibt einen Überblick über die Aktivitäten der Black-Lives-Matter-Bewegung, berichtet von Anhörungen und Veranstaltungen in der Universität. Im Zusammenhang mit dem Film weist Amnesty International darauf hin, dass auch in Deutschland die Zahl rassistischer Straftaten seit Jahren kontinuierlich ansteigt und formuliert Forderungen an die nächste Bundesregierung, wie Antirassismus-Trainings für die Polizei.

In »Fly So Far« (SWE 2021) porträtiert die Regisseurin Celina Escher eine junge Frau aus El Salvador, die eine Fehlgeburt erleidet und daraufhin zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt wurde: Teodora del Carmen Vásquez. Amnesty International fordert, die Durchsetzung des Abtreibungsgesetzes, das zu den strengsten weltweit gehört, auszusetzen und alle Frauen freizulassen, die auf dieser Grundlage inhaftiert sind. Amnestys Ziel ist die komplette Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

Weitere Festivalbeiträge zeigen den Alltag einer von Dalit-Frauen geführten Zeitung in Indien (»Writing With Fire«, IND 2021), den Kampf eines engagierten Lehrers um Bildung in Marokko (»School of Hope«, MAR 2020) oder die Arbeit der ersten indigenen Präsidentschaftskandidatin in Mexiko (»La Vocera«, MEX 2020). Premiere in Deutschland wird der Film »Only the Devil Lives Without Hope« (SWE 2020) über Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan haben.

»Es geht darum, zu zeigen, wie man mit Aktivismus Veränderungen gestaltet«, beschreibt Festivalleiterin Anna Ramskogler-Witt das positiv gestimmte Konzept. Es wird ein umfangreiches Rahmenprogramm mit vielen international bekannten Gästen geben wie etwa der saudi-arabischen Frauenrechtlerin



Loujain al-Hathloul, die erst zu Beginn dieses Jahres aus der Haft entlassen wurde. ■

Human Rights Film Festival Berlin:
16. bis 25. September 2021

www.humanrightsfilmfestivalberlin.de



Foto: Greg Reckland/Blick

HONGKONG JIMMY SHAM TSZ-KIT, GWYNETH HO KWAI-LAM UND LEUNG KWOK-HUNG

Jimmy Sham Tsz-kit, Gwyneth Ho Kwai-lam und Leung Kwok-hung (auch bekannt als Long Hair, Foto oben) wurden am 6. bzw. 7. Januar 2021 zusammen mit 52 weiteren Personen auf Grundlage des Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong (NSL) festgenommen. 47 von ihnen wurden am 28. Februar 2021 wegen »Verschwörung zum Umsturz« angeklagt. In ihren Vorverhandlungen führte die Staatsanwaltschaft Interviews mit internationalen Medien und Korrespondenzen mit ausländischen Diplomaten_innen als Beweise dafür an, dass die Angeklagten wahrscheinlich »Handlungen fortsetzen werden, die die nationale Sicherheit gefährden«. Ihnen wurde deshalb die Freilassung gegen Kautions verweigert.

Der erste Prozess nach Einführung des NSL fand am 30. Juli 2021 statt und führte dazu, dass der Angeklagte wegen »Anstiftung zur Abspaltung« und »terro-

ristischer Handlungen« zu neun Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Dies war ein Präzedenzfall, was die Menschenrechte in Hongkong betrifft, da nun die Äußerung bestimmter politischer Meinungen offiziell als Verbrechen eingestuft ist, das mit bis zu lebenslanger Haft bestraft werden kann.

Seit der Einführung des NSL hat Amnesty ein breites Spektrum von Menschenrechtsverletzungen in Hongkong dokumentiert. »Nationale Sicherheit« wird in dem Gesetz – entsprechend der Definition der chinesischen Zentralbehörden – sehr weit gefasst. Die Definition lässt Klarheit vermissen und wird willkürlich als Vorwand genutzt, um die Menschenrechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit einzuschränken und Andersdenkende und die politische Opposition zu unterdrücken.

Bitte schreiben Sie bis 31. Oktober 2021 Solidaritätsnachrichten (kurze Briefe oder Postkarten ohne politische Aussagen und ohne Amnesty International zu erwähnen!) an Jimmy Sham Tsz-kit, Gwyneth Ho Kwai-lam und Leung Kwok-hung (auch bekannt als Long Hair).

BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, wegen ihrer Ansichten, Hautfarbe oder Herkunft inhaftiert, ermordet, verschleppt, oder man lässt sie verschwinden. **AMNESTY INTERNATIONAL** veröffentlicht regelmäßig an dieser Stelle Einzelschicksale, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Internationale Appelle helfen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden.

Sie können mit Ihrem persönlichen Engagement dazu beitragen, dass Folter gestoppt, ein Todesurteil umgewandelt oder ein Mensch aus politischer Haft entlassen wird. Schreiben Sie bitte, im Interesse der Betroffenen, höflich formulierte Briefe an die jeweils angegebenen Behörden des Landes.

ACHTUNG! Wegen der Verbreitung des Corona-Virus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Deshalb bitten wir Sie, Ihre Appellschreiben per E-Mail oder Fax bzw. an die Botschaft des jeweiligen Ziellandes zu schicken.

Beispiele:

We are thinking of you. Stay strong!
Wir denken an euch (dich) und stehen an eurer (deiner) Seite!
Wir vergessen euch (dich) nicht! Bleibt (Bleib) stark!

Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:

Jimmy Sham Tsz-kit and Leung Kwok-hung
B2, 4/F, Tai Cheung Factory Building,
Wing Ming Street 3
Cheung Sha Wan, Hong Kong,
VOLKSREPUBLIK CHINA

Gwyneth Ho Kwai-lam
Kowloon Central Post Office
P.O. Box 73962, Hong Kong
VOLKSREPUBLIK CHINA
(Standardbrief Luftpost bis 20 g
oder Postkarten: 1,10 €)

Instagram:

Jimmy Sham (@jimmyshamtszkit)

Long Hair (@longhairlongmarch)

Gwyneth Ho (@gwyneth.kl.ho)

Facebook:

Jimmy Sham:

www.facebook.com/Sham.Tsz.Kit

Long Hair: www.facebook.com/longhairhk

Gwyneth Ho: www.facebook.com/gwynethhokl



DÄNEMARK SCHUTZSUCHENDE SYRER_INNEN

Mindestens 39 aus Syrien Geflüchtete haben einen endgültigen Ablehnungsbescheid erhalten und sind in Rückführungszentren untergebracht worden. Dort haben sie weder Kontakt zu ihren Familien, noch ist es ihnen erlaubt, zu arbeiten oder ihrer Ausbildung nachzugehen, bis sie nach Syrien abgeschoben werden.

Im Rahmen ihrer »Null-Asylsuchende-Politik« ergreift die dänische Regierung

seit 2019 umfassende Maßnahmen zur Rückführung von Geflüchteten. Seitdem wurden die Aufenthaltsgenehmigungen von ca. 900 geflüchteten Syrer_innen im Eilverfahren geprüft. Das Schicksal der Syrer_innen mit endgültigem Ablehnungsbescheid ist ungewiss, denn Dänemark unterhält zurzeit keine diplomatischen Beziehungen mit Syrien und kann daher keine Abschiebungen durchführen.

In den Rückführungszentren werden die Geflüchteten unter Druck gesetzt, einer »freiwilligen« Ausreise zustimmen – ein Vorgehen, das eine Verletzung des Völkerrechts darstellt. Syrien ist immer noch kein sicheres Land. Personen, die in die von der syrischen Regierung kontrollierten Gebiete zurückkehren, müssen sich einer »Sicherheitsüberprüfung« unterziehen. Dabei werden sie von syrischen Sicherheitskräften verhört, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

Bitte schreiben Sie bis 31. Oktober 2021 höflich formulierte Briefe an den Minister für Integration und Einwanderung und bitten Sie ihn, umgehend Maßnahmen zu

ergreifen, um den Schutz aller in Dänemark lebender Syrer_innen zu gewährleisten, auch derjenigen, die zeitlich befristete Aufenthaltstitel haben. Allen Syrer_innen muss Schutz gewährt werden, bis die Situation in Syrien sie nicht länger in ihren Grundrechten bedroht.

Schreiben Sie in gutem Dänisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Minister of Immigration and Integration
Mr. Mattias Tesfaye
Slotsholmsgade 10,
1216 København, DÄNEMARK
E-Mail: uim@uim.dk
(Anrede: Dear Minister /
Sehr geehrter Herr Minister)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft des Königreichs Dänemark
I. E. Frau Susanne Christina Hyldelund
Rauchstraße 1, 10787 Berlin
Fax: 030-50502050
E-Mail: beramb@um.dk
(Standardbrief: 0,80 €)

Briefentwürfe auf Englisch und Deutsch finden Sie unter www.amnesty.de/briefe.

Sollten Sie eine Antwort auf Ihr Appellschreiben erhalten, schicken Sie sie bitte an: info@amnesty.de

AMNESTY INTERNATIONAL

Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-420248-0, Fax: 030-420248-488
E-Mail: info@amnesty.de, www.amnesty.de



USA LEONARD PELTIER

Leonard Peltier, ein indigener Aktivist, verbüßt seit fast fünf Jahrzehnten wegen der Ermordung zweier FBI-Agenten im Juni 1975 zwei lebenslange Haftstrafen. Amnesty International hat den Fall über viele Jahre hinweg eingehend untersucht und ist nach wie vor der Auffassung, dass das Gerichtsverfahren, das zu seiner Ver-

urteilung führte, möglicherweise nicht den internationalen Standards für faire Verfahren entsprochen hat und von politischen Faktoren beeinflusst wurde.

In den mehr als 40 Jahren, die Leonard Peltier im Gefängnis verbracht hat, hat er stets seine Unschuld beteuert. Er hat chronische Gesundheitsprobleme, und sein Gesundheitszustand verschlechtert sich stetig. Sein letzter Antrag auf Haftentlassung auf Bewährung wurde 2009 vom US-Bewährungsausschuss abgelehnt. Amnesty geht davon aus, dass er erst im Jahr 2024 wieder für eine Entlassung auf Bewährung in Betracht kommt. Da alle verfügbaren Rechtsmittel ausgeschöpft sind und Leonard Peltier inzwischen mehr als 40 Jahre im Gefängnis verbracht hat, fordert Amnesty seine Freilassung aus humanitären Gründen.

Bitte schreiben Sie bis 31. Oktober 2021 höflich formulierte Briefe an den Präsi-

denten der USA und bitten Sie ihn, Leonard Peltier zu begnadigen.

Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:

President Joseph Biden
1600 Pennsylvania Avenue NW
Washington, DC 20500, USA
Twitter: @POTUS and @JoeBiden
(Anrede: Dear President Biden /
Sehr geehrter Herr Präsident Biden)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
Frau Robin Suzanne Quinville
Clayallee 170, 14195 Berlin
Fax: 030-83051050 oder 030-8314926
E-Mail: feedback@usembassy.de
(Standardbrief: 0,80 €)

60 JAHRE
AMNESTY
INTERNATIONAL

FRAUEN IM MITTELPUNKT

60 Jahre Amnesty, 40 Jahre politische Arbeit zu Menschenrechtsverletzungen an Frauen. Wie begann es? Und was wurde erreicht? Ein Überblick von Gunda Opfer

Die Arbeit zum Thema Menschenrechtsverletzungen an Frauen ist nicht gerade das Erste, was Unbeteiligten zu Amnesty International einfällt, und selbst unsere Mitglieder verbinden spontan andere Begriffe damit. Schließlich bildete die Befreiung politischer Gefangener im Jahr 1961 den Anlass zur Gründung der Bewegung. Amnesty öffnete sich danach für die Arbeit zu anderen Arten von Menschenrechtsverletzungen, um schließlich beim Motto »Amnesty – für die Menschenrechte« anzukommen.

Erst in den 1980er Jahren nahm die Arbeit zu Frauenrechten an Fahrt auf. Ein erster Höhepunkt war die Amnesty-Kampagne »Stop Violence against Women« (2004 bis 2010). Rund 60 Projekte deckten fast alle Arten der Gewalt gegen Frauen in nahezu allen Kontinenten ab. Die deutsche Sektion war mit fast 40 Aktionen dabei.

Allen voran stand die meistverbreitete Art der Gewalt gegen Frauen, die häusliche, familiäre. Betroffen sind Frauen jedes Alters, jeder Bevölkerungsschicht und jeder Ethnie. Die Studie »Ending Violence Against Women« der US-amerikanischen Johns Hopkins Universität stellte 2000 fest: »Das größte Risiko für Frauen, Opfer von Gewalt zu werden, geht nicht von einer »fremden Gefahr« aus, sondern von ihnen bekannten Männern, oftmals von Ehegatten oder anderen männlichen Familienmitgliedern. Was wirklich verblüfft, ist, wie sehr sich das Problem weltweit ähnelt.«

Die Bandbreite der Länder unserer damaligen Agenda spricht für sich: Albanien, Armenien, Frankreich, Kenia, Ukraine, Ungarn, Venezuela, Weißrussland. Besonders in Albanien stellten sich sichtbare Fortschritte ein.

Neben einem Leben frei von Gewalt und dem Zugang zu Bildung gehört die Gewährung der »sexuellen und reproduktiven Rechte« zu den wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Frauenleben. Sie waren das große Thema der Amnesty-Kampagne »My Body, My Rights«. Mit wem will ich Sex haben, wen heiraten, wann möchte ich Kinder bekommen?



Gegen Gewalt an Frauen. Poster aus einer Amnesty-Kampagne, 2004.

Darüber kann nur entscheiden, wer Zugang hat zu Aufklärung und Verhütungsmitteln sowie zu bestmöglicher Gesundheitsversorgung. Dazu gehören auch sichere und legale Möglichkeiten des Abbruchs einer ungewollten Schwangerschaft. Mit »My Body, My Rights« haben wir uns gegen Müttersterblichkeit eingesetzt, ein gravierendes Problem besonders in vielen afrikanischen Ländern.

Wichtig waren auch unsere Projekte für Frauen in Ländern wie El Salvador, in denen Fehlgeburten als Abtreibungen ausgelegt werden und somit harten Strafen unterliegen. Amnesty konnte zum Freispruch einer Frau beitragen, die deshalb inhaftiert war, aber 16 andere hoffen noch auf ihre Freilassung. Länder mit sehr strengen Gesetzen zum Schwangerschaftsabbruch stehen weiterhin bei uns im Fokus.

Mit der jüngsten Aktion »Die Istanbul-Konvention rettet Leben« haben wir gegen den Austritt der Türkei aus diesem Abkommen des Europarats gegen häusliche Gewalt protestiert. Und auch unser laufendes Projekt zur Ostukraine »Häusliche Gewalt ist keine Privatsache« knüpft an »Stop Violence against Women« an und hat sogar schon zu Fortschritten beigetragen!

Gunda Opfer ist Sprecherin der Themenkoordinationsgruppe »Menschenrechtsverletzungen an Frauen« der deutschen Sektion von Amnesty International, <https://amnesty-frauen.de>.

LESERBRIEF

Zu: »Etablierte Gegenkultur«, Essay des Historikers Jan Eckel zu 60 Jahren Amnesty (03/2021)

Über 60 Jahre Amnesty International kann man nicht wie im Hörsaal mit Jokes beeindrucken. Spaßige Formulierungen können unterhaltsam sein – sind aber schlecht, wenn sie den Jubilar falsch darstellen und der Autor wesentliche Punkte missversteht: Es ging und geht uns weiterhin um die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit. So wie sich das Verständnis der Menschenrechte weiterentwickelt hat, hat sich auch die Arbeit der Gruppen verändert. Ich halte es für Unsinn, zu konstatieren, dass durch erschwingliche Flugreisen das Unrecht in fernen Ländern den Mitgliedern nahegekommen ist. Es ist albern, von einer »Zuspitzung der Orientierungskrise« zu reden: Amnesty sei unvorbereitet vom »Kollaps der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa« getroffen worden. Amnesty hat die Samizdat (Untergrundzeitung) als »Chronicle of Current Events« regelmäßig herausgegeben: Heute würde man sagen, Amnesty war bestens vernetzt. Natürlich braucht man eine Menge Hintergrundwissen, um die Meldungen einzelner Whistleblower täglich richtig einzuordnen. Dabei werden echte Probleme gar nicht erwähnt: die Gewalt nichtstaatlicher Akteure, der Streit über die Beurteilung eines gewaltvollen Kampfes für Menschenrechte, Abtreibung, Sexarbeit, LGBTQI.

Friedhelm Kuhl,
Amnesty-Gruppe 1190 in Hagen

Anmerkung der Redaktion: Wir haben uns bewusst entschieden, den Beitrag von Jan Eckel als Essay und damit als Meinungsbeitrag zu veröffentlichen, in dem der Historiker seine Sicht auf die Geschichte der Organisation darlegen kann.

NEUER BUS FÜR AMNESTY

Amnesty International Deutschland bekommt einen neuen Doppeldecker: Mitte Juli haben die Umbauarbeiten an einem früheren Berliner Linienbus begonnen, der die vergangenen Jahre im Aachener Raum für Jugendarbeit genutzt wurde. Der bisherige Dieselmotor des MAN-Modells wird gegen einen Elektroantrieb ausgetauscht. Im Herbst 2021 soll das neue Amnesty-E-Mobil den alten gelben Doppeldecker ablösen. Der hatte in acht Jahren mehr als 150 Stationen angefahren, bevor ein zweiter Motorschaden sein Dienstende besiegelte.

Den neuen Bus verdankt Amnesty der Deutschen Postcode Lotterie (PCL). Seit fast 30 Jahren ist die PCL in den Niederlanden, Großbritannien, Schweden und Norwegen etabliert, dabei können Nachbar_innen gemeinsam gewinnen und gleichzeitig Gutes tun: 30 Prozent von jedem Losbeitrag gehen an gute Zwecke, so sind in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt mehr als elf Milliarden Euro für gemeinnützige Organisationen zusammengesammelt.



Fotos: Amnesty

Noch ohne Elektroantrieb. Der alte Amnesty-Bus.

MIT »BEST OF DECADE«-AWARD AUSGEZEICHNET

Wir freuen uns sehr, dass das Amnesty Journal mit dem International Creative Media Award (ICMA) »Best of Decade« ausgezeichnet wurde. Das Amnesty Journal hat in der Vergangenheit schon einige Preise bekommen – etwa beim »German Design Award« des Rates für Formgebung. In diesem Jahr darf sich die Journal-Redaktion gemeinsam mit dem Layouter Heiko von Schrenk über eine ganz besondere Auszeichnung freuen. Zum zehnjährigen Bestehen des Wettbewerbs International Creative Media Award (ICMA) wurde das Amnesty Journal mit dem Titel »Best of Decade« ausgezeichnet.

Das Urteil der Jury: »Das »Amnesty Journal« gewinnt regelmäßig Auszeichnungen beim ICMA-Award. Besonders spektakulär ist die Coverstory zum Thema Waffenkontrolle aus dem dritten Wettbewerb. Die Typografie der Überschrift wird durchschossen. Perfekte Visualisierung.«

Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr Arbeiten, die zwischen 2010 und 2020 veröffentlicht wurden. Das Amnesty Journal beteiligte sich erstmals 2011 an dem Wettbewerb und gewann auf Anhieb einen »Gold Award«. Damals schrieb die Jury: »Sehr gut gestaltet, große visuelle Klarheit.«

Der ICMA-Award ist ein weltweiter Wettbewerb. Im Fokus stehen vier Bereiche des zeitgenössischen Grafikdesigns: Corporate Media, Corporate Design, Buch- und Magazindesign. 2020 nahmen fast 400 Publikationen aus 20 Ländern teil. Das Amnesty Journal wurde dabei mit einem »Award of Excellence« für seine Corona-Berichterstattung belohnt.

IMPRESSUM

Amnesty International Deutschland e.V.

Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-420248-0
E-Mail: info@amnesty.de
Internet: www.amnesty.de

Redaktionsanschrift: Amnesty International, Redaktion Amnesty Journal
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
E-Mail: journal@amnesty.de
Adressänderungen bitte an:
info@amnesty.de

Redaktion: Maik Söhler (V.i.S.d.P.),
Lena Wiggers, Lea De Gregorio,
Anton Landgraf, Tobias Oellig,
Pascal Schlößer, Uta von Schrenk

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Birgit Albrecht, Markus N. Beeko, Stefan Borghardt, Hannah El-Hitami, Luciana Ferrando, Robert B. Fishman, Frauke Gans, Oliver Grajewski, Ulrich Gutmair, Mathias John, Georg Kasch, Stefan Kessler, Jürgen Kiontke, Barbara Lochbihler, Patrick Loewenstein, Annelen Micus, Jakob Nehls, Lisa Nowag, Gunda Opfer, Wera Reusch, Lena Rohrbach, Andrzej Rybak, Till Schmidt, Klaus Ungerer, Frédéric Valin, Elisabeth Wellershaus, Thomas Winkler, Marlene Zöhrer

Layout und Bildredaktion:
Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

Druck und Verlag: Hofmann Druck,
Nürnberg GmbH & Co. KG

Spendenkonto: Amnesty International Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00
BIC: BFS WDE 33XXX
(Konto: 80 90 100, BLZ: 370 205 00)

Das Amnesty Journal ist die Zeitschrift der deutschen Sektion von Amnesty International und erscheint sechs Mal im Jahr. Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für unverlangt eingesandte Artikel oder Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder. Die Urheberrechte für Artikel

und Fotos liegen bei den Autoren, Fotografen oder beim Herausgeber. Der Nachdruck von Artikeln aus dem Amnesty Journal ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken, Mailboxen, für die Verbreitung im Internet oder für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

ISSN: 2199-4587



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C022647

KOMPRO MISSLOS FÜR MENSCHEN RECHTE

#BTW21

BUNDESTAGSWAHL
26. SEPTEMBER 2021

KLIMAGERECHTIGKEIT

Multilaterale Lösungen und eine ambitioniertere Klimapolitik anhand menschenrechtlicher Kriterien.

FLÜCHTLINGSSCHUTZ

Familiennachzug auch für subsidiär Schutzberechtigte, Abschiebungsstopp in Konfliktgebiete, Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung und Schutz vor rassistischer Gewalt.

POLIZEI: NEIN ZU RASSISMUS

Verpflichtende Antirassismus-Trainings in Polizei-ausbildung und in Fortbildungen. Die Polizei muss sich klar von jedem Rassismus abgrenzen. Sie muss für Menschen mit Rassismuserfahrung Teil der Lösung und nicht Teil des Problems sein.

IMPFSTOFFGERECHTIGKEIT

Temporärer Verzicht auf geistiges Eigentum (TRIPS-Regeln) zum Patentschutz für Covid-19-Medikamente, -Diagnostika und -Impfstoffe als Beitrag zur globalen Eindämmung der Pandemie.

MENSCHENRECHTE IM NETZ

Einsatz digitaler Technologien menschenrechtskonform gestalten. Meinungsfreiheit, Recht auf Privatsphäre und Schutz vor Diskriminierung auch im digitalen Raum geltend machen.

Alle Amnesty-Forderungen zu diesen Themen sowie Wirtschaft, Rüstung und internationaler Politik und mehr zu unseren Aktionen rund um die Bundestagswahl findest du auf:

[amnesty.de/btw21](https://www.amnesty.de/btw21)

